…nerstag, 17. Februar 1983 - D ***
…tblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen
…n 38,00 bfr, Dänemark 7,50 dkr, Frankreich 6,00 F, Griechenland 80 Dr, …ritannien 55 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 63,00 Din, Luxemburg 27,00 lfr

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 40 - 7.W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A
Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 · 10 11
Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 80 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,60 sfr, Spanien 100 Pts, Kanarische Inseln 125 Pts.

Karlsruhe gibt die Wahl frei. Kohl will Verfassungsänderung

Carstens: „Ich hoffe, daß die politische Diskussion über diesen Vorgang nunmehr ihr Ende findet."

WALTERT/DW. Karlsruhe/Bonn

Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, mit der die Neuwahl des Bundestages am 6. März für verfassungskonform erklärt wurde, ist von Bundespräsident Karl Carstens, der Bundesregierung und den Parteien mit Genugtuung aufgenommen worden.

„Damit ist vom höchsten deutschen Gericht verbindlich festgestellt worden", sagte Bundespräsident Karl Carstens, „daß die beiden Entscheidungen (Auflösung des Parlaments und Ausschreibung von Neuwahlen) mit dem Grundgesetz vereinbar sind. Ich hoffe, daß die politische Diskussion über diesen Vorgang nunmehr ihr Ende findet." Bundeskanzler Kohl kündigte an, er werde noch 1983 eine Verfassungsänderung einleiten, um für den Bundestag das Recht zur Selbstauflösung zu erreichen.

Das Urteil, an dem die acht Richter des Zweiten Senats bis zum Montagabend gearbeitet hatten, wird voll nur von fünf Richtern getragen. Der Gerichtsvorsitzende, Vizepräsident Wolfgang Zeidler, stimmt zwar mit dem Ergebnis überein – es wird also von sechs der acht Richter getragen –, hat aber zur Urteilsbegründung ein abweichendes Votum abgegeben. Die Richter Hans-Justus Rinck und Joachim Rottmann haben der Entscheidung abweichende Meinungen zum Ergebnis beigefügt. Sie sind der Ansicht, der Bundestag hätte nicht aufgelöst werden dürfen.

Die Urteilsbegründung der Senatsmehrheit stellt im wesentlichen darauf ab, daß Artikel 68 des Grundgesetzes (Vertrauensfrage) es dem Bundeskanzler erlaubt, die Auflösung des Bundestags anzustreben, „wenn es politisch für ihn nicht mehr gewährleistet ist, mit den im Bundestag bestehenden Kräfteverhältnissen weiterzuregieren". Damit ist diese Verfassungsvorschrift, deren Interpretation bisher umstritten war, höchstrichterlich verhältnismäßig weit ausgelegt worden.

Das Gericht setzte zugleich aber auch Schranken, die allerdings ziemlich niedrig liegen: Der Kanzler dürfe dieses Verfahren nur unter bestimmten Voraussetzungen anstrengen. Insbesondere: „Die politischen Kräfteverhältnisse im Bundestag müssen seine Handlungsfähigkeit so beeinträchtigen oder lähmen, daß er eine vom stetigen Vertrauen der Mehrheit getragene Politik nicht sinnvoll zu verfolgen vermag." Und: Daß alle im Bundestag vertretenen politischen Parteien oder ihre Fraktionen sich im Willen zu Neuwahlen einig seien, könne für sich allein keine Rechtfertigung für die Auflösung des Bundestags sein.

SEITE 8:
So begründet Karlsruhe seine Entscheidung

Zum Begriff des „Vertrauens", um den es in Artikel 68 des Grundgesetzes geht, heißt es in dem Urteil, es könne „mit jeder neuen politischen Entwicklung, einschließlich jeder neuen Beurteilung und Einschätzung der gegebenen politischen Lage" in Frage gestellt werden. Die Verweigerung des Vertrauens in einer Abstimmung nach Artikel 68 verwehre es Abgeordneten auch nicht, „den bisherigen Bundeskanzler später – eventuell auch nach Neuwahlen – wieder zum Bundeskanzler zu wählen und parlamentarisch zu unterstützen".

Daß im gegebenen Fall Bundeskanzler Kohl nach Einschätzung der Verfassungsrichter im vergangenen Dezember Anlaß hatte, davon auszugehen, er verfüge nicht über eine dauerhafte, stabile Parlamentsmehrheit, wird in der Entscheidung bejaht. Das Urteil geht dabei vor allem auf die Situation in der FDP ein. Partei und Fraktion der FDP seien „im Zusammenhang mit der Beendigung der sozial-liberalen Koalition in tiefgreifende Richtungskämpfe" geraten. Die neugebildete Koalition habe sich „nur zu begrenzter sachlicher Zusammenarbeit", zur Verwirklichung eines „Notprogramms" imstande gesehen. „Nachdem sich der Bundesparteitag der FDP mit großer Mehrheit und mit Unterstützung ihrer der Bundesregierung angehörenden Minister dafür ausgesprochen hatte, daß ein Wahltermin im März unverzichtbar sei, kann es als ausgeschlossen gelten, daß ein Versuch des Bundeskanzlers, seine Regierungsarbeit dessenungeachtet bis zum Ende der Wahlperiode weiterzuführen, von der Fraktion der FDP mitgetragen worden wäre."

In dem Urteil wendet sich das Gericht außerdem gegen die teilweise aus der SPD vertretene Ansicht, ein über Artikel 67 (Mißtrauensvotum) gewählter Kanzler besitze zwar verfassungsmäßige Legalität, er bedürfe aber außerdem auch demokratischer Legitimität durch Neuwahlen.

DER KOMMENTAR

Des Kanzlers Wahl

W. HERTZ-EICHENRODE

Das Bundesverfassungsgericht hat nur in einem einzigen, allerdings im aktuell entscheidenden Punkt eine innenpolitisch friedensstiftende Klarheit hergestellt: Es darf am 6. März gewählt werden. Damit hat Bundeskanzler Kohl sein Ziel erreicht. Wie jedoch das höchste Gericht seine Entscheidung begründet, das bietet Zündstoff für hitzige Diskussionen.

1. Mit der deutlichen Mehrheit von sechs zu zwei haben die Richter besiegelt, daß die Verfassungswirklichkeit die einst konstituierende Absicht der Väter unseres Grundgesetzes hinter sich gelassen hat. Ursprünglich sollte der Artikel 68 eine vorzeitige Auflösung des Bundestages verhindern. Nunmehr kann er dazu benutzt werden, die Auflösung des Parlaments zu erreichen.

2. Das vom Grundgesetz gewollte Vorrecht des Parlaments, zu bestimmen, wer Bundeskanzler sein soll, beschränkt sich immer mehr auf den eigentlich als Ausnahme vorgesehenen Fall eines Kanzlerwechsels mitten in der Legislaturperiode (immerhin sind Erhard, Kiesinger, Schmidt und Kohl auf diesem Wege Kanzler geworden). In Bundestagswahljahren entwertet die plebiszitäre Volkswahl des Kanzlers dieses Vorrecht der Volksvertretung zur Formalie. Die vorzeitige Wahl am 6. März leistet dieser Entwicklung Vorschub.

3. Das Bundesverfassungsgericht hat die ohnehin beherrschende Stellung des Bundeskanzlers noch zweifach gestärkt. Einmal dadurch, daß es ihm ein – wenn auch auf das Zusammenwirken mit dem Bundestag und dem Bundespräsidenten angewiesenes – Recht einräumt, die Auflösung des Parlaments zu erwirken; zum anderen, daß es in einem solchen Falle die kontrollierende Funktion des Bundespräsidenten einschränkt, indem es das Staatsoberhaupt im Prinzip an die „Einschätzungs- und Beurteilungskompetenz des Bundeskanzlers" bindet.

Kohl empfindet durchaus das Zwiespältige der Situation. Darum erklärt er, er strebe an, durch Änderung des Grundgesetzes dem Bundestag das Recht zu verschaffen, sich mit qualifizierter Mehrheit selbst aufzulösen. Damit bestätigt der Kanzler nur, daß ein Damm des Grundgesetzes gebrochen ist.

POLITIK

…espräche über …oße Koalition …Israel

SAD, Jerusalem

…srael sind informelle Kontak…ischen dem regierenden Li…Block und der oppositionellen …terpartei über die Bildung ei…Großen Koalition im Gange. …allem Innenminister Josef … der Vorsitzende der Natio…eligiösen Partei, befürwortet …ildung einer „Regierung der …nalen Einheit". Der stellver…nde Regierungschef und Vor…nde der Liberalen Partei im …, Simcha Ehrlich, hat bereits …inisterpräsident Begin über …derartige Lösung verhandelt. …i wurde dem Vernehmen …folgende Lösung ins Auge …t: Shimon Peres, der Vorsit…e der Arbeiterpartei, soll Stell…eter Begins werden, der frühe…inisterpräsident Yitzhak Ra…ebenfalls Arbeiterpartei) soll …erteidigungsressort erhalten. …Bildung einer Großen Koaliti…ängt nach der Ansicht von …achtern jetzt allein von der …terpartei ab. Unklar ist noch, …en Preis Begin für die Betei…g der Arbeiterpartei an der …erung fordern wird. Begin hat…reits 1977 eine Große Koaliti…geregt.

Bis 1987 neun neue Kernkraftwerke

HH. Bonn

Bis 1987 werden in der Bundesrepublik Deutschland wahrscheinlich acht bis neun neue Kernkraftwerke mit einer Gesamtleistung von 9000 bis 10 000 Megawatt in Betrieb gehen. Das erklärte gestern der Parlamentarische Staatssekretär beim Innenminister, Spranger, in Bonn. Der Bau dieser Kernkraftwerke sei „ausnahmslos in der ersten Hälfte der 70er Jahre beantragt und Mitte der 70er Jahre vom „Grundsatz her genehmigt" worden. Mit diesem Zuwachs soll die Kernenergie den steigenden Anteil zur Stromerzeugung in der Grundlast leisten, der bereits in der 3. Fortschreibung des Energieprogramms der früheren Bundesregierung im November 1981 „nachdrücklich gefordert wurde". Spranger sieht zwischen dieser Fortschreibung und der Energiepolitik der neuen Bundesregierung insofern eine Übereinstimmung, als Kohle und Kernenergie gemeinsam zur Sicherung der zukünftigen Energieversorgung beitragen müßten. Bis 1987 würden neue Steinkohle-Kraftwerke mit einer Leistung von 6000 bis 7000 Megawatt in Betrieb gehen.



…ITAT DES TAGES



…ch sähe keinen Sinn …arin, daß ich es als …anzlerkandidat ableh…e, mich von einer …ehrheit der vom Volk …n den Deutschen Bun…destag gesandten Abge…ordneten wählen zu las…en, weil dazu die Grü…en zählen. ❞

…-Jochen Vogel, SPD-Kanzler…idat, in einem „Zeit"-Interview.
FOTO: JUPP DARCHINGER

Kohl: Korrekturen

dpa, Bonn

Die CDU hält nach den Worten von Bundeskanzler Helmut Kohl im Bereich des Familienrechts Korrekturen am Scheidungs- und Scheidungsfolgenrecht sowie im Unterhaltsrecht für dringlich. Seit dem ersten Eherechtsreformgesetz habe sich eine Fülle von Fehlern, Unzuträglichkeiten und Ungerechtigkeiten im Einzelfall ergeben, sagte Kohl in einem gestern von der CDU veröffentlichten Interview mit der „Deutschen Richter-Zeitung". Deshalb sei die Zeit reif für eine unvoreingenommene Bestandsaufnahme und Bewertung.

WIRTSCHAFT

Warnstreiks?

rtr, Köln

Die IG Metall wird nach Angaben ihres Vorsitzenden Eugen Loderer vor der Bundestagswahl keine Erklärung abgeben, daß sie zu Verzichten auf Warnstreiks in der Tarifauseinandersetzung bereit ist. Ein Streik werde unausweichlich, wenn die Unternehmer die Absicht haben sollten, der Gewerkschaft eine politische Niederlage zuzufügen, sagte Loderer gestern im Deutschlandfunk. Am selben Tag begann in Bayern die dritte Runde der Tarifverhandlungen.

…Verbrechen

dpa, München

… den Staatsanwaltschaften …Gerichten in der Bundesrepu…Deutschland waren im Jahr …noch 1671 Verfahren wegen …erbrechen anhängig. Diese …nannte Bundesjustizminister …Engelhard in einem vorab …fentlichten Beitrag der Illu…ten „Quick". Nach Engelhards …ben liegen bei der Zentralstel…die Erfassung von nationalso…tischen Verbrechen in Lud…burg noch 125 Vorermittlungs…hren.

Mehr Autos ausgeführt

rtr, Tokio

Die japanischen Autoexporte haben im Januar erstmals seit 18 Monaten wieder einen Anstieg gegenüber dem Vorjahresmonat aufgewiesen. Aus Industriekreisen wurde gestern bekannt, daß die Zahl der ausgeführten Fahrzeuge auf 471 890 nach 453 131 im Januar des Vorjahres und 461 000 im Dezember angestiegen sei. Allerdings sei noch nicht klar, ob dies ein Anzeichen für einen wirtschaftlichen Aufschwung in den USA und Westeuropa bedeute, oder auf liefertechnische Ursachen zurückzuführen ist.

…dchen einbeziehen

AFP, Berlin

…ie stärkere „Einbeziehung der …chen" in die Wehrerziehung der …R" hat gestern die „Junge Ge…ion", die Zeitschrift der staatli… Jugendorganisation „Freie …sche Jugend" (FDJ), gefordert. …FDJ" solle die Mädchen „zur …ßten und disziplinierten Teil…e am Wehrunterricht" bezie…sweise am obligatorischen …gang für Zivilverteidigung mo…eren, hieß es in dem Beitrag.

Aktien gaben nach

DW. Bonn

Am deutschen Aktienmarkt überwog gestern das Angebot, so daß es auf breiter Front zu Kursverlusten kam. Am Rentenmarkt verlief das Geschäft ausgesprochen ruhig; die Notierungen änderten sich nur wenig. WELT-Aktienindex 114,2 (114,7). Dollar-Mittelkurs 2,4085 (2,3953) Mark. Goldpreis je Feinunze 508,50 (509,25) Dollar

…herer KPF-Chef tot

dpa, Paris

…r frühere Generalsekretär der …munistischen Partei Frank…s (KPF), Waldeck Emile Ro…ist in Paris im Alter von fast 78 …n gestorben. Rochet stand von … bis 1972 an der Spitze der …i. Er gab die Führung dann an …etzigen Generalsekretär Geor…Marchais ab. Seite 7

WETTER

Heiter bis wolkig

DW. Essen

In der Osthälfte Deutschlands tagsüber bewölkt, sonst heiter und niederschlagsfrei. Temperaturen zwischen null und minus 4 Grad. In der Nacht um minus 7 Grad, örtlich bis minus 12 Grad. Nur schwacher Nordostwind.

Wirtschaft rechnet mit Aufschwung im Herbst

DIHT: Es kommt auf maßvolle Lohnabschlüsse an / Export keine Stütze für Konjunktur / Nachholbedarf im Inland

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Die Stimmung in der deutschen Wirtschaft hat sich seit dem Herbst 1982 gebessert, obwohl die Lage vom Deutschen Industrie- und Handelstag (DIHT) nach wie vor als unbefriedigend bezeichnet wird. DIHT-Hauptgeschäftsführer Franz Schoser faßte am gestrigen Aschermittwoch eine Umfrage bei mehr als 14 000 Unternehmen mit den Worten zusammen: „Für die deutsche Wirtschaft geht die Fastenzeit zu Ende."

Nach Krediten werde wieder stärker gefragt, Auftragseingänge nähmen wieder zu, die Investitionsneigung habe sich gefangen, schwäche sich zumindest nicht weiter ab. Die Erwartungen der Firmen richten sich nach Angaben Schosers auf den aufgelaufenen Nachhol- und Ersatzbedarf im Inland, vor allem in der Bauwirtschaft. „Für die zweite Hälfte dieses Jahres hoffen viele Unternehmen auf eine leichte Aufwärtsbewegung, auf einen Konjunkturfrühling wenigstens im Herbst."

Schoser wies aber auch auf die ungewöhnlich niedrige Kapazitätsauslastung, auf den anhaltenden Beschäftigungsrückgang und auf die wachsenden weltwirtschaftlichen Risiken hin. Zwar erwarteten die meisten der befragten Unternehmen für 1983 vom Export keinen Einbruch, im Gegensatz zum vergangenen Jahr aber auch keine Stütze für die Konjunktur.

„Die entscheidende Schwachstelle in der Wirtschaft ist weiterhin die Investitionstätigkeit", erklärte Schoser. Verantwortlich dafür, daß sich die Investitionsbereitschaft nicht deutlicher verbessert hat, würden vor allem die immer noch schlechten Erträge und die ungünstige Absatzlage gemacht.

Den Umstand, daß sich die deutsche Wirtschaft gegenwärtig in einer Übergangsphase, in der die Stimmung besser als die Lage ist, befindet, erläuterte Schoser am Beispiel der Bauwirtschaft: Feststellbar seien zwar zunehmende Bauanträge, Baugenehmigungen und Kreditnachfragen. Dieses verstärkte Interesse schlage sich jedoch nur zögerlich in Aufträgen nieder, weil gewisse Vorlaufzeiten vorhanden seien. Die vollen Wirkungen würden sich erst in den nächsten Monaten zeigen.

Weitere Zinssenkungen allein reichten für die dringend nötige Investitionsbelebung nicht aus. Nach dem Ergebnis der Umfrage erhoffen sich die Unternehmen die ausschlaggebende Weichenstellung von maßvollen Lohnabschlüssen und von besseren wirtschafts- und finanzpolitischen Rahmenbedingungen. Hierbei unterstrich Schoser die Bedeutung einer weiteren Haushaltskonsolidierung. Optimistisch zeigten sich auch Banken- und Industrieverbände.

Seite 9: Investitionsmotive

Demonstrationen auch in Breslau und Danzig

rtr/AP, Warschau

Außer in Warschau haben am Sonntag auch in Breslau und Danzig Tausende von Polen für die verbotene Gewerkschaft „Solidarität" demonstriert.

Wie aus einer Mitteilung hervorgeht, die Regierungssprecher Jerzy Urban auf einer Pressekonferenz machte, waren die Protestaktionen ausgedehnter als zunächst angenommen. Augenzeugen hatten berichtet, daß genau 14 Monate nach Verhängung des Kriegsrechts über Polen in Warschau eine mehr als tausendköpfige Menschenmenge nach einer Messe zu einem Blumenkreuz – Symbol des Widerstandes gegen die Militärherrschaft – zu marschieren versuchte.

Der Regierungssprecher sagte demgegenüber, in der Hauptstadt hätten nur 500 Personen an der Protestaktion teilgenommen. Das polnische Fernsehen berichtete am Dienstagabend erstmals über die Demonstrationen und sprach nur von 300 bis 400 Teilnehmern. Während Urban angab, es sei niemand festgenommen worden, berichtete das Fernsehen, man habe fünf Personen festgenommen.

Immobilien wieder gefragt

Günstigere Finanzierungsmöglichkeiten sorgen für Boom

HANS BAUMANN, Essen

Der Markt für Immobilien in der Bundesrepublik Deutschland ist nach zwei Jahren tiefer Depression wieder zu neuem Leben erwacht. Vor dem Auftakt der 8. Internationalen Immobilien-Messe in Essen, die am Freitag eröffnet wird, berichten Makler und Finanziers von einer „kräftigen Belebung" des Interesses für Ein- und Zweifamilienhäuser.

Als Gründe für diesen Tendenzumschwung werden übereinstimmend angeführt: die Senkung der erststelligen Hypotheken um 2 bis 2,5 Prozent, die Reduzierung des kurzfristigen Zinses für die Zwischenfinanzierung um 4 bis 4,5 Prozent, sowie der Schuldzinsenabzug bei Eigennutzung. Ein Beispiel verdeutlicht die Kostendegression beim Bau oder beim Kauf eines Eigenheims: Unterstellt man einen Gesamtaufwand für ein Objekt von 300 000 Mark und einen Eigenkapitalanteil von 20 Prozent (Untergrenze für Fremdfinanzierung), so ist die monatliche Belastung für den Bauherrn inzwischen von 2400 Mark auf durchschnittlich 1200 Mark gesunken. Ein Sprecher der Landesbausparkasse Münster bestätigte, daß im Gegensatz zu anderen Bundesländern in Nordrhein-Westfalen verbilligte staatliche Zuschüsse für Einfamilienhäuser noch nicht ausgeschöpft seien.

Aber nicht nur Ein- und Zweifamilienhäuser stehen vor einem neuen Boom. Da der Höhenflug der Preise für Eigentumswohnungen von plus 18,5 Prozent in 1981 in einen Sturzflug von minus 4 Prozent 1982 übergegangen ist, wird auch hier neues Kaufinteresse erwartet. In den Großstädten kosten Eigentumswohnungen zur Zeit durchschnittlich 2800 Mark je Quadratmeter. Im Ballungsraum Rhein-Ruhr jedoch noch 3000 bis 3200 Mark. Sehr interessant seien jedoch gebrauchte Eigentumswohnungen mit geringerem Komfort für 1000 bis 1200 Mark.

In den Ballungsräumen und in den Großstädten sind die Bodenpreise 1982 um durchschnittlich 7 Prozent auf rund 380 Mark je Quadratmeter gefallen. In den Mittelstädten blieben sie mit durchschnittlich 360 Mark unverändert.

Seite 11: Immobilienmesse – komplettes Angebot

Europäer wollen neue Rakete gegen Panzer bauen

rmc. Bonn

Die Landstreitkräfte der Bundesrepublik Deutschlands, Großbritanniens und Frankreichs sollen im nächsten Jahrzehnt mit einer neuen Lenkrakete zur Bekämpfung von Panzer ausgestattet werden. Die Verteidigungsminister der drei Länder haben gestern in den Hauptstädten eine Regierungsvereinbarung unterzeichnet, mit der die gemeinsamen Arbeiten zur Definition einer solchen neuen Waffe vereinbart wurden. In dem aus diesem Anlaß von den Ministern verabschiedeten Kommuniqué heißt es, die beschlossene Neuentwicklung bedeute eine Steigerung der Verteidigungsfähigkeit Europas und für deren Industrie einen Leistungsgewinn.

Die anderen europäischen NATO-Staaten sind über das Entwicklungsvorhaben unterrichtet worden und können dem Projekt beitreten. Als Generalunternehmer wurden die Firmen „Aerospatiale" in Frankreich, „British Aerospace" und „Messerschmitt/Bölkow-Blohm" in der Bundesrepublik beauftragt. Sie haben bereits 1979 die „Euromissile Dynamics Group" mit Sitz in Paris gegründet.

Strauß: FDP wird nicht geschont

ms./gba., Passau/Vilshofen

Der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß und der SPD-Kanzlerkandidat Hans-Jochen Vogel nutzten gestern den traditionellen politischen Aschermittwoch in Bayern zur Abrechnung mit ihren politischen Konkurrenten.

Vor 10 000 Zuhörern in der Passauer Nibelungenhalle erklärte Strauß, daß die Union keine Veranlassung habe, die FDP im Wahlkampf zu schonen. Auch könnten sich CDU und CSU nicht darauf verlassen, daß der derzeitige Koalitionspartner wieder in den Bundestag einziehe und somit weiterhin für ein Bündnis zur Verfügung stehe. Das Wahlziel der Union müsse es sein, „so stark zu werden, daß ohne oder gegen uns für viele Jahre nicht mehr regiert werden kann".

Mit Blick auf die Zweitstimmen-Werbung der FDP sagte Strauß, die Union habe „weder Mandate noch Zweitstimmen zu verschenken". Wenn die FDP den Sprung in den Bundestag nicht schaffe, dann würden vermutlich die „unverteilten Mandate" zur Hälfte an das „rot-grüne Bündnis" fallen.

Neben seiner Kritik an der SPD und der Abrechnung mit der Politik des ehemaligen Bundeskanzlers Helmut Schmidt konzentrierte sich Strauß in seiner fast dreistündigen Rede vor allem auf die FDP. „Fehler und Irrtümer der letzten 13 Jahre wären nicht ohne ihre Mitwirkung möglich gewesen." Wenn sich Genscher und Lambsdorff jetzt als Garanten der sozialen Marktwirtschaft darstellten, so müsse er fragen, „wo waren denn diese Garanten in den letzten 13 Jahren".

Strauß, der sich nicht zu der Frage äußerte, ob und unter welchen Bedingungen er nach dem 6. März nach Bonn geht, forderte Lambsdorff auf, seine Behauptungen einzustellen, die Nichtrückzahlbarkeit der Investitionsanleihe schade der Wirtschaft: Mit solchen Erklärungen schüre der Bundeswirtschaftsminister nur „soziale Konflikte". Und wenn Lambsdorff behaupte, er garantiere die Rückerstattung, dann müsse er ihn fragen: „Merken Sie denn nicht, daß Sie damit Helmut Kohl als Lügner abstempeln?"

Der CSU-Vorsitzende sprach von der „historischen Tragweite" der Entscheidung vom 6. März: Wie im Jahre 1949 gehe es um die grundlegenden Entscheidungen für ein freiheitliches Ordnungssystem, für die soziale Marktwirtschaft und für das westliche Bündnis. Diese Entscheidungen, die in der Anfangszeit der Bundesrepublik Deutschland von der SPD „verbissen mit Wut" bekämpft worden seien, habe diese Partei „innerlich nie angenommen".

Die Folgen eines rot-grünen Bündnisses in Bonn wären verhängnisvoll, eine Kapitalflucht das erste Ergebnis. Neben einer Destabilisierung im Inneren mit einem Abrutschen in den wirtschaftlichen Ruin würde die politische Isolierung in der Außen- und Sicherheitspolitik treten.

Der sozialdemokratische Kanzlerkandidat Hans-Jochen Vogel forderte vor etwa 800 Zuhörern in Vilshofen, daß es jetzt an der Zeit sei, „die Legende Strauß auf ihren wirklichen Gehalt zurückzuführen". Der CSU-Vorsitzende könne sich, wenn man in die vergangenen Jahrzehnte zurückblicke, keinesfalls mit Leistungen messen wie der Aussöhnung Deutschlands und Frankreichs durch Adenauer, der „Normalisierung nach Osten" durch Brandt, oder der Bewältigung der „Schleyer-Krise" durch Schmidt.

Die Legende vom „Allesbeweger" Strauß verblasse. „Je weiter die Jahre fortschreiten, desto schwerer wird es, Strauß wirklich noch ernst zu nehmen." Als Beispiel nannte Vogel das „Gerede" über die große Koalition: „Vormittags beschimpft er die SPD, nachmittags bietet er ihr eine große Koalition an." Aber in einem von ihm, Vogel, geführten Bundeskabinett sei kein Platz für Strauß.

Seite 4: Passauer Kehraus

Heute in der WELT

…e und Glatteis behindern den Vertrieb der WELT. Wir bitten die … um Verständnis bei Verzögerung der Zeitungszustellung.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Finger im Sparbuch

Von Peter Gillies

Zinsen auf dem Sparbuch oder für Pfandbriefe sind steuerpflichtig, sofern sie den Freibetrag von 400 Mark (bzw. 800 Mark für Ehepaare) jährlich übersteigen. Die Steuerzahler sollen freilich massenweise ganz anders darüber denken. Jede Berechnung ist jedoch frei erfunden. Manche Sparer kommen gar nicht auf die Idee, daß der Staat seine Finger auch noch ins Sparbuch steckt, wo doch das Sparguthaben bereits einmal ehrlich versteuert wurde. Andere vergessen die Beträge zu deklarieren, wieder andere betreiben diese Steuerhinterziehung mit Vorbedacht – wie gesagt, alles Vermutungen.

Dem Fiskus entgehen Steuern in Milliardenhöhe, ähnlich wie bei der Schwarzarbeit, wird behauptet. Wie kann man sie einfangen, ohne das Sparkapital und den Sparer zu verschrecken? Die technische Frage ist lösbar, *muß freilich* Schnüffelei, Überbürokratismus, allzu hohe Steuersätze und Abschreckung des Sparwillens vermeiden. So könnte es leicht passieren, daß das Einfangen unter dem Strich der Volkswirtschaft einen schweren Schaden zufügt.

Andererseits ist es ein nicht zu duldender Zustand, daß sich bestimmte Einkommen der Besteuerung entziehen. Die laxe Steuermoral hat auch handfeste ökonomische Ursachen: Wer auf Zinsen Steuern von 45, 50 oder mehr Prozent zahlt, nimmt abzüglich der Inflationsrate eine stillschweigende Aufzehrung seines Ersparten in Kauf.

Eine Volkswirtschaft, die auf Sparen als Voraussetzung von Investitionen angewiesen ist, kann diesen Zustand nicht hinnehmen. Das Wachstum der Schattenwirtschaft ist hausgemacht, die ständig gestiegene Abgabenlast der Bürger hat sie bewirkt.

Daraus ergibt sich zwingend die optimale Politik: niedrige Steuern und hohe Preisstabilität. Die schlimmste Enteignung für den Sparer ist die Inflation.

Operation gelungen . . .

Von Jochen Aumiller

Die Herzchirurgen der Münchener Universität sind doch Deutschlands mutigste. Nur kurze Zeit nach Barnards Pioniertat 1971 versuchten sie sich an zwei Herzverpflanzungen – ohne Fortüne. Erst nach einer etwa zehnjährigen Denkpause faßten sie wieder Mut und bewiesen, daß sie es können. In den letzten zwei Jahren transplantierten sie gleich siebenmal und zeigten damit, daß sie die Botschaft aus der Transplantations-Hochburg Stanford in Kalifornien angenommen haben: Je häufiger, um so besser die Ergebnisse. Eine Botschaft, die im Deutschen Herzzentrum in München wohl nicht so ernst genommen wird. Trotz aller technischen Voraussetzungen hat man sich dort bisher mit einer Transplantation begnügt.

Mit der Hauptcrux dieser immer noch heroisch anmutenden Operation wird man inzwischen besser fertig: die Abstoßungsreaktion macht den Operationserfolg nicht mehr so häufig zunichte. Ein neues Medikament, das Cyclosporin A, bändigt die Abwehrkräfte des Empfängerorganismus gegen das fremde Organ. Es ermöglichte den unvergleichlich komplizierten Eingriff der kombinierten Herz-Lungen-Transplantation, den die Münchener nun gewagt haben.

Die Frage nach der Berechtigung solcher Super-Operationen stellt man nur noch leise. Schließlich lebt in den USA bereits seit mehreren Monaten ein über 60jähriger Zahnarzt mit einer Herz-Vollprothese.

Wenn ethische Zweifel angebracht sind, dann bei diesem Experiment: Fortschritt als Alibi für chirurgisches Draufgängertum? Die Münchener Offensive ist keine Pioniertat, das kalifornische „Strickmuster" lag vor. Trotzdem gehörte viel Mut zu dem Eingriff, der tatsächlich für den 27jährigen Patienten die letzte Rettung war. Die Chirurgen sprechen von Neulandoperationen. Der Weg war vorgezeichnet, die Doctores mußten nur den ersten Schritt tun.

Heroin von der NATO

Von Enno v. Loewenstern

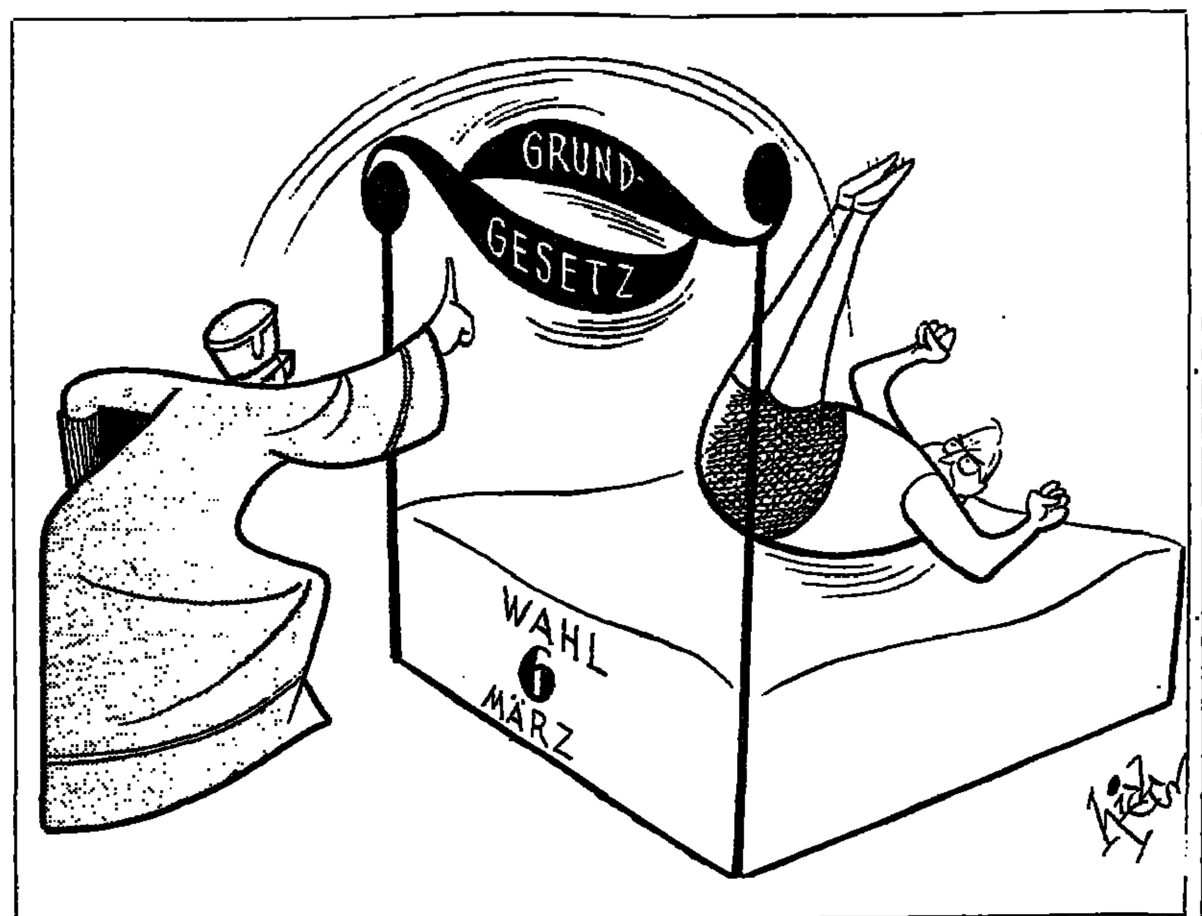
Wie sollen wir's mit der Türkei halten? Der Auswärtige Ausschuß des Bundestages hat soeben eine größere Kredithilfe freigegeben. Maßgeblich war dafür die regierungsamtliche Einschätzung, daß die Türkei zwar von einer Generalsjunta regiert wird, daß diese aber das Verbrechertum bekämpft und das Land zur Demokratie zurückzuführen sucht.

In Wahrheit ist alles ganz anders. In Wahrheit gibt es hier türkische „Heimatvereine" als Fassade für „Rechtsradikale", die massenweise Heroin einschmuggeln und ihre Landsleute terrorisieren. Mit dem Heroin-Ertrag wird der „Kampf gegen den Kommunismus" finanziert.

Als nun Münchner Kriminalbeamte dahinterkamen, wurde ihnen von höchster Stelle – offenbar der Regierung Strauß – bedeutet, sie sollten die Verbrecher gewähren lassen, weil die Türkei ein NATO-Staat sei. Und als die Beamten dennoch ein ganzes Dealer-Heer schnappten, erzwang ein Vertreter des Bundeskriminalamts zusammen mit einem US-Agenten die Freigabe der türkischen Oberdealerin, weil die Amerikaner mit ihr zusammenarbeiten.

Diese schreckliche Wahrheit – die NATO als Heroin-Verein – wurde dem Bundestag vorenthalten. Auch Außenminister Genscher sprach das Problem bei seinem jüngsten Ankara-Besuch nicht an – weil er nichts wußte? Oder weil er selber drinsteckt? Erst jetzt erfuhr man alles – durch eine ZDF-Kriminalserie „Soko", die schon mehrfach üble Kapitalisten bloßgestellt und brave Kommunisten gefeiert hat. Schließlich ist unser Monopolfernsehen, wie jedermann weiß – es sagt es ja selber! – der Garant für Aufklärung und Wahrheit.

Oder war es diesmal doch nicht die Wahrheit? War es wieder einmal das, was ZDF-Intendant Stolte als „Freiheit der Kunst" zu rechtfertigen pflegt? Für die jugendlichen Zuschauer, die sich gerade in diesen Tagen ihre Gedanken über die Regierungskoalition und über die NATO zu bilden haben, war das nicht zu erkennen.



„Gestreift, aber nicht gerissen!" ZEICHNUNG HICKS / COPYRIGHT DIE WELT

Bahr, der Zauberlehrling

Von Rüdiger Moniac

Die Sozialdemokratie möchte sich fortstehlen. Ihre führenden Männer suchen Argumente oder bilden sie sich ein, um der schweren Verantwortung zu entgehen, die mit der Entstehung und der Durchsetzung des NATO-Doppelbeschlusses verbunden ist. Dem Kanzlerkandidaten und seinem in der Raketenfrage wahrscheinlich wichtigsten Berater, Egon Bahr, kommt es, so will es scheinen, nicht in erster Linie darauf an, die staatspolitischen Interessen unseres Staates durchzusetzen. Sie reden in einer schwer faßbar zu machenden Weise viel zu sehr so, als berühre und bewege sie das Sicherheitsinteresse der Sowjetunion viel mehr als das unsere und das unserer Verbündeten.

An drei von ihnen mehr oder weniger hartnäckig vorgebrachten Argumenten soll das verdeutlicht werden:

1. Vogel und Bahr und mit ihnen der gesamte SPD-Vorstand plädieren dafür, in der Berechnung des nuklearen Kräfteverhältnisses in Europa auf westlicher Seite die zusammen 162 britischen und französischen Systeme zu berücksichtigen. Bahr erklärte der sowjetischen Wochenschrift „Literaturnaja Gaseta" vom 12. Januar 1983: „... so glaube ich, daß die Russen vollständig im Recht sind, als Gegengewicht zu Frankreich und England diejenige Bewaffnung haben zu wollen, die sie als notwendig erachten." Dieses Argument sticht nicht. Falls so verfahren würde, verlöre Westeuropa das Recht, seine Sicherheit unter Hinzuziehung amerikanischen Nukleargewichts auszutarieren. Die Weltmacht Sowjetunion bedroht Europa doppelt, sowohl mit Waffen der SALT-Kategorie als auch solchen der Kategorie INF. Zur Gegenrechnung gegen die zweite braucht Europa amerikanische INF, die Gegenwaffen der westlichen Weltmacht.

2. Vogel und Bahr sprechen sich gegen ein Zwischenergebnis bei den Genfer INF-Verhandlungen aus. Dieser vorläufige Ausgang dieser Abrüstungsverhandlungen bedeutet natürlich den Beginn der Stationierung von US-Mittelstreckensystemen in mehr als zwei europäischen NATO-Ländern. Das zu verhindern ist offenbar das von der SPD-Führung nachdrücklich verfolgte Ziel. Ihm gelten wohl auch vor allem die von Bahr herangezogenen Hinweise darauf, daß im Gegensatz zu den den USA möglichen Vorbereitungen für die Stationierung von Ende 1979 an die vier Jahre bis zum Aufstellungsbeginn Ende 1983 für Verhandlungen nicht voll hätten genutzt werden können. Mit dem Präsidentenwechsel zu Reagan und der damit verbundenen Überprüfung der US-Position in den Rüstungskontrollverhandlungen seien eineinhalb Jahre auf Rechnung Washingtons und ein weiteres halbes auf Moskaus Kosten ungenutzt verstrichen. Bahr plädiert deshalb für eine Verschiebung des Stationierungsbeginns. Diese Argumentation ist nicht ehrlich. Bahr, dem über den Genfer Verhandlungsstand alle Informationen zur Verfügung stehen, weiß ganz genau, daß der Gegenstand nach allen nötigen Parametern zwischen Amerikanern und Russen einvernehmlich durchgesprochen ist. Das Fehlen einer Vereinbarung hängt also nicht mit Zeitmangel zusammen, es fehlt allein der politische Wille zum Kompromiß. Andropows öffentlich gemachte „Zugeständnisse" sind in diesem Licht keine. Die Sowjetunion muß sich „bewegen". Wer aber, wie Bahr, dem Sowjetführer Breschnew nach dessen Tod Elogen singt („Seine heißen Bemühungen um die Sicherung des Friedens...



Elogen für die Sowjetführer: Egon Bahr FOTO: WOLFGANG MORELL

hinterließen bei uns, die wir mit ihm verkehrten, ein Gefühl tiefen Vertrauens", so in der schon zitierten sowjetischen Wochenschrift), besitzt wohl nicht mehr die Fähigkeit zu nüchterner Abwägung der eigenen Interessen gegenüber den sowjetischen.

3. Auch wieder Bahr ist es, der bei der Münchener Wehrkundetagung eine gefährliche Alternative für die NATO konstruierte. Folgt man ihm, hat sie nur die Wahl zwischen der Stationierung neuer US-Mittelstreckenwaffen auf europäischem Boden oder der Zerrüttung der inneren Stabilität insbesondere der Bundesrepublik. Bahr tut so, als sei die mögliche „Nachrüstung" die Ursache für denkbaren und inzwischen wahrscheinlich gar nicht mehr vermeidbaren Demonstrantenaufmarsch mit allen seinen vielleicht auch gewalttätigen Nebenerscheinungen. Wer so argumentiert, führt sich wie Goethes Zauberlehrling auf, der die Geister herbeiruft und sie dann nicht wieder loswerden kann. Bahr und mit ihm andere führende Sozialdemokraten ziehen durch deutsche Lande und reden so unbestimmt wie dennoch eindeutig über die angebliche Gefahr aus neuen amerikanischen Atomwaffen, daß sich in Gehirn und Gemüt der im Wust der Informationen hilflosen Bürger ein Gefühl von Unsicherheit, wenn nicht gar Furcht breitmacht. So werden manche – zielstrebig von Sozialdemokraten geschürt oder unbewußt von ihnen hingenommen – zu leichtgläubigen Empfängern sowjetischer, allein das Moskauer Machtinteresse stützender „Nachrichten".

Diese Verhaltensweise will vergessen machen, wo in einer repräsentativen Demokratie die politischen Entscheidungen fallen. Der Bürger beauftragt dazu auf Zeit die Abgeordneten, die eine Regierung wählen und kontrollieren. Diese Parlamentarier haben die Politik, die den Doppelbeschluß bestimmt, letztes Jahr im Bundestag mit überwältigender Mehrheit gebilligt. Auch die SPD. Wo bleibt ihre Berechenbarkeit, von der Helmut Schmidt immer so gern spricht?

IM GESPRÄCH Jean-Claude Coullon

Veteran von Dien-Bien-Phu

Von Peter Hornung

In Aubagne bei Marseille, dem Hauptquartier der französischen Fremdenlegion, kommandiert seit wenigen Wochen ein neuer Chef: General Jean-Claude Coullon. Auf den ersten Blick sieht dieser General wie ein Studiendirektor aus: nachdenklich und mit einer Brille, wie sie die Pariser Intellektuellen in der Nachfolge ihres Gurus Jean-Paul Sartre tragen. Anders als sein Vorgänger General Paul Laudry neigt Coullon auch zum Schöngeistigen. Unter seiner Regie erschien bereits ein großer Bericht über den deutschen Maler Hans Hartung, der in der Legion diente, schwerverwundet wurde und jetzt in der Nähe von Nizza lebt.

1952 absolvierte General Coullon seinen Abschlußkurs an der Militärschule Saint Cyr und kam sofort nach Indochina. Er überstand die Schlacht um Dien-Bien-Phu als Leutnant und machte sich seine Gedanken über revolutionäre Kriege: „Der Volkskrieg hat beinahe alles verändert. Wir müssen ihn in unsere Untersuchungen einbeziehen. Wir können nicht weiter in den Kategorien des Ersten und Zweiten Weltkrieges denken."

Aus der Gefangenschaft der Vietnamesen zurückgekehrt, reorganisierte er zunächst das 5. Schützenregiment der Marokkaner. 1958 kam General Coullon zur Legion. Er wurde einer der Ausbildungschefs in Siddi Bel Abbes, kam dann in den Stab des 2. Fremdenregiments. Wenig später stieg er in den „Generalstab" der Legion auf, dort genannt „Groupement de la Legion Etrangère".

Nach der Ausbildung auf der Generalstabsschule in Paris kam Coullon 1969 zur Legion zurück. Er wurde stellvertretender Kommandeur des 1. Fremdenregiments. Die nächste Station war Korsika, wo er



Letzter Einsatz in Beirut: General Coullon FOTO: DIE WELT

die Ausbildung junger Legionäre übernahm. Von 1976 bis 1978 kommandierte er die 13. Halbbrigade in Dschibuti. Sein Vorgänger war Colonel Ladry, der dann den Oberbefehl über die 8000 Mann starke Truppe übernahm und der jetzt den Befehl über die französischen Landstreitkräfte auf der Insel Reunion im Indischen Ozean übernahm.

Zuletzt organisierte General Coullon den Einsatz des 2. Fallschirmjägerregiments der Fremdenlegion in Beirut. Nüchternheit und doch entschiedenes operatives Denken zeichnen General Coullon aus. Sein strategisches Denken richtet sich ganz auf Einsätze in Übersee. So übernahm er mit dem Oberkommando der Legion auch die 31. Eingreifbrigade der französischen Armee, der Einheiten der Legion, aber auch ein Regiment der regulären Marine-Infanterie angehören.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Basler Zeitung

Hier heißt es zur Versorgungslage in den Staaten Osteuropas:

Ein „Rezept" für die Roßkur bietet die polnische Regierung unter dem „Schutzschild" des Kriegsrechts: Mit den Preiserhöhungen vom Februar 1982 werden die Reallöhne auf einen Schlag um 25 bis 30 Prozent herabgesetzt – nach offiziellen Angaben. Preiserhöhungen folgen nun auch in den anderen Ländern, und dazu ein neues Instrument – die Rationierung. Rationierungsmarken, wie nach dem Krieg, gehören heute nicht nur in Polen und der Sowjetunion zum täglichen Leben, sondern neuerdings auch in Rumänien und Jugoslawien. Die Versorgungskrise zeigt die tiefste Krise der bürokratischen Planwirtschaften seit dem Krieg an. Und diese Krise könnte in nächster Zukunft über Polen hinaus zu neuen Erschütterungen führen – wie es der jugoslawische Parteivorsitzende Ribicic kürzlich prophezeit hat.

WESTFALENPOST

Die in Hagen herausgegebene Zeitung schreibt zum Fall Franke:

Franke ist ein Einzelfall. Um so notwendiger ist die Erhellung des Tatbestandes, damit der Öffentlichkeit nicht das Bild eines als Minister verkleideten Agentenjägers mit der am Leibriemen baumelnden Ministeriumskasse vermittelt wird. Herbert Wehner ist es zu danken, daß er einen seiner einflußreichsten Genossen nicht in die Deckung gezogen, sondern der Justiz überlassen hat. Sicherlich ist Wehner die Überstellung des Ex-Ministers an die Behörden nicht leichtgefallen, wohl auch deswegen nicht, weil nun die Verwunderung darüber, daß Franke trotzdem in den Bundestag zurückkehren soll, um sich greift.

Süddeutsche Zeitung

Das Münchner Blatt befaßt sich mit dem martialischen Gedröhn der IG Metall:

Das Gedröhne ist kaum zu verstehen, das soeben aus der Zentrale der IG Metall tönt: Nach Ablauf der Friedenspflicht soll noch vor der Bundestagswahl „von Flensburg bis Friedrichshafen" den Arbeitgebern mit Warnstreiks Dampf gemacht und eventuell in einem Tarifbezirk der Flächenstreik ausgerufen werden. Der Arbeitgeberverband Gesamtmetall, dem lang zuvor schon das dumme Wo[rt] „Kriegserklärung" über die Zung[e] gerutscht war, ist jedoch momen[tan] von der Gewerkschaft kau[m] einzuschüchtern. Bei 366 000 A[r]beitslosen und (dies vor allem) 650 000 Kurzarbeitern der Metal[l]industrie können die Streikdro[h]ungen kaum mehr als hohle Ba[n]gemacherei sein. Das einzige, wa[s] die Arbeitgeber fürchten, wenn si[e] jetzt den Gewerkschaftsforderun[gen] zuwenig entgegenkämen, i[st] ein Rachedurst der IG Metall, d[er] sich später zu befriedigen suche[n] würde, vielleicht schon 1984. H[at] die Kampfrhetorik der Gewer[k]schaft vielleicht weniger die A[r]beitgeber als die Wähler für d[ie] Bundestagswahl im Visier? So[ll] suggeriert werden, daß härtere so[]ziale Auseinandersetzungen unve[r]meidlich sind, wenn die Regierun[g] nicht wieder wechselt? Diese Sp[e]kulation ist abwegig, weil Streik[]aufrufe vor der Wahl kaum Symp[a]thie für die Arbeitnehmer mobi[li]sieren würde.

Le Quotidien de Paris

Die Pariser Zeitung merkt zur Reise d[es] französischen Außenministers nach M[os]kau an:

Claude Cheysson schlägt heu[te] auf Zehenspitzen den Weg na[ch] Moskau ein ... Diese erstaunlic[he] Diskretion hat sicherlich teilwe[ise] Wahl-Hintergedanken: Nur ein pa[ar] Wochen vor den Gemeindewahl[en] ein zu großes Interesse für d[ie] UdSSR zu zeigen, wäre nicht se[hr] klug. ... Seit 25 Jahren hat Fran[k]reich niemals so deutlich seine Ro[lle] innerhalb der Atlantischen Allia[nz] wahrgenommen. Niemals hat es [so] klar die strategischen Option[en] Washingtons unterstützt, niema[ls] so deutlich sein Lager gewählt. Wa[r]um also die halbe Untergrund-A[t]mosphäre, dieser Wille, die Bede[u]tung des Ereignisses herunterz[u]spielen? Wäre es da nicht einfach[er] gewesen, nicht hinzufahren? ... Vom Gespenst eines neuen Ja[lta] heimgesucht, will der (französisch[e]) Präsident nicht abwesend se[in] beim großen Ost-West-Handel, d[er] eines Tages wieder stattfind[en] könnte. Er will auch der Bundes[re]publik Deutschland nicht die Po[si]tion des bevorzugten Partners d[er] UdSSR lassen.

Eine Lehrstelle für jeden, wenn auch ohne Girlande

Immerhin schlägt jeder Lehrling mit 11 000 Mark jährlich als Kostenfaktor zu Buche / Von Peter Philipps

Die Nebelwerfer sind wieder unter uns: Die Problematik auf dem Ausbildungsplatz-Sektor der Bundesrepublik Deutschland wird mit Halbwahrheiten, Behauptungen und Zahlen-Bombardements so verhüllt, daß dagegen eine Milchglasscheibe wie ein Bergkristall wirkt.

Dabei ist die Ausgangssituation eindeutig: Mindestens 655 000 Lehrstellen-Bewerber werden 1983 auf den betrieblichen Ausbildungsmarkt drängen. Hinzu kommen die sogenannten „Altnachfrager", die ihre schulische Laufbahn bereits in Vorjahren beendet und bisher – aus den verschiedensten Gründen – keine Ausbildung begonnen haben. Inwieweit durch die Änderung beim Schüler- und Studenten-BAföG weitere Nachfrage nach betrieblichen Ausbildungsplätzen entsteht – und ob überhaupt in nennenswerter Größenordnung –, kann bisher seriöserweise nicht einmal geschätzt werden. Der Deutsche Industrie- und Handelstag beispielsweise spricht in seinem jetzt vorgelegten Jahresbericht in diesem Zusammenhang von einer „geringfügigen" Größe. Trotz der immer noch anhaltenden gesamtwirtschaftlichen Misere *sollen jedoch alle diese* Jugendlichen untergebracht werden. Auch wenn diese von der deutschen Wirtschaft versprochenen 685 000 Ausbildungsplätze naturgemäß keine einklagbare Lehrstellen-Garantie sein können – schon gar nicht mit der Girlande, daß jeder sogar noch den Ausbildungsplatz erhalten kann, nach dem sein Herz strebt –, hat die von Bundeskanzler Kohl initiierte Zusage der Wirtschaft eine nicht zu unterschätzende Bedeutung: Wie bereits frühere, vergleichbare Initiativen, z. B. in den siebziger Jahren des damaligen Berliner Regierenden Bürgermeisters Klaus Schütz, gezeigt haben, entsteht dadurch ein psychologisches Klima, das eine derartige Eigendynamik befeuert, daß die Ankündigungen eher noch übertroffen werden.

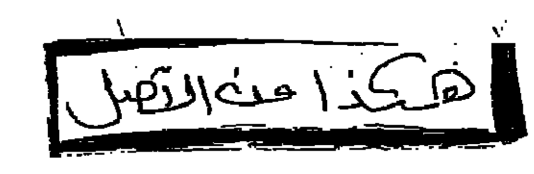
In eindrucksvoller Weise hat das deutsche System der dualen Ausbildung in der Vergangenheit bewiesen, daß es flexibel genug und am besten geeignet ist, marktwirtschaftlich und sozial *die Probleme des betrieblichen* Ausbildungssektors zu lösen. 371 355 berufsausbildende Stellen standen vor zehn Jahren zur Verfügung. 631 000 Ausbildungsverträge wurden im vergangenen Jahr abgeschlossen – eine unerhörte Steigerung, und dies noch in einem Zeitraum, in dem die konjunkturelle Entwicklung nach unten ging.

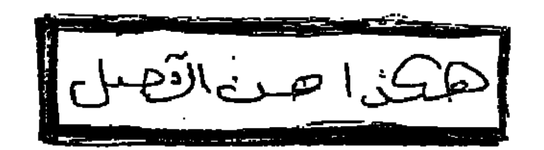
Und, dies darf in diesem Zusammenhang ebenfalls nicht verschwiegen werden, hinzu kamen noch zusätzliche Erschwernisse für auszubildende Betriebe:

Zum einen haben die Vereinbarungen der Tarifpartner inzwischen dazu geführt, daß der Begriff der „Ausbildungsvergütung" heute ein reiner Euphemismus ist. Die Bezüge der Auszubildenden sind so stark gestiegen, daß die Unternehmen heute jährlich für jeden Lehrling 11 000 Mark an Kosten einkalkulieren müssen – nach Abzug der produktiven Leistungen. Trotz der unbestritten teuren universitären Infrastruktur sind dadurch *die Ausbildungskosten* für die meisten Studenten – selbst unter Einschluß der bisher geltenden BAföG-Zuschüsse – erheblich niedriger. Die Tarifparteien, und in diesem Fall insbesondere die Gewerkschaften, müssen sich fragen, ob angesichts der derzeitigen Situation und in Anbetracht der erheblichen Leistungsminderung bei der studentischen Ausbildungsförderung nicht auch im Bereich der betrieblichen Ausbildung ein Solidar-Beitrag zumutbar ist, der das Schaffen weiterer Ausbildungsplätze erleichtern würde.

Eine zweite Ausbildungsplatz-Bremse ist inzwischen so weit gelockert worden, daß sie eigentlich von keinem Betrieb mehr als Ausrede herangezogen werden kann: Die Ausbildereignungs-Verordnung, mit der Ende der siebziger Jahre vom grünen Tisch aus zuviel des Guten getan worden war, ist in mehreren A[b]läufen den Anforderungen d[er] Praxis weitgehend angep[aßt] worden.

Das Hauptproblem der Wi[rt]schaft in einer Zeit, in der f[ür] großzügige Gesten kein Ge[ld] mehr in der Firmenkasse ist, b[e]steht aus einem klar definierb[a]ren Dilemma: Aus Kostengrü[n]den kann nur in einem sehr e[ng] begrenzten Rahmen über den [ei]genen, kurzfristigen Bedarf hi[n]aus ausgebildet werden. Gleic[h]zeitig ist aber aufgrund der d[e]mographischen Entwicklung a[b]sehbar, daß Ende dieses Jah[r]zehntes für die Wirtschaft wied[er] die mageren Lehrlings- und d[a]mit vor allem Facharbeiter-Jah[re] beginnen. Die deutsche Wi[rt]schaft lebt im wesentlichen v[on] dem Rohstoff „gute Ausb[il]dung", über andere nennensw[er]te Rohstoffe verfügt die Bund[es]republik Deutschland kaum. [In]soweit sind Investitionen in d[en] Ausbildungsplatz-Sektor Z[u]kunftsinvestitionen, die si[ch] schon in wenigen Jahren verz[in]sen werden.





Armut hat in Germantown die Spuren der deutschen Siedler verwischt

n A. v. KRUSENSTIERN

Viele Ladenfenster sind mit Sperrholzplatten vernagelt, und auf dem Sperrholz haben Graffiti-Barbaren mit Sprühn ausgetobt. In den Seitenstra- stehen verrostete Autowracks. Straßenrand verrottet Müll.

anz Daniel Pastorius aus dem ingischen Sondershausen, der zwei Wegstunden nordwest- von Philadelphia die erste sche Siedlung in Amerika dete, würde schluchzen, wenn ein Germantown heute sähe. nantown, vor 300 Jahren ein nuckes deutsches Dorf, ist e ein Armenviertel. „Die Be- erung von Germantown ist zu rozent schwarz, und 40 Prozent arbeitslos", sagt verbittert Lloyd, der Direktor der Ger- town Historical Society. „Die ilen sind schlecht, die Krimi- ät ist hoch. Wir haben keine nung auf Besserung."

r heute in Germantown nach en der deutschen Siedler t, muß wie ein Goldgräber lan- eben, bis er fündig wird. Es noch etwa 20 Häuser, deren lamente von den ersten deut- n Einwanderern und ihren ern und Enkeln gelegt wur- Die meisten von ihnen sind h spätere Umbauten völlig handelt, manche wurden in den letzten Jahren ohne sicht auf ihre historische Be- ung abgerissen. „Wir haben einmal genug Geld, um das ge, was noch vorhanden ist, zu ten, geschweige denn zu re- ieren", klagt Mark Lloyd.

r Tourist spürt in German- nichts mehr von einem deut- n Einfluß. Die Nachkommen 3 Krefelder Familien, die sich vor 300 Jahren als erste Siedler erließen, sind längst in alle e zerstreut. Diese 13 Weberfa- n kamen auf Einladung von am Penn, der in Pennsylva- ein Paradies des Friedens und religiösen Toleranz schaffen e. Ursprünglich Mennoniten, n zwölf dieser dreizehn Fami- zum Quäkertum übergetreten. Namen der dreizehn Familien- häupter verraten die Herkunft lem niederrheinisch-holländi- n Grenzgebiet: Lenert Arets, rs Kunders, Reinert Tisen, Wilhelm Strepers, Jan Lensen, Peter Keurlis, Jan Simens, Johann Bleikers, Abraham Tünes, Jan Lücken, und die drei Brüder Direk, Abraham und Hermann op den Graeff. Am 6. Oktober 1683 trafen die dreizehn Familien an Bord des englischen Schiffes „Concord" in Philadelphia ein. Den ersten Einwanderern folgten andere. Bald war Germantown, von Pastorius stolz „Germanopolis" genannt, eine blühende deutsche Kleinstadt mit deutschen Kirchen und Schulen.

Aber der deutsche Charakter der Siedlung blieb nicht lange erhalten. Schon Mitte des 18. Jahrhunderts begannen wohlhabende englische Kaufleute aus Philadelphia, sich in Germantown niederzulassen. Wie überall in Amerika, wurden die Nachkommen der deutschen Einwanderer schnell von ihrer englischsprechenden Umwelt assimiliert. Bis etwa 1820 wurde in den ursprünglich deutschen Kirchen von Germantown noch auf deutsch gepredigt, dann wurde auch in diesen Kirchen der Gottesdienst auf englisch abgehalten. Die deutsche Epoche von Germantown war nur noch Geschichte.

Die nächste Bevölkerungsumwälzung kam nach dem Zweiten Weltkrieg. Germantown war längst in Philadelphia eingemeindet worden, und während des Wirtschaftsbooms der Nachkriegsjahre zogen die meisten Bewohner weiter hinaus in neue Vororte im Grünen. An ihre Stelle traten schwarze Familien aus der Innenstadt Philadelphias und schwarze Zuwanderer aus dem Süden der USA. Innerhalb einer Generation wurde Germantown zu einem schwarzen Armenviertel. Vereinzelt wie Goldzähne im Munde eines Greises stehen in dieser tristen Gegend noch Häuser, die an die satte deutsche Bürgerzeit erinnern und durch Bürgerinitiativen erhalten blieben und liebevoll gepflegt werden.

„Ich stamme von fünf der dreizehn deutschen Gründerfamilien ab", berichtet Mrs. Nancy Shipley Rhoads, die Frau eines prominenten Arztes aus Philadelphia. Mrs. Rhoads, eine schöne Dame mit weißen Haaren, veranstaltet im Sommer Führungen durch „Wyck", ein Bürgerhaus an der Ecke Germantown Avenue und Walnut Street, dessen Grundstein 1690 von dem Krefelder Einwanderer Hans Milan gelegt wurde.

Das Haus „Wyck" war bis 1973 neun Generationen lang im Besitz von Hans Milans Nachkommen und Erben. Die letzte Besitzerin, Mary T. Haines, vermachte es einer Bank mit der Auflage, es der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Das Haus, das die Besucher sehen, ist allerdings nicht mehr das, das Hans Milan baute. Heute sieht es so aus wie nach dem letzten größeren Um- und Ausbau im Jahre 1824. Um zur Atmosphäre beizutragen, legt Mrs. Rhoads bei Führungen gelegentlich das Kostüm an, das frühere Hausherrinnen von „Wyck" trugen: bodenlanger Rock, Bluse und Quäkerhaube.

Der eigentliche Initiator, der die Besiedlung von Germantown in Gang brachte, war ein bemerkenswerter Mann: Franz Daniel Pastorius, Jurist und Unternehmer. Durch den Krefelder Kaufmann Jakob Telner, der zwischen 1678 und 1681 Amerika bereiste, hörte Pastorius, daß der Gouverneur von Pennsylvanien, William Penn, an der Erschließung seines Landes interessiert sei und deutsche Einwanderer willkommen heiße. Telner verkaufte im Auftrag von Penn Grundstücke an Krefelder Bürger. Pastorius reiste als Bevollmächtigter der Landkäufer nach Philadelphia voraus. Nach dem Eintreffen der dreizehn Weberfamilien wurde er als der einzige studierte Mann unter ihnen der Sprecher der deutschen Siedler.

Pastorius hatte in Straßburg, Basel und Regensburg studiert und beherrschte Französisch, Italienisch, Griechisch, Latein und Englisch. Schon als junger Mann bereiste er England, Holland, Frankreich und die Schweiz. Als Jakob Telner ihm von Amerika erzählte, überkam ihn der unzähmbare Drang, sich in der Neuen Welt umzusehen. Vom Vater mit zweihundert Talern Anfangskapital ausgestattet, reiste er am 4. Mai 1683 in Begleitung von vier Dienstboten von Rotterdam nach Amerika ab.

Der neue Kontinent gefiel ihm gut, aber was ihn als Humanist bedrückte, war die Sklaverei. Er drückte seinen Abscheu in einem bis heute erhaltenen Gedicht aus: Allermaßen ungebührlich / ist der Handel dieser Zeit. / Daß ein Mensch so unnatürlich / andre drückt mit Dienstbarkeit. / Ich möcht einen solchen fragen / ob er wohl ein Sklav möcht sein. / Ohne Zweifel wird er sagen: / Ach, bewahr mich Gott, nein, nein.

Zweifellos auf Drängen von Pastorius veröffentlichten einige der aus Krefeld eingewanderten Weber 1688 den ersten Aufruf in Amerika gegen die Sklaverei, den Pastorius mit unterschrieb. Das Original ist bis heute erhalten und im Hause der Germantown Historical Society zu sehen. Im gleichen Jahre heiratete er in Germantown die Deutsche Anna Klostermann. Er war als Anwalt und Notar tätig und starb 1719. Es gibt kein authentisches Bildnis von ihm, und sein Grab ist unbekannt.

Die Deutschen in Germantown waren keine armen Schlucker, sondern solide Bürger. Das verrät schon die Architektur der wenigen Häuser, die aus der deutschen Zeit erhalten sind. Sie sind aus Stein gebaut und für die damalige Zeit ungewöhnlich geräumig. „Das Johnson House, das einer deutschen Familie gehörte, die ursprünglich Jansen hieß, erregte bei den Quäkern von Germantown Anstoß, weil sie es als zu aufwendig empfanden", berichtet Mark Lloyd.

Bundespräsident Karl Carstens und der amerikanische Präsident Ronald Reagan wollen sich im kommenden Oktober in Germantown treffen, um gemeinsam 300 Jahre deutsche Einwanderung in Amerika zu feiern. Daß Germantown als Treffpunkt gewählt wurde, ist aus historischen Gründen verständlich. Aber deutsche Atmosphäre werden sie hier nicht finden. Aus dem Traum von Pastorius, in der Neuen Welt ein „Germanopolis" zu schaffen, ist nichts geworden.

George Beichl, Sohn eines bayerischen Einwanderers, Chemieprofessor und Präsident der German Society of Pennsylvania, bedauert das mangelnde Geschichtsbewußtsein der immerhin 60 Millionen Deutsch-Amerikaner. „Viele von ihnen wollen nichts von ihrer Herkunft wissen", sagt er, „oder sie schämen sich sogar, von deutschen Einwanderern abzustammen." Das Pastorius-Monument in Germantown wurde 1916 fertiggestellt, konnte aber wegen des Deutschenhasses, den der Erste Weltkrieg in den USA auslöste, nicht enthüllt werden. Jahrelang stand es an der Germantown Avenue in einem schwarzen Bretterverschlag, bis die Haßgefühle sich nach dem Kriege langsam abkühlten.

Nur ein halbes Jahrhundert durfte der steinerne Pastorius unbehelligt über die von ihm gegründete Stadt blicken, bis das Monument mit Sprühdosen verunstaltet wurde. Diesmal allerdings galt der Haß nicht Pastorius, dem Deutschen, sondern Pastorius, dem Weißen. Die Täter taten ihm unrecht.

Zu den wenigen Überbleibseln aus deutscher Zeit gehören auch zwei Begräbnisstätten, der sogenannte obere und der untere Friedhof. Beide sind von Mauern umgeben und durch eiserne Tore mit Vorhängeschlössern gesichert, um Schändungen zu verhüten. Die Grabsteine sind durch Industrieabgase und sauren Regen so mitgenommen, daß sich kaum noch ein Name lesen läßt. So wird auch das letzte Andenken an die Krefelder Weber und die vielen anderen ausgelöscht, die hoffnungsfreudig nach Germantown kamen, um in der Neuen Welt ein neues Leben in Frieden und Freiheit zu beginnen. (SAD)



Pastorius-Denkmal, mit Farbe beschmiert, erin- an die Gründung des Dorfes Germantown im 1683



Aus der ersten Siedlung der Deutschen in Amerika wurde ein Armenviertel, wo vor allem Schwarze leben FOTOS: SAD



Günter Grass trommelt im Wahlkampf für den SPD-Spitzenkandidaten Hans-Jochen Vogel FOTO: WEREK

Ein Blechtrommler im Norden

Von LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH

Da steht einer auf und donnert in den teakholzfurnierten Saal aus den dünnbeinigen 50er Jahren: „Nun sag uns doch mal, wo dat längs geiht, Genosse!" Er sagt es auf Plattdeutsch; und der Angesprochene vorn am Rednerpult weiß offenbar nicht so recht, was der will, dieser alte Sozialdemokrat in Brunsbüttel, der sich so unzeitgemäß ausdrückt.

Der Schriftsteller Günter Grass ist kurze Zeit ratlos mit diesem Genossen aus älteren, wohl auch härteren Tagen. Hat er, der wortreiche Autor, nicht schon alles gesagt? Zwei Dutzend Mal in den letzten acht Tagen. Von Lübeck bis Elmshorn, von Mölln bis Brunsbüttel. Zwei Dutzend Mal diese Bilder von „George Orwells Jahrzehnt". Für den Wahlkampf der SPD in Schleswig-Holstein hat er getrommelt wie sein „Blechtrommelheld" Oskar, der sich entschloß, nicht mehr weiterzuwachsen.

Und nun fragt da einer noch immer, wo dat längs geiht. Versteht der denn nicht, was George Orwell am Horizont dräuen sah und Günter Grass heute sieht? Das „dritte Gesicht" müßte hier doch vertraut sein in den stillen roten Backsteinhäusern hinter den Deichen. Überwachungsstaat. Geisterwälder. Computerkontrolle. Stinkende Flüsse. Atomkriegs-Nirwana. Oder die Neusprache, deren Begriffe so auswechselbar und verschleiernd sind, wie „Entsorgungspark" und „Friedensraketen".

Es ist ein Kreuz für Intellektuelle, sich verständlich zu machen, wenn diese Leute im Saal den Blick auf die eigenen Schuhe verkürzen, auf jene Stellen, wo es sie drückt. Am Nachmittag in Burg/ Dithmarschen war das noch schlimmer. Da hatte sogar der örtliche Genosse so schmerzliches Lob für die Dichter-Visionen gefunden: „Nette, blumenreiche Rede." Nichts zu tadeln, gewiß, lieb gemeint, aber nett? Ist ein Intellektueller ein exotisches Wesen vom anderen Stern? Und dann diese Leute! Gelacht haben sie ja, als diese Wendungen über Kanzler Kohl kamen, der in Wirklichkeit ein „Kanzlist" ist und den man immer vergißt, weil, „wo nichts blitzt, auch der Donner ausbleibt".

Aber Orwell traf offenbar nicht ins Netz. Statt dessen fragte doch diese Frau immer wieder, was sie denn mit ihrem körperbehinderten Kind machen solle, wenn sie mal tot sei. Wie soll ein Dichter das wissen? Nur gut, daß dem begleitenden Landtagskandidaten noch einfiel zu versichern, die Sozialdemokraten würden auch da neue Wege beschreiten.

Am schlimmsten aber waren doch die spießigen, verstockten Typen! Bestimmt CDU. „Majestät Grass!" hat der eine gesagt. Und vom „Linksfunk" hat er gesprochen. Merkwürdige Ansichten vom BAföG: „Warum sollen eigentlich die doppelt gefördert werden, die von der Natur ohnehin schon mit mehr Intelligenz gesegnet sind? Warum sollen die Benachteiligten das bezahlen?" Völlig konfus. Er hat sich dann ja auch selber entlarvt. Daß die Terroristen aus den Studentenkreisen gekommen seien! Die Replik bot sich geradezu an: „Eine solche Mentalität wie Sie sie verraten, soll in Deutschland nie wieder eine Mehrheit erhalten."

Jetzt am Abend, hier in Brunsbüttel, ist die Stimmung ein wenig günstiger. Atomkraftwerk, für düstere Prognosen geeignet. Hier können die Genossen auch ganz schön schwierig werden. Warum wir's nicht besser gemacht haben? Warum war Helmut Schmidt nicht mehr als ein bürokratischer Verwalter? Warum die Verwicklung in die Spendenaffäre? Warum Neue Heimat? Daß die Sozialdemokraten immer diesen Hang zum Masochismus haben müssen?! Da muß ein Dichter denn doch mal sagen, wo dat längs geiht. „Ich bin nicht gewillt, im Wahlkampf Selbstzerfleischung zu betreiben."

Ein paar Dinge kann man allerdings zugeben: Das „Staatssekretärs-Verhalten" emporgekommener Jungsozialisten zum Beispiel, die mit dem „Musterköfferchen des Pragmatismus" beweisen, daß sie gesellschaftsfähig geworden sind.

Aber da ist er schon wieder, dieser alte, plattdeutsche Sozialdemokrat: „Hier sind doch nicht nur junge Leute! Was ist denn zum Beispiel mit meiner Rente!?" Nur keine Konfrontationen. Lieber eine Umarmung ins Allgemeine hinein: „Die alten Genossen erinnern uns zu Recht daran, daß wir Kraft schöpfen müssen, aus der Geschichte der SPD, auf die wir sehr stolz sind."

Merkwürdig dünn ist das Eis, auf dem sich ein wahlkämpfender Dichter bewegt. Wenn der Blick abgleitet von den Diskutanten, hinaus in den Saal, wo sonst vielleicht das „Ohnsorg-Theater" gastiert, da blinken die Bleikristall-Lämpchen, schimmert der Resopalplatten-Marmor, kühl, unpersönlich. Kaum mit dem Versuch einer Täuschung. Wie geht das zusammen mit den warmen, gemütlichen Dielen und Stuben, aus denen die meisten hier kommen? George Orwells Jahrzehnt? Man könnte meinen, daß es hier geschähe.

Doch der Wahlkampf duldet solche Abschweifungen nicht. Warum denn dieser harte Kurs gegen die „Grünen"? fragt einer. Ein empfindlicher Nervenstrang ist getroffen. Als Intellektueller hat man nichts gegen die „Grünen". Muß man doch nur an Heinrich Böll und Wolf Biermann denken. Soll da der Dichter-Fürst Grass sich zu Pragmatismus und *Realitätssinn* bekennen? Was ist mit den eigenen Visionen? Bleibt nur der Ausweg ins „Halbe-Halbe": „Ich wünsche den Grünen, daß sie in den Bundestag kommen, damit sie dort lernen, erwachsen und eine Partei zu werden." Besser noch ist der Rückgriff auf die Legende: „Die Grünen sind die verlorenen Söhne der Sozialdemokraten. Wir haben auf sie zu lange nicht gehört. Aber jetzt hat die SPD gelernt. Sie bietet die bessere Alternative."

An dieser Stelle ist der Boden auch nicht mehr so schlüpfrig, weil das Thema das Abheben ins Luftige erlaubt. Raum für Gemälde: Die Volkszählung im April – wer schützt uns vor der totalen Kontrolle? Ein Innenminister, der „die Bürgerrechte um Schwurhandlänge verkürzt?" Gelächter und Beifall. Es ist gut, einen Dichter zu haben. Wer könnte das sonst so pointiert formulieren?

Da muß man nachsetzen, den Schwung der Stimmung nutzen. Perspektiven. Landschaften des Bewußtseins: Vergesellschaftung der Fabriken statt Verstaatlichung, die nur zu noch mehr Bürokratie führt. Warum sollen Maschinen keine Steuern zahlen, da sie doch menschliche Leistung ersetzen? An den Schulen muß das „Überflüssige" gelehrt werden, Opernverständnis für Facharbeiter, zwei Fremdsprachen für den Handwerksmeister. Und schließlich: Neudefinition des Arbeitsbegriffs. Arbeit kann nicht mehr den Sinn fürs Leben stiften. In anderen Kulturen hat Arbeit ja auch nicht den zentralen Stellenwert wie bei uns.

Andere Kulturen? Da ist schon wieder einer, den der Gedankenschwung stört. „Ich habe keinen Arbeitsplatz. Aber ich kann mich auch nicht wie in anderen Kulturen unter einen Baum legen und darauf warten, daß mir die Kokosnuß in den Mund wächst." Welche Verkürzung! Mit den Füßen am Boden kann man nicht fliegen. Abschwünge: Die Lage im deutschen Schiffsbau, Krise bei Kohle und Stahl. Hat der Trommler nicht vorhin selbst gesagt, daß die Intellektuellen dazu neigen, die Realität schuldig zu sprechen, wenn sie sich nicht so verhält, wie man sich das vorstellen möchte?

Überhaupt nachdenkenswert, dieses Verhältnis von Utopie und Wirklichkeit. „Lähmung oder Hochtrieb?" würde Benn fragen. Aber das war auch nur ein Dichter, der sich politisch geirrt hat. Lohnt sich das denn, für 60 oder 80 Leute pro Abend den Schriftsteller-Schreibtisch allein zu lassen? Und das alles, „um Kohl nicht vier Jahre lang in Wort und Bild ertragen zu müssen"? Nur keine Selbstzweifel! Nächstes Jahr bei den Wahlen im Saarland geht's wieder in die politische Bütt. Der Schriftsteller in der Wirklichkeit. So deutlich sieht man die Bruchstellen selten.

Lambsdorff: Positive Signale in den USA

AFP/dpa, **Washington**

Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff bezeichnete den wirtschaftlichen Stimmungsumschwung in den USA als „erstaunlich". Zum Abschluß eines eintägigen Besuches in Washington sagte er am Dienstag, daß nach der lähmenden und deprimierten Atmosphäre des Vorjahres jetzt überall die Erwartung für einen Aufschwung im Jahre 1983 herrsche.

Der Stimmungswechsel ist nach Einschätzung Lambsdorffs ein wirtschaftspolitischer Faktor erster Ordnung. Die amerikanische Regierung scheint fest entschlossen, eine Hauptrolle bei den Bemühungen um eine Wiederankurbelung der Weltwirtschaft zu übernehmen. Das erklärte der amerikanische Außenminister George Shultz vor dem außenpolitischen Ausschuß des Senats.

Bei der Aufzählung der wichtigsten Ziele nannte Shultz zunächst die Sicherstellung der Liquidität im internationalen Finanzsystem.

Der Außenminister betonte, es sei im Interesse der USA und der anderen Industriestaaten, den in Zahlungsschwierigkeiten geratenen Entwicklungsländern bei der Leistung des Schuldendienstes zu helfen.

US-Militärhilfe an El Salvador steigt

AP, **Washington/Managua**

US-Außenminister Shultz hat die von der Regierung beantragte Erhöhung der Militärhilfe für El Salvador um rund 60 Millionen auf 204 Millionen Mark verteidigt.

Die militärische Lage erfordere diese Maßnahme, sagte Shultz vor dem Außenpolitischen Ausschuß des Senats. Auf die Frage eines Ausschuß-Mitgliedes, ob die gleichzeitige Senkung der Wirtschaftshilfe für El Salvador um 48 Millionen Mark bedeute, daß die Regierung für eine Beendigung des Konflikts mit militärischen Mitteln sei, sagte Shultz, eine politische Lösung setze stabile politische Verhältnisse voraus.

Wie ein Sprecher des Komitees für politische Gefangene in El Salvador mitteilte, sind am Montag in zwei Gefängnissen bei San Salvador 36 Häftlinge, unter ihnen acht Frauen, in den Hungerstreik getreten. Sie fordern die Freilassung von mehr als 700 linksorientierten Gefangenen und Aufklärung über den Verbleib vermißter Personen.

In Managua appellierte der Sonderbeauftragte des französischen Staatspräsidenten Mitterrand, Antoine Blanca, an die salvadorianische Regierung, Vorschläge für Verhandlungen mit den linksgerichteten Guerrilleros ernsthaft ins Auge zu fassen.

Brauchitsch-Anwalt erwirkt Verfügung

DW. **Düsseldorf**

Der „Frankfurter Rundschau" ist untersagt worden, weiter aus Schriftsätzen des Düsseldorfer Rechtsanwalts Reinhold Vester zu zitieren, der den im Zusammenhang mit der Spendenaffäre genannten Eberhard von Brauchitsch vertritt. Eine Einstweilige Verfügung auf Unterlassung ist der Zeitung bereits am Dienstagnachmittag zugestellt worden. Das Düsseldorfer Landgericht hat insbesondere urheberrechtliche Gründe geltend gemacht. Die „Frankfurter Rundschau" hatte zwischen dem 9. und 15. Februar sechs Mal aus dem Schriftsatz des Düsseldorfer Anwalts zitiert.

Mit Lohnverzicht den Arbeitsplatz sichern

Von BERND LAMPE

Nach dem Motto: „Spare in der Zeit, dann hast du in der Not" sollen die rund 1400 Arbeiter und Angestellten der Geschäftsführung der Rendsburger Nobiskrug-Werft mit einem Darlehen unter die Arme greifen – wenn der Betriebsrat ein in der Bundesrepublik *bisher einmaliges Modell bei der* Belegschaft durchsetzt. Die Gewerkschaften, besonders die IG Metall, weniger die DAG, laufen gegen das „Projekt Nobiskrug" Sturm, denn sie befürchten ausgerechnet von Arbeitnehmerseite einen Eingriff in ihre Tarifautonomie, die ins Wanken gerate, sollte das Modell bundesweit in mittelständischen Betrieben Schule machen.

Peter W. Ilchmann aus der Geschäftsführung des Familienunternehmens hatte die Idee. Bis zum *Jahresende ist die Werft am Nord*ostsee-Kanal mit Aufträgen ausgelastet. Doch von 1984 an werden die Auftragsbücher in der Schiffsbauindustrie nach Ansicht der Experten noch mehr weiße Seiten aufweisen als bisher. Ilchmann schlug dem Betriebsrat vor, vorsorglich einen Krisenfonds durch Arbeitnehmerhand zu schaffen, der diesem Unternehmen helfen soll, die Durststrecke zu überwinden.

Der Betriebsrat, der Wirtschaftsausschuß und die Unternehmens*leitung entwickelten das „Projekt*



Landesbericht Schleswig-Holstein

Nobiskrug". Danach sollen alle Belegschaftsmitglieder vorerst zwei Jahre lang monatlich auf fünf Prozent ihres Nettoeinkommens verzichten. Das Geld aus der Lohntüte soll auf ein Sperrkonto eingezahlt werden. Nach zwei Jahren hätten sich dann zwischen 3,5 und 4 Millionen Mark einschließlich Zinsen angesammelt. Verwaltet werden soll das Geld von den Arbeitern und Angestellten. Brechen noch *kargere Zeiten in den Werften an*, sollten mit den Millionen Neuaufträge subventioniert werden, um durch Billigangebote die Arbeitsplätze auf der Werft zu sichern. Mit einer Fertigungsstunde zu knapp 40 Mark hätte dann die Nobiskrug-Werft das niedrigste Arbeitspreisniveau in Europa. Kommt die Werft wieder in schwarze Zahlen, wird das Geld verzinst vorrangig zurückgezahlt.

Ilchmann: „Es ist doch besser, im richtigen Moment Vorsorge zu treffen. Wird erst einmal Kurzarbeit angemeldet, dann besteht sehr schnell die Gefahr, daß entlassen werden muß. Ich glaube, die Arbeiter und Angestellten wissen, worauf es ankommt." Trotz Bedenken stimmte der weitaus größte Teil des Betriebsrates diesem Konzept nach dem Motto zu: „Lieber jetzt 95 Prozent Lohn als später 68 Prozent Arbeitslosenunterstützung."

Der Betriebsratsvorsitzende Hans Jürgen Krambeck, Mitglied der IG Metall, meinte: „Begeisterung kann man nicht erwarten; doch die Belegschaft weiß sehr wohl, daß es darum geht, die Arbeitsplätze sicherer zu machen." Dabei wird er von der Unternehmensleitung unterstützt. Weder tariflich vereinbarter Ecklohn noch Urlaubs- und Weihnachtsgeld würden von diesen Vereinbarungen berührt, nicht einmal betriebsinterne Vereinbarungen wie Essen- und *Fahrgeld* oder *Leistungszulage* würden in irgendeiner Weise angetastet.

Als die IG Metall erste Bedenken gegen dieses Modell anmeldete, meinte der örtliche CDU-Landtagsabgeordnete Otto Bernhardt: „Wer die Bereitschaft von Arbeitern und Unternehmern, gemeinsam die Ärmel hochzukrempeln, politischen Unsinn nennt, wer gesunden Bürgersinn so diffamiert, der ist kein geeigneter Anwalt für die Interessen der Arbeitnehmerschaft." Sein SPD-Kollege im Kieler Landtag, Günter Neugebauer, riet den Gewerkschaften ab, sich auf solche Modelle einzulassen: „Wenn so etwas einmal Schule macht, würden dem Mißbrauch in anderen Betrieben zu Lasten der Arbeitnehmer Tür und Tor geöffnet."

Die Gewerkschaften wollten mitreden. So reagierte die IG Metall auf Vorwürfe Bernhardts prompt. Dies sei ein „besonders infamer Versuch, mit der Angst der Arbeitnehmer Wahlkämpfe zu gewinnen". Die weltweite Schiffsbaukrise lasse sich nicht isoliert in einzelnen Betrieben lösen. Würden alle norddeutschen Werften dem Modell folgen, „wäre das der Anfang einer Lohnkürzungsaktion für alle norddeutschen Werften ohne zu*sätzliche Arbeitsplätze*".

„Wenn das die Lösungssätze der Zukunft sind, dann gnade uns Gott", meinte Frank Teichmann von der IG-Metall-Bezirksleitung in Hamburg. Detlev von Schlieben von der schleswig-holsteinischen DAG äußerte sich zurückhaltender: „In schwieriger wirtschaftlicher Lage können Opfer von Arbeitnehmern verlangt werden. Doch darf das keine Einbahnstraße sein."

Im Laufe der nächsten Woche will der Betriebsrat der Werft nun ein rechtlich abgesichertes Modell vorlegen; dann soll die Belegschaft in einer Abstimmung über das Projekt entscheiden. Die Werften im Lande verfolgen das Vorhaben mit großer Aufmerksamkeit.

Die seit Jahren andauernde Krise in der Werftindustrie führte zu diesem außergewöhnlichen Schritt in Rendsburg. Dumpingpreise in Japan und Südkorea ließen den deutschen Großwerften kaum noch Aufträge zukommen. Die mittelständischen Werften, zu denen auch die neun Privatwerften im Schleswig-Holsteinischen gehören, konnten sich bisher durch ihr Know-how mit dem Bau von mittleren, kleinen und Spezialschiffen über Wasser halten. Inzwischen bieten sie mit insgesamt 8200 Arbeitsplätzen mehr Arbeitsstellen als die Großwerft Howaldtswerke/Deutsche Werft AG (HDW), die nur noch 7000 Arbeitnehmer im Kiel beschäftigen.

Die mittelständischen Werften fürchten einen Verdrängungswettbewerb der großen, staatlich geförderten Unternehmen. „Wenn diese mittleren Betriebe in Büsum, Husum, Flensburg oder Rendsburg in den wirtschaftsarmen Regionen dichtmachen *müssen*, dann läuft *dort gar nichts mehr*. Dann *sind* Arbeitslosenquoten von weit mehr als 20 Prozent wie auf Fehmarn an der Tagesordnung", sagte Ilchmann voraus. „Deshalb machen unsere Arbeiter bei dem Modell auch mit."

Politischer Kehraus in Passau

Die deftige Auseinandersetzung à la Vilshofen hat in Bayern eine lange Tradition

PETER SCHMALZ, Passau

Die ersten kommen um fünf, frieren zweieinhalb lange Stunden bei zwölf Grad Kälte, ehe sich die Tore der Passauer Nibelungenhalle öffnen. Als Strauß um 11 Uhr unter den Klängen des *bayerischen Defiliermarsches* durch den weiten Saal schreitet, ist dieser schon 150 Minuten wegen Überfüllung geschlossen. „Ein Andrang wie 1980", schwärmt CSU-Landesgeschäftsführer Manfred Baumgärtl.

Damals hatte sich Strauß von Passau aus auf den Weg nach Bonn gemacht, um am Wahltag dann doch in München zu bleiben. Jetzt soll er den Sprung von der Isar an den Rhein erneut wagen. Zumindest wünscht sich das ein Dutzend Preußen, die zum Aschermittwoch *ins Niederbayerische* gereist sind und zwischen Maßkrügen und Emmentaler ein Transparent ins Scheinwerferlicht halten: „Du gehörst nicht nur den Bayern, wir Westerwälder wollen dich in Bonn."

Strauß zum dreißigsten Mal

Drei Stunden spricht Strauß und verliert doch kein Wort darüber, ob er dieser Aufforderung folgen werde. Für solch diffizile Fragen erscheint dem Münchner Wortmatador das blumengeschmückte Rednerpult in Passau ungeeignet, dient doch der politische Kehraus vor den Toren des Bayerischen Waldes von jeher in erster Linie der Abrechnung mit dem politischen Gegner.

Der Strauß im Scheinwerferlicht, nunmehr zum dreißigsten Mal, blendet leicht über die Tatsache hinweg, daß die Christlich-Sozialen im politischen Verbalkampf zwischen Vils und Donau nichts anderes als Nachzügler sind, die sich an die alte bayerische Tradition angehängt haben, wonach weiß-blaue Politik bodenständig und somit den Bauern nahe ist. Die Viehzüchter aus dem kraftvollen Rottal waren es, die den Ruhm des Marktfleckens Vilshofen gründeten. Hier traf man sich seit 1826 nach dem Faschingstreiben an jedem Aschermittwoch zum großen Viehmarkt. *Zu den Viehhändlern* gesellten sich bald die Politiker und zeigten sich fruchtbar: Am Aschermittwoch 1863 gründete Edmund Joerg die „Bayerische Patriotenpartei", das Treffen zum Viehmarkt wurde dreißig Jahre später zu Vorgesprächen genutzt, aus denen der Bayerische Bauernbund hervorging, und 1919 schließlich wurde Vilshofen Geburtsstadt der Bayerischen Volkspartei als Nachfolgerin der Patriotenpartei, die sich unter den Fittichen des Zentrums eingefunden hatte.

Mit der *Regelmäßigkeit* des alljährlichen Hochwassers kam der politische Aschermittwoch jedoch erst seit 1927. Die Nachkriegstradition gründete die Bayernpartei, wobei sich ihr künftiger Landesvorsitzender 1948 mit einem Paukenschlag meldete: Josef Baumgartner verkündete bei Bier und Schweinswürstl seinen Übertritt von der CSU zur Bayernpartei und schwor seine Weggefährten in all ihrem politischen Tun auf die Kirche ein: „Das habe ich meiner Mutter auf dem Totenbett versprochen."

Bayernpartei kontra CSU

Als sich dann die CSU 1953 erstmals zum Aschermittwochswort meldete, war noch *längst* nicht ausgekartet, wer Bayerns *politische* Zukunft bestimmen wird: die nach weiß-blauer Selbständigkeit strebende Bayernpartei oder die CSU, die sich von ihrem konservativen Konkurrenten sagen lassen mußte, sie betreibe „Bonner Zentralis*mus", was zumindest soviel bedeu*tete, wie alle sieben Todsünden vereint.

Es war die Zeit, da ein noch weithin unbekannter Alfons Goppel über die junge FDP-Kulturpolitikerin Hildegard Hamm-Brücher wetterte, sie verstehe von bayerischer Kulturpolitik „soviel wie ein Ochs vom Klavierspielen". Und es war die Zeit, da am Aschermittwoch Kuriere zwischen den Sälen wechselten und von den jüngsten Attacken des politischen Gegners berichteten, worauf diesem groben Klotz flugs mit einem ebensolchen Keil geantwortet wurde. Vor der bunten Alpenlandschaft wurde die Welt draußen in rosaroten oder rabenschwarzen Farben gemalt, je nachdem, wer gerade am Regieren war.

„Noch 17 Wiederholungen"

Und es war natürlich die Zeit, wo in dem 700 Personen fassenden und mit 1200 Zuhörern überfüllten Saal die Fernsehscheinwerfer während der vollen drei Stunden Straußscher Wortkaskaden Höllenhitze verbreiteten, im kühlen Schneideraum aber nur die späten Minuten herausgesucht wurden, um den Schweiß von Vilshofen sichtbar in jedes saubere deutsche Wohnzimmer zu bringen. 1975 zog die CSU die Konsequenz aus ihrer Popularität und wechselte ins nahe Passau über, wo seither eine unschöne, 126 Meter lange Nibelungenhalle das Flair von Vilshofen austreibt, aber immerhin 7000 Strauß-Fans zuläßt.

Vilshofener Erbfolger wurde die SPD, die gestern ihren Kanzlerkandidaten Vogel in die Wortschlacht warf. „Das hat Vilshofen ja nicht unbedingt verdient", spottet Strauß unter dem Gelächter der 7000. Und ihnen verspricht er noch mindestens 17 Passauer Wiederholungen: „Ich hoffe, daß ich hier noch bis zum Jahr 2000 sprechen kann." Es wäre dann sein 85. Lebensjahr.

Der Ex-Kanzler und die „Genoten"

Hans-Jochen Vogel leistet Schmidt in seinem Bergedorfer Wahlkreis Schützenhilfe

HERBERT SCHÜTTE, **Hamburg**

Der Abgeordnete Schmidt/Bergedorf versicherte sich der Unterstützung seines Kanzlerkandidaten – auf eigenem Platze. Ein wenig verspätet trifft Hans-Jochen Vogel in der Bergedorfer Ingenieurschule ein, einem Betonmonster, das Loki Schmidt respektlos als „häßlichstes Gebäude Hamburgs" bezeichnete. Der Einzug der Gladiatoren – von 2500 Zuhörern mit rhythmischem Klatschen begleitet – zeigt den ehemaligen Kanzler im zweiten Glied: er läßt Vogel den Vortritt.

Vogel, der hier in Bergedorf zum *einzigen Mal im bundesweiten* SPD-Wahlkampf mit Helmut Schmidt zusammen auftritt, erfährt auch die Auszeichnung, als letzter sprechen zu dürfen. Der Scheinwerfer fällt voll auf ihn. Die beiden Matadoren haben zwei Hoffnungsträger an der Seite: Bürgermeister Klaus von Dohnanyi, der mit der wiedererlangten absoluten Mehrheit im Kreuz selbstbewußt verkündet: „Wir brauchen Hamburger Verhältnisse in Bonn"; und Björn Engholm, der hier von Bergedorf aus über die nahe Landesgrenze ein bißchen in den schleswig-holsteinischen Landtagswahlkampf hineinstrahlen möchte.

Helmut Schmidt, der seit 18 Jahren Bergedorf in Bonn vertritt, gibt sich einmal mehr als Weltökonom: Er berichtet von seinen Auslandsreisen nach Mexiko und Japan im vergangenen Monat, von der Einstellung vieler Amerikaner gegenüber den Deutschen: *„Es geht euch* doch gut", von der Notwendigkeit des Handels zwischen Ost und West. „Es wäre töricht", sagt er und tippt dabei mit dem Finger gegen die Stirn, „wollte man den Handel kaputtmachen". Damit ist er bei *Helmut Kohl – „Dem Mann* im dunklen Anzug, gestreiften Hosen, tiefem Diener und einem Lächeln für das Fernsehen". Es sind Versatzstücke aus bereits gehaltenen Reden. Als er das Wort „Genossen" von seinem Ursprung her erklärt – den „Genoten", die sich gemeinsam in Not befinden, flüstert Loki Schmidt erfreut: „Das höre ich zum ersten Mal, dafür gebe ich ihm eine 2+."

Der Saal ist still, kein Ruf des Protestes wie beim vorletzten Bundestagswahlkampf, als es eine Saalschlacht gab und die Ordner rund hundert fanatische Anhänger kommunistischer Organisationen hinaustragen mußten. Der einzige Qualm, der zu Beginn der Veranstaltung aufstieg, stammte aus der Hexenküche der „Saragossa"-Band. Schmidt nimmt sich die Grünen vor, Leute, die private Gewalt zulassen würden, und vergleicht diese Gewalt mit den Auseinandersetzungen Anfang der dreißiger Jahre, die schließlich die Nazis an die Macht gebracht hatten.

Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann wird attackiert, der mit seinen Äußerungen über die Gebiete jenseits von Oder und Nei*ße über das „Offenhalten der deut*schen Frage" in „Osteuropa Angst und Schrecken ausgelöst" habe. Zum NATO-Doppelbeschluß und den Genfer Abrüstungsverhandlungen bleibt der ehemalige Kanzler zurückhaltend. Es sei notwen*dig, daß die* jetzige Bundesregierung sich darum kümmert, daß etwas dabei herauskommt, meint Schmidt, „man muß mit den Amerikanern und den Russen reden".

Hans-Jochen Vogel spricht von der Auszeichnung der Nachfolgeschaft des Bergedorfers und erweist Schmidt seine Referenz: „Wie sich die SPD engagiert hat, das verdanken wir dir, lieber Helmut, das hast du in meisterhafter Weise im September und Oktober bewirkt." Vogel, der zum ersten Mal in Bergedorf ist, gewinnt hier an der Elbe mal scherzhaft – „Ich stamme aus einer alten Chaotenfamilie, ich habe ja einen chaotischen Bruder" –, mal ernsthaft – „Die Sozialdemokraten kämpfen um Sieg, nicht um Platz" – Terrain. Der SPD-Kanzlerkandidat betont: *„Ich* gebe keine Versprechungen ab." Doch fast im gleichen Atemzug kündigt er im Falle der Regierungsübernahme während der ersten hundert Tage eine Zurücknahme der Mietenbeschlüsse und die Wiederherstellung der alten BA*föG-Regelung an.*

Steuerbeamte auf Distanz zu „Quellensteuer"

HEINZ HECK, **Bonn**

Eine Verdreifachung des Sparerfreibetrags auf 1200/2400 (Unverheiratete/Verheiratete) Mark jährlich hat die Deutsche Steuergewerkschaft (DStG) gefordert.

Bundesvorsitzender Werner Hagedorn und Bundesgeschäftsführer Paul Courth schätzen – ähnlich wie die SPD – die jährlichen Steuerverluste durch Nichtdeklarierung der *Zinseinnahmen* zwar auf sieben bis acht Milliarden Mark.

In einem Gespräch mit der WELT erklärten sie jedoch zu der vor allem vom ehemaligen Finanzminister Manfred Lahnstein (SPD) ins Gespräch gebrachten Quellenbesteuerung, diese sei „organisatorisch und personell nicht zu leisten". Die Einführung der Quellensteuer sei mit „einer kolossalen Mehrarbeit für die Finanzämter verbunden".

Bisher gibt es zwar keine Berechnungen über den erforderlichen Personalaufwand, jedoch sprechen die beiden Experten von „ein paar tausend Steuerbeamten".

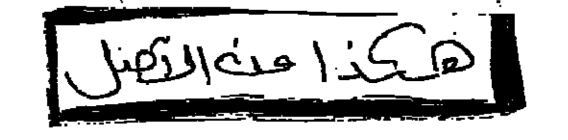
Die Erhöhung der Freibeträge ist nach ihrer Auffassung der „wichtigste Punkt", um die kleinen Fälle aus den Verfahren bei den Finanzämtern herauszuhalten. Die Freibeträge müßten an die Person gebunden sein. Lasse man bei jedem Zinsertrag (also zum Beispiel bei jedem Sparbuch) einen Freibetrag zu, so könnte man sich ohne weiteres durch die Anlage von 20 oder 3[illegible] Sparbüchern der Steuerpflicht entziehen.

Eine vollständige Erfassung se[illegible] nur möglich, wenn zunächst ei[illegible] bestimmter Prozentsatz (ähnlic[illegible] wie bei der Kapitalertragsteuer) de[illegible] Zinseinkünfte bei der Gutschrif[illegible] oder Überweisung einbehalten un[illegible] an das Finanzamt abgeführt werde[illegible] Diese Abzüge würden dann bei de[illegible] Einkommensteuererklärung be[illegible]rücksichtigt. Wer unterhalb de[illegible] Freibetrags liegt, erhalte die einbehaltene Steuer zurück.

Rein theoretisch sehen Hagedorn und Courth einen zweiten Weg i[illegible] der Aufhebung des sogenannten Bankenerlasses von 1979. Nach diesem Erlaß sind Banken derzeit nich[illegible] verpflichtet, den Finanzämtern Auskunft über die Zinseinkünft[illegible] der Bürger zu geben. Nach de[illegible] Regelung von 1979 könne das Ban[illegible]kengeheimnis nur bei konkreter Verdacht der Steuerhinterziehun[illegible] durch den Staatsanwalt aufgeho[illegible]ben werden. Käme es zu einer Au[illegible]hebung, so könnten die Banke[illegible] Kontrollmitteilungen an das zu[illegible]ständige Finanzamt geben (wie heu[illegible]te schon beim Erbfall). Allerding[illegible] seien dann auch andere Folgen z[illegible] befürchten. So hätten Finanzexpe[illegible]ten bereits auf die Gefahr der Kap[illegible]talflucht hingewiesen. Sparer kön[illegible]ten auch dazu übergehen, ihre Mi[illegible]tel wieder im Sparstrumpf aufzuh[illegible]ben.

Zwar steht die Steuergewer[illegible]schaft im Grundsatz zu ihrer Ford[illegible]rung, der Staat solle keine neue Steuern „erfinden", bevor die best[illegible]henden ausgeschöpft sind. Doc[illegible] tue sie sich in diesem Falle mit d[illegible] Forderung außerordentlich schwe[illegible] zumal da die Quellenbesteuerun[illegible] der anderen DStG-Forderung na[illegible] Verwaltungsvereinfachung w[illegible] zuwiderlaufe.

DIE WELT (usps 603-590) is published dai[illegible] except sundays and holidays. The subscri[illegible]tion price for the U. S. A. is US-Dollar 365,[illegible] per annum. Second class postage is paid [illegible] Englewood, N.J. 07631 and at additional m[illegible]ling offices. Postmaster: Send address cha[illegible]ges to German Language Publications, In[illegible] 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N[illegible] 07632.



…erhandlungen …sthaft erst Nachrüstung“

…P/rtr, Washington/Den Haag
… Oberbefehlshaber der NATO … ropa, US-General Bernard …s, erwartet ernsthafte Ver…ungen mit den Sowjets über … Abbau der Mittelstreckenra… in Europa „erst kurz vor oder …ch mit dem Zeitpunkt“ der …-Nachrüstung.

…betonte, daß erst zu diesem …unkt den Sowjets völlig klar …werde, daß sie „kein Veto“ …en besäßen, was der Westen …schreckungspotential gegen …Waffensysteme installiere, die …u bereits aufgestellt habe. …bkehr von der Null- zu einer …henlösung bezeichnete Ro…s „ermunternd“ für Moskau.

… niederländische Minister…ent Rood Lubbers machte in …aag deutlich, daß die Nieder… nicht automatisch INF-Waf…f ihrem Boden installieren … würden, wenn die Genfer …ndlungen fehlschlagen: Die …e hänge von den Umständen …solchen Mißerfolges ab.

…Sowjetunion hat bereits am …ag, wie jetzt bekannt wurde, …neue Interkontinentalrakete …eich getestet. Sie soll …“ und mit vier Nuklear…köpfen ausgerüstet sein.

Für Moskau sticht die französische Karte nicht mehr

Von FRIED H. NEUMANN

Längst ist Amerika für die Sowjetunion das Maß aller Dinge geworden, aber die Verehrung für Frankreichs Esprit und Eleganz belebt noch immer die Gemüter. Französisch, einst von Adel und bürgerlicher Oberschicht als Umgangssprache gepflegt, ist zu einer selten gelernten Fremdsprache herabgesunken. Doch Paris blieb für die Russen das Symbol europäischer Kultur.

Als de Gaulle 1966 in Moskau pathetisch das große Rußland hochleben ließ, glaubten die Zuhörer eine Stimme aus der Vergangenheit zu vernehmen, die sie für Augenblicke verwirrte und verlegen machte. Dann brach auch hier der Jubel los. Inzwischen ist dieses Ereignis selbst fast unvorstellbare Vergangenheit geworden. Aber in vielen Bereichen pflegt der Kreml ein besonderes Verhältnis zu Frankreich weiter.

Das Fernsehen bringt, teilweise aus französischer Produktion, Szenisches von Molière bis Simenon in Fülle, und Filme aus Frankreich kommen häufig in sowjetische Kinos. In früheren Jahren, als Pariser Intellektuelle oft als Mitglieder oder Sympathisanten der KPF gerühmt werden konnten, war der Kulturaustausch noch enger. Heute gibt es gewisse Engpässe.

Die wirtschaftlich-technische Zusammenarbeit beider Länder kann diese Einbußen nicht wettmachen. Die Einführung des Farbfernsehens nach dem französischen Secam-System, von beiden Seiten noch als europäische Pioniertat zur Abwehr amerikanischer Dominanz gefeiert, verlor ihre Propaganda-Wirkung durch die Erfolge der deutschen Pal-Farben. Auch Moskaus technische Gegenleistung in der Weltraumfahrt fiel nicht so spektakulär aus, wie es das französische Prestigebedürfnis gern gesehen hätte. Der Astronaut Jean-Loup Chrétien, der Mitte vorigen Jahres mit zwei sowjetischen Kollegen im Raumschiff „Sojus 6“ aufstieg, war zwar der erste Westeuropäer, aber schon der zehnte Ausländer in einem sowjetischen Weltraumgefährt. Beide Seiten loben das Ereignis trotzdem bis heute als technisch-wissenschaftlichen Brückenschlag zwischen Ost und West.

Unter dem Banner einer Entspannung „in Europa“ hatte Moskau freudig die Gelegenheiten aufgegriffen, die ihm der gaullistische Unabhängigkeitsdrang in den Jugendjahren der fünften Republik zu bieten schien. Bis in die Gegenwart sind der NATO-Austritt Frankreichs und seine fortwährende Sorge um die nationale Eigenständigkeit für die Strategen im Kreml ein entscheidender Ansatzpunkt ihrer Europapolitik geblieben – auch wenn nach de Gaulle die Hoffnungen rasch welkten, die amerikanische Position auf dem Kontinent dadurch ausschalten zu können. Bonns Ostpolitik trat in den siebziger Jahren in den Vordergrund, während auf französischer Seite unter den Präsidenten Pompidou und Giscard d'Estaing die Zusammenarbeit mit den USA wieder enger wurde. Nach sowjetischer Einschätzung aber war der Bruch in den atlantischen Beziehungen nicht mehr aus der Welt zu schaffen: Washington war fortan darauf angewiesen, durch immer neue Konsultationen mit seinen Verbündeten Übereinstimmung zu erzielen. Dabei wirken sich vor allem die empfindlichen französischen Interessen in Moskauer Sicht günstig aus. Die sowjetische Politik sieht darin die Chance, indirekt auf die Amerikaner einzuwirken – ihren Antikommunismus zu schwächen, ihre Entspannungsbereitschaft zu fördern, ihre Rüstungs- und Wirtschaftspolitik zu durchkreuzen.

Seit den Wahlsiegen Mitterrands und seiner Sozialistischen Partei im Frühjahr 1981 ist die französische Karte für Moskau allerdings kaum noch etwas wert. Mitterrands scharfe Kritik an der sowjetischen Politik brachte dem Kreml mehr Nachteile ein, als andere Aspekte ihm nutzen konnten: Der Widerstand gegen das amerikanische Technologie-Embargo zum Beispiel wurde in Moskau zwar lebhaft begrüßt, da aber Mitterrand entschiedener als andere Kontinentaleuropäer gegen den sowjetischen Einmarsch in Afghanistan und das Kriegsrecht in Polen zu Felde zog, fiel die Bilanz eher negativ aus. Zudem weigerte sich der Präsident bisher, die auf eine Vereinbarung zwischen Pompidou und Breschnew zurückgehenden regelmäßigen Spitzenbegegnungen fortzusetzen.

Äußerst unbequem ist dem Kreml vor allem die harte französische Haltung in der Rüstungspolitik. Kopfschüttelnd und ratlos bei allem gedämpften Tadel steht die sowjetische Presse diesem Phänomen gegenüber: sie findet nicht einmal Gelegenheit, eine kraftvolle französische „Friedensbewegung“ dagegen auszumachen. Selbst der erhoffte Antiamerikanismus des Linksbündnisses an der Seine erweist sich im großen und ganzen als Fehlkalkulation, und die Harmonie der Regierung Mitterrand mit der neuen Bundesregierung in Bonn stellt für die sowjetischen Propagandisten ein kaum verhohlenes Ärgernis dar.

Hoffnungsvoll sind allerdings die Erwartungen, daß Mitterrand und die Sozialisten durch die wirtschaftlichen Schwierigkeiten zunehmend unter Druck geraten könnten. Die an der Regierung beteiligten Kommunisten werden schon seit Monaten von den Moskauer Medien als Kronzeugen dafür genutzt, daß ein schärferer Linkskurs geboten sei. Ein halbes dutzendmal analysierte die außenpolitische Zeitschrift „Neue Zeit“ allein im vorigen Jahr besorgt das Erstarken der bürgerlichen Opposition und die strukturelle Schwäche der regierenden „Sozialdemokraten“.

Von einer weiteren Schwächung der Sozialisten, die auch von den Kommunisten noch in die Zange genommen werden können, verspricht sich Moskau unverkennbar günstige Auswirkungen auf die Haltung Mitterrands. Schon deshalb winkt der Kreml nach wie vor mit „reichen Möglichkeiten“ wirtschaftlicher Zusammenarbeit.

Vier Strategien gegen den „sauren Regen“

E. N. Bonn

Mit vier Strategien will der Bundesminister für Forschung und Technologie, Heinz Riesenhuber, gegen die Auswirkungen des „sauren Regens“ vorgehen. Vor der Presse in Bonn versicherte Riesenhuber bei der Vorlage eines Zwischenberichtes über das von 500 Wissenschaftlern besuchte Symposium zum Thema Waldschäden in der Kernforschungsanlage Jülich vom 27. bis 28. Januar, die Forschung hierzu habe absolute Priorität und werde notfalls dadurch finanziert werden, daß man andere Projekte fallen lasse. Neben Technologiepolitik, mit der im Kraftwerkbereich schon gute Fortschritte erreicht worden seien, bezeichnete der Minister Düngungsversuche, mit deren Hilfe durch Säuren verursachte Auswaschungen im Wald ausgeglichen werden können, als dringlich. Daneben soll die Züchtung widerstandsfähiger Baumarten als langfristig forciert werden.

Riesenhuber bezeichnete die Zusammenarbeit aller Wissenschaftsrichtungen, wie in Jülich, als Vorbedingung für Erfolge. Ein europäisches Symposium nach dem Vorbild der Jülicher Veranstaltung soll noch 1983 stattfinden.

DIE WELT

…BHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: …el Springer, Matthias Walden Berlin

…akteure: Wilfried Hertz-Eichenro…, Herbert Kremp

…Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno …, Dr. Günter Zehm

… der Chefredaktion: Heinz Barth

…g-Ausgabe: Diethart Goos

…om Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, …Chuge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke …Report), Bonn; Friedr. W. Heering, …Horst Hillesheim, Hamburg

…wortlich für Seite 1, politische Nach…: Gernot Facius, Peter Philipps …; Deutschland: Norbert Koch, Rüdi… Woikowsky (stellv.); Internationale …: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen …, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite …hard Müller, Dr. Manfred Rowold …; Meinungen: Enno von Loewenstern …w.), Horst Stein, Bundeswehr: Rüdi…iac, Bundesgerichte/Europa: Ulrich …; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; …schichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: …rüggemann; Industriepolitik: Hans …; Geld und Kredit: Claus Dertin…; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard … (stellv.); Geistige Welt/WELT des Bu…: Alfred Starkmann, Peter Böbbis …, Dr. Hellmut Jaesrich (stellv.); Fern…: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und …: Klaus Müller; Sport: Frank Qued…; …s aller Welt: Ulrich Bieger, Knut … (stellv.); Reise-WELT und Auto-…: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-…ann (stellv. für Reise-WELT); …Report: Heinz-Rudolf Scheffer …; Auslandsbeilagen: Hans-Herbert …er; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; …entation: Reinhard Berger; Grafik: … Schmidt

… leitende Redakteure: Dr. Leo Fi…, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter …, Lothar Schmidt-Mühlisch

…aktion: Bettina Rathje; Schlußre…: Armin Reck

… Korrespondenten-Redaktion: Man…hell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), … Beding, Stefan G. Heydeck, Hans-… Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Gi…

…atischer Korrespondent: Bernt Con…

…pondent für Technologie: Adalbert …

…land-Korrespondenten Berlin: …üdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter …, Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joa… Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: …nkwart Guratzsch (zugleich Korre…nt für Städtebau/Architektur), Inge …, Joachim Weber; Hamburg: Herbert …e, Jan Brech, Klare Warnecke MA; …ver: Dominik Schmidt; Kiel: Bernd …; München: Peter Schmalz, Prof. Ul… Marker; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, … Neitzel

…rrespondent (Inland): Joachim …er

…dsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; …: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Mos…: Friedrich H. Neumann; Paris: August …ageneck, Joachim Schaufuß; Rom: …ch Meichsner; Stockholm: Reiner …ann; Washington: Thomas L. Kielin…, …-Alexander Siebert

…ds-Korrespondenten WELT/SAD: … E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. …; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedlän…; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahle…, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim La…, Schewe; Johannesburg: Dr. Hans …; London: Helmut Voss, Christian …, Claus Geissmar, Siegfried Helm, … Michalski, Joachim Zwikirsch; Los …: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: …artz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. … von Zitzewitz-Lonmon; Mexico Ci…: …ner Thomas; New York: Alfred von …, …atiera, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Jürgen Stack, Wolfgang Will; Paris: … Weissenberger, Constance Knitter, … Leibel; Rom: Anna Tietjen; Tokio: … de la Trobe, Edwin Karmiol; Wa…: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre …hild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 611, Anzeigen: Deutschland-Ausgabe Tel. (0 30) 25 91 29 31, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

2300 Kiel, Schloßstraße 16–18, Tel. (04 31) 9 34 30

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11; Telex 4 12 449

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 22,60 einschließlich 6,5 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 31,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 61 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 47.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg. Gesamtleitung: Reinhard Hoyer, Hamburg/Essen

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

Kabul ruft auch Kinder zu den Waffen

AFP, Islamabad

Die Suche des prokommunistischen Regimes in Afghanistan nach Soldaten für seine ausgeblutete Armee wird immer brutaler. Die unterste Altersgrenze für die Wehrerfassung liege inzwischen bei 14 Jahren, zwei Jahre unter der offiziellen Grenze, versicherten unterrichtete Kreise in Islamabad. Nach oben hin soll das Alter demnächst von bisher 40 auf 50 Jahre ausgeweitet werden. Zudem plant das Verteidigungsministerium die Neueinberufung aller Männer, die vor 1979 ihren Militärdienst abgeleistet haben.

Unterdessen fliehen immer mehr Afghanen vor dem Armeedienst. Die in Kabul ansässigen Familien bringen ihre Söhne auch im Fall von geringer Sympathie mit dem Widerstand immer mehr in den von den Mudjaheddin kontrollierten Landesteilen oder im pakistanischen Exil in Sicherheit. Der Fluchtweg aus der Hauptstadt wird dabei oft durch Bestechung der Sicherheitskräfte ermöglicht. Im Basarviertel, so die in Pakistan vorliegenden Informationen, leben die Händler im wehrpflichtigen Alter praktisch ein Leben in Verborgenheit. Ein regelrechtes Spionagenetz aus Kindern, die in den Straßen postiert sind, signalisiert das Anrücken von Armeestreifen, damit die Männer rechtzeitig ihre Buden zumachen und sich verstecken können. Das Regime hat eine Art Gegenspionage aufgebaut und greift dabei auf Kinder der staatlichen Waisenhäuser zurück, die durch die Stadtviertel streichen, um die untergetauchten Männer aufzuspüren.

Die Straßensperren der Truppen wurden verstärkt. Bei Einbruch der Nacht stoppen die Soldaten allerdings ihre Stöberaktionen, da sie in der Dunkelheit den Partisanen zu stark ausgesetzt sind.

Nahost-Kurs in der PLO umstritten

AFP/rtr/AP, Algier

Innerhalb der PLO bestehen noch Meinungsverschiedenheiten über einen Nahost-Friedensplan. Abou Jihad, enger Mitarbeiter von PLO-Chef Arafat, bestätigte diese Differenzen am Rande der Tagung des „Palästinensischen Nationalrates" in Algier. Nach seinen Angaben haben sich die verschiedenen Palästinenser-Organisationen auf eine Plattform geeinigt, die vor allem auf dem von der Arabischen Liga in Fez verabschiedeten Plan beruht. Der von US-Präsident Reagan vorgelegte Nahost-Plan soll dagegen für unannehmbar erklärt werden.

Nach Mitteilung des PLO-Sprechers Achmed Abdel Rachman arbeitet der *Resolutionsausschuß* des Nationalrates derzeit an einer Erklärung zum Plan von Fez, die besage, daß die Billigung des Plans die PLO nicht zur Anerkennung Israels verpflichte. Jedoch werde der Nationalrat den PLO-Chef Arafat und andere PLO-Führer ermächtigen, mit „fortschrittlichen, nichtzionistischen" Israelis Kontakte zu pflegen.

Gewalt beherrscht Wahlen im indischen Assam

Die Bevölkerung des Bundesstaates fordert Umsiedlung von zwei Millionen „illegalen" Einwanderern / Angst vor Überfremdung

M. WEIDENHILLER, Bonn

Es ist eine blutige Wahl in einem gleichsam besetzten Land – im indischen Bundesstaat Assam ist heute der zweite von drei Tagen, an denen das 122 Sitze zählende Landesparlament gewählt wird. Die Mehrheit der Bevölkerung wehrt sich gegen die Wahl; die indische Regierung muß aus verfassungsrechtlichen Gründen darauf bestehen. Mit Ausnahme der Kongreßpartei Indira Gandhis und der Kommunisten boykottieren alle Parteien die Wahlen.

Der verbale Protest eskalierte zu blutigen Ausschreitungen, Politiker *wurden bedroht*, entführt und ermordet. Schulen, Büros und Geschäfte sind seit langem geschlossen. Mindestens 200 Tote sind der Preis. Einmalig dürfte sein, daß zur Wahl 75 000 Mann einer Sondertruppe nach Assam abkommandiert wurden, um die einheimischen Sicherheitskräfte zu verstärken. Um den technischen Ablauf zu sichern, ließ die Bundesregierung etwa 5000 Bedienstete einfliegen, denn Assams Beamte streiken. Die indischen Behörden spielen das Ausmaß der Unruhen herunter, obwohl diese in Agentur-Berichten als die „blutigsten der letzten zehn Jahre" bezeichnet werden.

Der Zorn der Assamesen entzündet sich am „Ausländer"-Problem. Wahlen setzen seine Lösung voraus, so argumentieren sie. Bei der Teilung Indiens im Jahre 1947 flüchteten ungezählte hinduistische Ostbengalen (Ostpakistaner) in Indiens Nord-Ostregion – was als legal gilt. Ein weiterer Einwanderungsschub folgte 1971 nach dem Krieg mit Pakistan – was nach Ansicht der Assamezen illegal ist. Viele dieser Einwanderer sind in Wählerlisten aufgenommen worden. Die Assamesen fordern nicht nur eine Revision dieser Wählerlisten, sondern auch eine Aussiedlung der Einwanderer, deren Zahl sie auf etwa zwei Millionen schätzen.

Ebenso feindselig ist die Haltung gegenüber indischen Zuwanderern! Händlern und Handwerkern aus Westbengalen. Dagegen scheint die Anwesenheit der aus Rajastan stammenden Marwari und der Sikhs aus dem Punjab nicht problematisch zu sein; erstere haben im Finanzwesen das Sagen, letztere beherrschen das Transportwesen.

Der Protest begann 1979. Träger nach außen sind der assamesische Studentenverband und die assamesischen „Gemeinsame Kampfgruppen". Seit 1980 wird mit Delhi verhandelt. Das jüngste Gespräch im Januar wurde auf unbestimmte Zeit vertagt. Das einzige Zugeständnis der Assamesen: Sie akzeptieren 1961 als „Stichjahr", vorausgesetzt, all diejenigen verlassen das Land, die zwischen 1950 und 1960 kamen.



Wohin sollen die Millionen? Wer fällt überhaupt in die Kategorie „Ausländer" – einen Terminus, den die Regierung in Neu-Delhi grundsätzlich ablehnt. Mit Recht *weist es auch auf humane Aspekte* hin. Eine Massenumsiedlung würde nur neue menschliche Not auslösen.

Das Problem orientiert sich nicht nur an Zahlen. Die einheimische Bevölkerung befürchtet einen Verlust ihrer ethnischen, sprachlichen und kulturellen Identität. „Assam den Assamesen" heißt deshalb seit drei Jahren der Schlachtruf wider die Überfremdung. Die Forderung nach einem Schutz ihrer Eigenständigkeit wird von wirtschaftlichen Problemen überlagert. Der Bundesregierung wird vorgeworfen, zu wenig für die im äußersten Nordosten des Landes gelegene Region getan zu haben. In der Tat lassen industrielle Entwicklung und der Ausbau der Infrastruktur zu wünschen übrig.

Wer kennt nicht den Assam-Tee – er g0hört zu den wichtigsten Exportprodukten. Aber die Zentralen der Teeplantagen li0gen in Kalkutta; auch die Auktionen finden dort statt. Assams Ölproduktion machte, jedenfalls bis zum Ausbruch der Unruhen 1979, ein Drittel der indischen Produktion aus. Nur ein kleiner Prozentsatz der Einnahmen floß in das Land zurück.

Eine Befriedung Assams kann zweifelsohne eher durch eine wirtschaftliche Entwicklung als durch eine Massenumsiedlung erreicht werden. Der Krizenherd ist zudem nicht allein auf Assam beschränkt. Auch in den Staaten Tripura, *Manipur*, Nagaland, Meghalaya und den Unionsterritorien Mizoram und Arunachal Pradesch, die sich zusammen mit Assam klangvoll die „sieben Schwestern" nennen, gibt es innere Spannungen, die die innere Sicherheit und die staatliche Einheit beeinträchtigen.

Juden in Basel bedroht

Mordhetze über Telefon und Briefpost betrieben

SAD, Basel

Viele in Basel lebende Juden, unter ihnen Überlebende des Holocaust, werden seit einigen Tagen durch Morddrohungen und anonyme Telefonanrufe beunruhigt.

Die Polizei fahndet energisch nach den Tätern, hat aber noch keine Anhaltspunkte. Heute wollen die Studenten der Basler Universität für ihre jüdischen Kommilitonen demonstrieren. Sie möchten der ganzen Stadt und der Schweizer Bevölkerung zeigen, daß sie mit Hetze gegen Juden nichts zu tun haben wollen.

Hauptziel der antijüdischen Hetz- und Terroraktion ist eine Gruppe jüdischer Studenten an der *Medizinischen Fakultät der* Universität Basel. Sie werden telefonisch mit dem Tode bedroht, anonyme Stimmen hetzen im Streicher-Jargon. Auch Freunde und Angehörige der Studenten werden terrorisiert. Ein Sprecher der Polizei erklärte dem SAD: „Die unbekannten Täter müssen sich auskennen. Sogar Großeltern von Studenten wurden am Telefon bedroht."

Nicht Schweizer Mundart, sondern Hochdeutsch wird von den antisemitischen Hetzern am Telefon gesprochen. Auch schicken sie Morddrohungen oder Exekutionslisten per Post. Die Briefe sind mit Maschine getippt, die Titel mit Schablone geschrieben. Auf Basler Plätzen und Straßen sind antisemitische Parolen und Hakenkreuze zu sehen, auch die Synagoge wurde beschmiert. Die israelitische Gemeinde erstattete Anzeige gegen Unbekannt.

In Basel fliegen Steine in Fensterscheiben, und die Täter irren sich kaum: Wer irgendwie bedroht wird, steht mit jüdischen Medizinstudenten in Kontakt. Die *Eltern* der Studenten haben keine ruhige Minute mehr. Wenn ihre Kinder aus dem Haus sind, klingelt das Telefon. Eine anonyme Stimme sagt dann: „Ihr Sohn ist tot. Wir haben ihn umgebracht." Einigen Angehörigen haben diese Anrufe so furchtbare Angst eingejagt, daß sie einen Schock erlitten.

Die Basler Polizei gibt sich zurückhaltend und verschlossen. *„Kein Kommentar", heißt es.* Die Polizei begründet die Nachrichtensperre damit, daß man die Täter kurz vor ihrer eventuellen Verhaftung nicht warnen wolle. Doch in der jüdischen Gemeinde von Basel wächst der Unmut. „Weiß die Polizei wirklich etwas, oder tut sie nur so?" fragte der 72jährige Rentner David S., der zwei Morddrohungen erhielt. Sein Patenkind ist Medizinstudent.

Beobachter sind nicht sicher, ob die antijüdische Welle in Basel von einer rechtsradikalen Gruppe ausgeht oder ob es sich „nur" um Rivalen der Studenten handelt, die ihnen einen üblen und geschmacklosen Streich spielen. In den meisten anderen Schweizer Städten gibt es keine antisemitischen Ausschreitungen. Basel bietet ein untypisches Bild.

Armee gewinnt Einfluß

Operation „Groß-Beirut" stärkt Autorität des Staates

JÜRGEN LIMINSKI, Bonn

Die Ausdehnung der libanesischen Armee und ihrer Kontrollfunktion auf die gesamte libanesische Hauptstadt ging ohne Zwischenfälle vonstatten. Die Einheiten der christlichen Milizen („Forces Libanaises"), die bislang den Ostteil der Stadt kontrollierten, sind aus dem Straßenbild verschwunden. Das geschah, wie ihr Oberkommandierender, Fady Frem, gestern der Presse in Beirut mitteilte, „in voller Übereinstimmung mit uns". Die Operation war bis ins Detail gemeinsam mit der Armee besprochen worden. Der Kommandant der Armee-Einheiten in Ost-Beirut, Michel Aoun, genießt bei den „Forces Libanaises" hohes Ansehen. Die Kampfpanzer und schweren Geschütze der Milizen wurden in das Bergland nördlich von Beirut verlegt.

Die Übereinstimmung ergibt sich aus den gemeinsamen Zielen der „Forces Libanaises" und der libanesischen Regierung. Beide wollen das Land von fremden Truppen befreien und die Autorität des Staates auf das gesamte Territorium ausdehnen. Solange jedoch noch Besatzungstruppen im Lande stehen, weigern sich die „Forces Libanaises", ihre Verbände aufzulösen. Unterschiede gibt es in der Beurteilung der Lage und bei den Methoden, um zu dem gemeinsamen Ziel zu gelangen.

Diese betreffen aber nicht den urbanen Raum von „Groß-Beirut". Sie sind diplomatisch-politischer Natur. Die „Forces Libanaises" lehnen beispielsweise allzu weit gehende Rücksichtnahmen auf arabische Interessen ab und treten offen für einen Friedensvertrag mit Israel ein.

Die Autorität des Staates wird durch die Operation „Groß-Beirut" zweifellos gestärkt. Insbesondere ist es der Armee jetzt möglich, gemeinsam mit den Truppen der multinationalen Streitkräfte in ganz Beirut nach weiteren Waffenverstecken zu fahnden. Offizielle Kreise geben unumwunden zu, daß weder die libanesische Armee noch die israelischen Einheiten alle versteckten Waffenarsenale der Palästinenser ausfindig gemacht hätten. Besonders in den Lagern im westlichen *Beirut befänden* sich noch „eine ganze Reihe von Depots".

Um den Einflußbereich der staatlichen Autorität noch weiter auszudehnen, wird bereits erwogen, möglichst bald mehrere Einheiten in die Bergregion Schuf zu entsenden. Sie könnten dort gemeinsam mit den Israelis die Kontrolle übernehmen.

Der Moment für eine Stärkung *der* libanesischen Armee ist günstig. Anders als unter Präsident Sarkis kann Libanon heute mit der direkten Unterstützung des westlichen Auslands rechnen. Die Syrer und Palästinenser in der Bekaa-Ebene und im Norden Libanons wird das freilich kaum beeindrukken. Israel hingegen scheint erste Vorbereitungen für einen möglichen Teil-Rückzug zu treffen.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714.

Die verleugneten Opfer

„Goebbels und Ulbricht in gemeinsamer Aktion"; WELT vom 4. Februar

Sehr geehrte Herren,

nachdem die Ursachen, die zur Machtergreifung durch Adolf Hitler vor 50 Jahren führten, von den Medien zumeist überhaupt nicht erwähnt oder historisch völlig falsch dargestellt wurden (wobei die SED- und DKP-Historiker die Tatsache, daß NSDAP und KPD Arm in Arm gegen den Staat von Weimar marschierten, zu verschweigen versuchten, und jetzt den Versuch unternahmen, eine Volksfront zu schaffen mit der Begründung, daß wir bereits in einer Vor-Hitler-Ära leben würden), ist es zu begrüßen, daß Ihr Autor den Lesern endlich die historische Wahrheit vermittelt.

Das „Reichsbanner Schwarz Rot Gold", einer der stärksten politischen Kampfverbände, wurde 1924 von republikanischen Kräften als sozialdemokratischer Selbstschutz gegründet, um die paramilitärischen *Wehrverbände der Rechten* mit gleichen Mitteln bekämpfen zu können. Am 16. Dezember 1931 schlossen sich SPD, ADGB-Gewerkschaften, Arbeitersportler und Reichsbanner als militanter Kern zur antifaschistischen „Eisernen Front" gegen den Nationalsozialismus zusammen. Kampfsymbol waren drei Pfeile: SPD, Gewerkschaften und Reichsbanner. Die KPD erteilte damals der „sozialfaschistischen Eisernen Front" eine demonstrative Abfuhr und gründete im Frühjahr 1932 eine „Antifaschistische Aktion".

Der ehemalige SPD-Bundestagsabgeordnete Freiherr Ostmann von der Leye erinnerte aus Anlaß des 50. Jahrestages der Machtergreifung an die Opfer des Reichsbanners: „Bis zum 30. Januar 1933 verzeichnete das Reichsbanner 326 Tote in Notwehr und Nothilfekämpfen und durch Meuchelmord. Von diesen kam bemerkenswerter Weise genau die eine Hälfte durch die Nazis und die andere Hälfte durch die Kommunisten ums Leben."

Am 7. März 1933 wurden Reichsbanner und Eiserne Front verboten.

Die moskautreue DKP, die sich als Erbe der KPD ansieht, hat anläßlich des 50. Jahrestages der Machtergreifung eine großangelegte Propaganda-Aktion durchgeführt, um ein volksfrontartiges Bündnis mit Gewerkschaften und Sozialdemokraten herbeizuführen. Zu den Unterzeichnern des „Aufrufs", der zu antifaschistischen Aktionen am 29. Januar 1983 aufrief, gehörten neben DKP-Funktionären auch SPD-Mitglieder und führende DGB-Funktionäre. Sie distanzierten sich nicht von den Kommunisten, die für den Tod von 163 Männern des Reichsbanners verantwortlich waren.

Die Teilnahme und Reden von Walter Malzkorn, IG-Metallsekretär, Detlef Hensche, Hauptvorstand IG Druck und Papier, Georg Benz, Hauptvorstand IG Metall und Leonhard Mahlein, Gewerkschaftsvorsitzender IG Druck und Papier, waren eine Ohrfeige für die Angehörigen der Toten des Reichsbanners und der Eisernen Front, die durch Kommunisten umgebracht wurden. Sie zeigten nur eine einseitige Solidarität mit jenen, die durch die Nazis ermordet wurden.

Der unvergessene Kurt Tucholsky schrieb einst in der „Weltbühne": „Schämst Du Dich eigentlich nicht, Genosse?"

Mit freundlichen Grüßen
Rudolf Dietrich
Wiesbaden

Stellung der Frau im Islam

„Das Paradies liegt unter den Füßen der Mütter"; GEISTIGE WELT vom 29. Januar

Sehr geehrte Redaktion,

zum erstenmal bekommt man hier klar und verständlich eine historische und psychologische Erklärung für die Stellung der Frau im Islam, die von jeher und noch heute für uns Deutsche, die immer nur von außen oder literarisch mit dem Islam zu tun hatten und durch die Widersprüche beim Umgang mit Gastarbeitern und die widersprüchlichen Erfahrungen, die man als Tourist gewinnt, verwirrend und undurchsichtig ist. Wir haben immer nur unsere europäischen Meßlatten angelegt, aber man muß die Stellung der Frau im Islam wohl aus der geistigen Mitte heraus begriffen haben, wie Sigrid Hunke das in ihren Büchern bewiesen hat.

Hier wird mal deutlich, daß man schon diese uns ganz fremden Welten nicht nach flüchtigen Eindrükken von Reisenden, nicht mit unseren christlich-abendländischen Vorurteilen und einseitigen Perspektiven verständlich machen kann, sondern auch die geistigen Hintergründe kennen muß, um die grundfalschen Vorstellungen zurecht zu rücken. Und das ist um der Gerechtigkeit anderer Völker gegenüber, besonders für das Verständnis der unter uns lebenden Ausländerinnen höchst nötig. Besten Dank an Frau Hunke für diese Instruktion.

Mit freundlichen Grüßen
Prof. Dr. Lothar Heister,
Köln 41

*

Es hat mich interessiert zu lernen, daß die geringe Achtung der Frau in den arabischen Ländern nicht auf Mohammed zurückzuführen ist, sondern auf persischen Einfluß, begründet auf Sedimente des iranischen Dualismus.

Bei der Bedrohung durch den Islam, unter der wir in Europa heute alle stehen, ist informative Sachlichkeit von größtem Wert. Deshalb ist es mir unverständlich, wie man in diesem Zusammenhang Steine auf die Grundlage unseres *christlichen Glaubens, die Bibel,* werfen kann.

Jesus hat im Gegensatz zu seinen Jüngern, also zur herrschenden Volksmeinung, von der wenig gut beleumdeten Samariterin Wasser erbeten, und hat ihr tiefgründige Wahrheiten gesagt: „Joh. 4,23" Und Frauen waren es, die die erste Nachricht des Auferstandenen i[n] den Jüngerkreis brachten. Viel[e] der schönen Worte, die Frau Hun[ke] über den Gehorsam schreib[t,] sind nur zu bejahen, aber ic[h] möchte feststellen, daß der Apost[el] Paulus bei seinen Worten 1. Kor. Mann und Frau die gleiche Veran[t]wortlichkeit in der Ehe beimißt.

Interessant wäre mir zu erfahre[n,] wann Luther der Frau eine ung[e]bührliche Stellung zugemutet hä[t]te. Ich weiß nur, daß er den Stan[d] der verheirateten Frau und d[ie] häusliche Arbeit der Frau gege[n]über dem Dasein der Klosterfr[au] aufgewertet hat.

Sophie Gräfin zu Münst[er]
Ebelsba[ch]

*

Sehr geehrte Redaktion,

in dem Beitrag von Sigrid Hun[ke] wird die bizarre These vertrete[n,] daß der heute in den arabisch[en] Ländern übliche Ausschluß d[er] Frau vom gesellschaftlichen Leb[en] im allgemeinen und die Sitte d[er] Verschleierung im besonderen [ih]ren Ursprung im vorislamisch[en] Persien haben. Die Verdrängu[ng] der „großartigen Vollblutarabe[ri]nen" (sollte dieses Vokabular nic[ht] doch den Pferden vorbehalten bl[ei]ben?) durch „persische Sänger[in]nen und Konkubinen" am Hö[fe] Harun ar-Raschids sei Schuld [an] der Entstellung der an sich fo[rt]schrittlichen Prinzipien des Isla[m].

Dazu möchte ich anmerken: D[ie] in Persien lebenden Anhänger d[es] Zarathustra (die Altiraner), der[en] Religion vor der Eroberung d[es] Landes durch die Araber Staatsr[e]ligion war, kennen bis zum heu[ti]gen Tage weder Polygamie no[ch] Verschleierung noch überhaupt e[i]ne gesellschaftliche Diskrimini[e]rung der Frau. Es ist also absur[d,] von einer „im iranischen Duali[s]mus gründenden Unfreiheit d[er] Frau" zu reden.

Mit freundlichen Grüß[en]
Malakeh Sanati-Küm[...]
Hamburg

Wort des Tages

„Weise ist der Mensch, der nicht den Dingen nachschaut, die er nicht besitzt, sondern sich der Dinge erfreut die er hat."

Epiktet, griech. Philosoph (50–138)

Personalien

ERNENNUNGEN

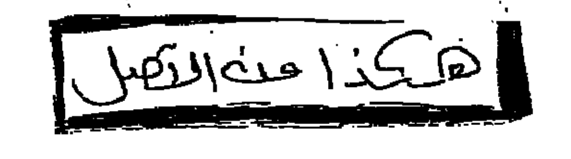
Dr. **Heinz Dittmann** wird neuer deutscher Botschafter in Mexiko und dort Nachfolger des jetzigen stellvertretenden Bonner Regierungssprechers Dr. **Jürgen Sudhoff**, der bis zum Bonner Regierungswechsel in Mexiko als Botschafter tätig war. Dittmann, 1925 in Berlin geboren, studierte Volks- und Betriebswirtschaft, Rechtswissenschaft, Philosophie und Sprachen und beendete sein Studium mit dem Dr. rer. pol. 1950 ging er zunächst zur Bank deutscher Länder, der Vorgängerin der heutigen Bundesbank. 1953 trat er in das Auswärtige Amt ein. Er wurde 1968 bis 1972 auf Auslandsposten in Paris und Washington eingesetzt, war beim Gatt in Genf und seit 1979 Botschafter in Chile.

*

Neuer deutscher Botschafter in Algerien wird Dr. **Heinz Dröge**. Der Diplomat, 1922 in Essen geboren, studierte ebenfalls Volkswirtschaft und promovierte zum Dr. rer. pol. In das Auswärtige Amt trat er 1951 ein. Heinz Dröge war zunächst am Generalkonsulat i[n] New York tätig und ging 1953 a[n] die deutsche Botschaft in Wa[]shington, wo er bis 1962 blieb. I[n] den Jahren zwischen 1966 un[d] 1970 war er bei der Ständige[n] Vertretung der NATO in Brüsse[l.] 1970 bis 1974 war Heinz Dröge in[] Bundeskanzleramt eingesetz[t.] 1974 bis zur Schließung der Bo[t]schaft 1975 wegen der Kriegswi[r]ren war er Botschafter in Saigo[n.] Anschließend ging er bis 1979 al[s] Botschafter nach Nigeria.

GESTORBEN

Gerichtsmediziner **Albert Ponsold** ist im Alter von 82 Jahren i[n] Münster gestorben. Der langjähri[]ge Direktor des gerichtsmedizini[]schen Instituts gehörte der Wil[]helmsuniversität von 1947 bis 196[.] an. Professor Ponsold, der sich vo[r] allem auch mit Problemen de[r] Verkehrsmedizin befaßte und ei[]ner internationalen Kommissio[n] Alkohol bei Verkehrsstraftate[n] angehörte, war 1962 Präsident de[r] Deutschen Gesellschaft für ge[]richtliche Medizin geworden.



\thensammelt Punkte im Kreml

:iechenlands KP unterstützt Papandreous Sparpolitik / Vor dem Besuch Tichonows

E. ANTONAROS, Athen

lit Ministerpräsident Nikolai Ti- now, der Athen in den näch- ı Tagen besuchen wird, reist n erstenmal ein hochkarätiger ,jetischer Politiker nach Grie- ·nland. Er erwidert eine Reise ı Staatspräsident Konstantin :amanlis, der 1979 als Regie- gschef die Sowjetunion be- hte. Tichonow reist zu einem tpunkt nach Griechenland, wo e sozialistische Regierung im t ist, die dazu noch erhebliche erständigungsschwierigkeiten den traditionellen Verbünde- Griechenlands im Westen hat. hr noch: Tichonows Reise fin- vor dem Hintergrund der nur r mühsam vorankommenden tzpunktverhandlungen der echen mit den Amerikanern t.

'estliche Diplomaten in Athen ı darum bemüht, die Bedeu- g der Tichonow-Reise herunter- pielen und sprechen von einem türlichen Nachholbedarf" der echen im Rahmen ihrer Bezie- gen zur Sowjetunion. Papan- ɔu und die ihm nahestehende sse, die schon seit Jahren regel- ßig Berichte der sowjetischen :hrichtenagentur „Novosti" r weltpolitische Fragen ab- ckt, werden jedoch auf jeden versuchen, die Gespräche mit ıonow in ihrem Sinne politisch zunutzen und sie als ein wichti- politisches Ereignis darzustel-

uch Papandreou paßt nämlich ıonows Reise ganz gut ins taktische Konzept: gegenüber dem Westen – aber auch gegenüber dem weitgehend linkslastigen Publikum zu Hause – wird er demonstrieren wollen, daß er sich so unabhängig fühlt, daß er mit der Sowjetführung umfangreiche Gespräche über alle wichtigen Fragen führen kann.

Konkrete Ergebnisse werden von diesen Gesprächen allerdings nicht erwartet. Zahlreiche sowjetische Delegationen haben zwar die letzten Wochen in Athen verbracht. Aber sie haben vorwiegend mit Regierungsvertretern und Technokraten über die Fertigstellung von technologischen, kulturellen, wissenschaftlichen und handelspolitischen Abkommen verhandelt, die Tichonow und Papandreou unterzeichnen wollen. Ein Athener Regierungssprecher dementierte Presseberichte, wonach auch die Unterzeichnung eines politischen Dokuments erwogen werde.

In ihren wichtigen „nationalen Fragen" – also beim Streit mit der Türkei – dürfen die Griechen keine sowjetische Rückendeckung erwarten. Beim griechisch-türkischen Konflikt hat Moskau bisher eine strikte Objektivität gewahrt. Darüber hinaus haben die Russen den Griechen zu erkennen gegeben, daß sie eine eventuelle Ausweitung der griechischen Territorialgewässer in der Ägäis von bisher sechs auf zwölf Seemeilen nicht akzeptieren würden, weil dadurch Probleme für die sowjetische Kriegs- und Handelsflotte entstehen würden.

Einiges hat Papandreou von den Sowjets allerdings erhalten: Die griechische KP hat die restriktive Einkommenspolitik der Sozialisten, offenbar einem Wink aus Moskau folgend, zähneknirschend geschluckt und auf die sonst übliche Mobilisierung der Gewerkschaften verzichtet. Ebenfalls haben sich die Russen bereit erklärt, große Mengen von griechischem Obst, wenn auch zu Minimal-Preisen, abzunehmen.

Papandreous Vorleistungen waren allerdings keineswegs gering. Den Ausnahmezustand in Polen hat er nur widerwillig und halbherzig verurteilt, Andropows Abrüstungsvorschläge findet er in Ordnung, und für das Embargo gegen Polen und die Sowjetunion war er nicht zu gewinnen. Griechenland, so die „Prawda", habe unter den Sozialisten „schon viel Positives geleistet".

Seit einiger Zeit bemüht sich Papandreou um den Status eines Beobachters bei der Konferenz der Blockfreien, die Anfang März in Neu-Delhi stattfinden wird. Bisher ist es ihm jedoch nicht gelungen, eine Einladung zu erhalten, obwohl er seine Freunde in Irak, Algerien und Jugoslawien um Unterstützung gebeten hat. Doch die Präsenz in Neu-Delhi wäre für Papandreou, nicht zuletzt wieder aus innenpolitischen Überlegungen, von größter Bedeutung. Abzuwarten bleibt, ob er sich an die Sowjets wendet, um sich seinen Wunsch zu erfüllen. (SAD)

/larchais weint um Waldeck-Rochet

:m Tod des Vorkämpfers der Volksfront / Selbstverständnis der französischen KP

A. GRAF KAGENECK, Paris

illionen Fernsehzuschauer sa- Georges Marchais, den Gene- :kretär der Kommunistischen ei, plötzlich in Tränen ausbre- ı. Er war am Ausgang des klei- Hauses in einem Pariser Vor- in dem sein Vorgänger Wal- ϲ Rochet nach jahrelangem Da- iechen sein Leben ausge- :ht hatte, von einem Reporter eine Stellungnahme gebeten len. Nach einigen belanglosen en über ihre lange gemeinsa- Arbeit, unterbrach sich Mar- s plötzlich, um schließlich mit enerstickter Stimme, sich vor Kamera wegduckend, zu sa- „... und er war mehr als ein und."

ie Szene war irgendwie typisch las Selbstverständnis der fran- schen Kommunisten und ihren z in der Nation. Marchais hatte en Auftritt nicht gestellt, sein bruch war spontan, wirkte ıbhaft. Es war die Reaktion ei- Kommunisten vor dem Tod :s Kommunisten, wie sie von Franzosen als selbstverständ- akzeptiert wird. Die KPF ist ır als eine Partei in den Augen zösischer Nichtkommunisten. ist eine Religion, eine Kirche, : verschworene Gemeinschaft, ie man schwer hineinblickt, die r immer wieder verblüffende, eilen unheimliche Beweise ih- ınneren Zusammenhalts liefert. beispielsweise bei Parteiausschlüssen, die gnadenlos vollzogen werden. Niemand, der aus dem Paradies verstoßen wurde, ist jemals wieder dorthin zurückgekehrt.

Der Tod von Waldeck Rochet wird nicht nur von Kommunisten betrauert. Namhafte Sozialisten erwiesen dem verstorbenen die Ehre. Allen voran Staatspräsident Mitterrand, der ihn einen Vorkämpfer der Einheit der Linken nannte. Mitterrand schuldet dem Toten Dank. Waldeck Rochet warf im Dezember 1965 das Steuer seines Parteischiffes um 180 Grad herum und ließ seine Anhänger für den Präsidentschaftskandidaten Mitterrand stimmen. Mitterrand konnte daraufhin im zweiten Wahlgang um ein Haar General de Gaulle schlagen – ein unerhörter Vorgang, der über Nacht die Macht der Vereinigten Linken enthüllte.

Pierre Daix, der nach dem „Coup von Prag" mit der Partei brach, sagte über Waldeck Rochet: „Er war ein aufrichtiger Mann, oft überfordert, zuweilen zerrissen, aber immer gerecht, wenn es galt, seine führenden Mitarbeiter in ihren Gewissensqualen zu entlasten." Daix weiß, wovon er spricht. Auch der ehemalige Chefredakteur der theoretischen Parteizeitschrift „Les Lettres françaises" wurde, ganz wie sein Chef, am Kommunismus irre, als sowjetische Panzer die Freiheitsbewegung tschechischer Kommunisten unter Dubcek niederwalzten. Waldeck Rochet hat damals die Besetzung Prags offen verurteilt.

Kurze Zeit später diagnostizierten die Ärzte einen Gehirntumor, der nach und nach sein Nervenzentrum zerstörte. 1970 mußte Waldeck Rochet die Führung der Partei an Marchais abgeben, der sich bald wieder Moskau annäherte, dem von Waldeck Rochet und dem italienischen KP-Chef Luigi Longo angebahnten „Eurokommunismus" auf Moskaus Geheiß den Todesstoß versetzte und 1980 in Moskau den Einmarsch nach Afghanistan guthieß. Bis heute ist die Partei unter Marchais' eiserner Hand die moskauergebenste unter Westeuropas kommunistischen Parteien geblieben.

Nichtsdestoweniger waren es keine Krokodilstränen, die Georges Marchais an der Bahre seines unglücklichen Vorgängers vergoß. Waldeck stand in der direkten Nachfolge des 1964 verstorbenen „großen Thorez", und er war der Lehr- und Zuchtmeister des jungen Georges Marchais, den er früh an seine Seite gezogen hatte. Marchais wird ihm vor allem nie vergessen, daß er den großen Pardon für einen verhängnisvollen Fehltritt gewährt hatte: die freiwillige Arbeit in einem Flugzeugwerk der nationalsozialistischen Rüstungsindustrie in Augsburg im letzten Kriege. Bis heute ist es bei diesem Pardon, nicht aber bei einer Widerlegung geblieben.

)ie Guerrilla will auf Betancurs 'riedensangebote nicht eingehen

G. FRIEDLÄNDER, Bogotá

s Unbekannte auf den Kom- danten des kolumbianischen :es, General Gustavo Matamo- l'Costa, und seine Frau schos- während sie sich am Fenster ; Schlafzimmers befanden, uchten das Heer und der Ver- gungsminister zunächst, den schenfall herunterzuspielen. r das Attentat ist bezeichnend lie Lage.

ılumbien war dabei, sich für „Friedenstag" vorzubereiten, als Solidarisierung mit Betan- Amnestie-Politik gedacht war. bestand nie ein Zweifel daran, die Bürger Frieden wollen. sie haben ebensowenig wie Parlament oder die Regierung aufständische Guerrilla davon zeugen können, auf die Frie- angebote einzugehen. Auch Kolumbien gilt, daß alles gleich ɔt, sosehr sich auch alles än- . Betancurs Regierung hält in Öffentlichkeit daran fest, daß Amnestie ein Erfolg sei und ihr nur Zeit geben muß, damit noch erfolgreicher werden ı. Man hat dabei wieder auf die Taktik zurückgegriffen, viele kommnisse nicht der Guerrilla, lern sogenannten Gewohn- sverbrechern zuzuschreiben. ıncur sagt in einem Brief an Generalstaatsanwalt Carlos Ji- ıez: „Die Regierung wird nicht ıben, daß die Bürger von der erwelt, den Enführungen und Verbrechern verängstigt ı." Die Zeitungen bringen die hrichten von Kämpfen und führungen auch wieder über al- eiten verstreut, um den Ein- :k auf die Öffentlichkeit abzu- wächen.

ird Kolumbiens Präsident, des- Regierungsantritt mit unge- ınlichem Enthusiasmus be- 3t worden war, zu einem Don Quijote? Im Januar starben im Guerrillakampf mehr als 200 Menschen, während für den gleichen Monat 56 Entführungen bekannt wurden. Die wirkliche Zahl der Entführten ist wahrscheinlich noch höher. Zu den Entführten gehören die Schwester des Außenministers Alvaro Jose Lloredà, eine Abgeordnete des Parlaments, andere Politiker, zwei Töchter prominenter Industrieller und viele Bauern. Die ersten Februarwochen zeigen, daß dieser Monat dem Januar nicht nachstehen wird. Das alles geschieht, obwohl die Guerilla einen Waffenstillstand erklärte, um über die Annahme der Amnestie nachdenken zu können.

Das Heer hat in Veröffentlichungen seiner offiziellen Zeitschrift indirekt die Verhängung des Belagerungszustandes gefordert, eine

KOLUMBIEN

Möglichkeit, die in der Öffentlichkeit diskutiert wird. Zwar hat Betancur sich dagegen ausgesprochen, aber die Einberufung des „Komitees für die nationale Sicherheit" zeigt, daß die Regierung nicht stumm gegenüber der öffentlichen Meinung bleiben kann, die von den Ergebnissen der Amnestie enttäuscht ist und fordert, daß irgend etwas Entscheidendes getan wird.

Es ist nicht die einzige Sorge Betancurs. Trotz großzügiger Lohnerhöhungen im Dezember wird die Unzufriedenheit der Arbeitnehmer immer größer, und der Generalstaatsanwalt schlägt vor, einen „sozialen Notstand" auszurufen, der es dem Präsidenten erlauben soll, mit Dekreten zu regieren. Die liberale Tageszeitung „El Tiempo" hat errechnet, daß seit dem 1. Januar in tausend Betrieben Gehaltsforderungen erhoben worden sind. Sie liegen dem Arbeitsministerium zur Verhandlung vor, das dieser Flut von Konflikten nicht gewachsen ist. Es geht dabei um die Gehälter von mehr als 300 000 Arbeitnehmern und einen Betrag von 200 Milliarden Pesos (2,8 Milliarden Mark). Nun hat auch die Organisation der Staatsangestellten beschlossen, ihre 772 000 Mitglieder zu einem Generalstreik aufzurufen. Die Arbeitnehmer fordern Gehaltserhöhungen zwischen 35 und 70 Prozent.

Auch macht sich Opposition gegen das Abschwenken Betancurs in das Lager der blockfreien Länder bemerkbar, das von einem konservativen Präsidenten nicht erwartet wurde. Der liberale Expräsident Carlos Lleras Restrepo, der Betancurs Wirtschaftspolitik unterstützte, hat sich gegen seine Außenpolitik ausgesprochen. Die anti-castristische „Patriotische kubanische Junta" Kolumbiens hat einen anderen liberalen Expräsidenten, Alfonso Lopez Michelsen, zu einer öffentlichen Diskussion im Fernsehen herausgefordert, nachdem er Castro kürzlich einen Besuch abstattete und für ihn wirbt. Eine solche Diskussion muß notwendigerweise Betancurs Außenpolitik berühren. Noch eindrucksvoller ist das Erscheinen des legendären nicaraguanischen „Comandante Cero" (Eden Pastora), der nach Kolumbien kam, um die Öffentlichkeit über den wahren Zustand seiner Heimat aufzuklären. „Nicaragua ist von Ausländern besetzt: Kubanern, Russen, Bulgaren, Deutschen und Nordkoreanern,", sagte Eden Pastora der kolumbianischen Presse. „Sie alle stützen eine Diktatur, die die sandinistische Revolution verraten hat." Seine Worte bleiben nicht ungehört bei denen, die sich fragen, wohin Betancur eigentlich Kolumbien führt. (SAD)

Zuschaueruntersuchungen von ARD und ZDF: Sportsendungen keine Minderheitenprogramme

Immer mehr Frauen interessieren sich für Sport, selbst beim Fußball schalten sie nicht ab

JOACHIM NEANDER, Frankfurt

Wer beim Fernsehen mit Sport zu tun hat, wird seine Nase künftig höher tragen als bisher. Sportsendungen sind durchaus keine Minderheitenprogramme. Das ergab eine neue Zuschaueruntersuchung von ARD und ZDF. Die ARD-Sportschau am Samstag oder das ZDF-Sportstudio zum Beispiel zählen zu ihren zumindest gelegentlichen Kunden mehr als zwei Drittel aller erwachsenen TV-Konsumenten.

Entscheidend für diese Entwicklung ist offenbar das wachsende Sportinteresse der jüngeren Frauen. Bei der Fußball-WM 1982 zum Beispiel hatten die Live-Übertragungen insgesamt im Schnitt 13,67 Millionen Zuschauer (40 Prozent der Geräte eingeschaltet). Mit 6,5 Millionen waren die Männer jedoch gegenüber 5,3 Millionen Frauen (der Rest sind Kinder) keineswegs mehr so stark in der Mehrheit, wie man das erwartet hatte. Soweit es sich um die Spiele der deutschen Mannschaft handelte, war der Unterschied sogar noch geringer: im Schnitt 54 Prozent eingeschaltete Geräte, 9,07 Millionen männliche und 8,64 Millionen weibliche Zuschauer. Wörtlich heißt es in der Untersuchung: „Es lassen sich keine Zuschauer finden, die sich durch konsequentes Einschalten des Gegenprogramms dem Fußball total verweigert hätten."

Selbst bei den Frauen über 50 sind nur 22 Prozent, wie sie angeben, gar nicht an Sport interessiert. Zwischen 15 und 20 Prozent der Frauen aller Altersklassen sagen, sie seien stark oder gar sehr stark interessiert. Eine große Rolle spielt dabei freilich, wann eine Sportsendung ausgestrahlt wird und welche Sportarten sie berücksichtigt.

Mehr als die Hälfte aller Zuschauer glaubt, daß es im Fernsehen „angemessen viel Sport" gibt. Immerhin 13 Prozent wünschen mehr Sport, nur 11 Prozent weniger. Die ARD-Sportschau am Samstag um 18.05 Uhr (außer den großen Fußballübertragungen mit Abstand der Spitzenreiter unter den Sportsendungen) hat nach dieser Untersuchung 32 Prozent der TV-Zuschauer (Männer 47, Frauen 19) als regelmäßige und 34 Prozent als gelegentliche Interessenten. Bemerkenswert: Der Kreis der gelegentlichen Zuschauer beim ZDF-Sportstudio (42 Prozent) ist erheblich größer als seine Stammkunden (22 Prozent). Hier spielt das attraktivere Gegenprogramm am Samstagabend eine entscheidende Rolle.

Wie sollen sich die Sportreporter des Fernsehens verhalten? Sollen sie mitgehen, ihre Stimmung dem Zuschauer vermitteln oder sachlich zurückhaltend bleiben? Zwei starke Parteien stehen sich hier gegenüber: 36 Prozent sind fürs Mitgehen, 30 Prozent für Zurückhaltung. Ein Typ wie Dieter Kürten, der versucht, so zu reden und zu reagieren wie (vermutlich) die Zuschauer, hat also mehr Freunde als etwa ein Typ wie Rolf Kramer. Dabei ist wichtig, daß der Kürten-Typ einen besonders großen Vorsprung bei den Frauen aller Altersklassen und bei den jüngeren Männern besitzt. Die betont ruhige Art kommt nur bei den Männern über 30 gut an.

Heribert Faßbender, der neue Sportchef der WDR-Redaktion, sagt dazu: „Ich glaube, das entspricht einer Richtung, die wir selbst schon eingeschlagen haben – einen guten Mittelweg zu finden zwischen dem Stil eines Herbert Zimmermann bei der WM 54 und den betont sparsamen Kommentaren, die in den Jahren danach üblich wurden."

Auch in der Frage, ob Sportsendungen mehr Information oder mehr Unterhaltung sein sollen, können die Anstalten keine eindeutige Antwort erhoffen. 29 Prozent sehen sie eher als Unterhaltung, 17 Prozent mehr als Information, 55 Prozent (Männer 59, Frauen 49) erwarten vom Fernsehsport beides.

Auch eine im Verlauf der Untersuchung ermittelte Rangliste der in Fernsehsendungen gewünschten und bevorzugten Sportarten (siehe Tabelle) bringt Überraschungen. Die Befragten bekamen eine Liste von 35 Sportarten, auf der sie mehrere ankreuzen durften. Daß der Fußball insgesamt mit großem Abstand (58 Prozent aller Befragten kreuzten ihn an) die Nummer eins sein würde (selbst bei den Frauen rangiert er hinter dem Eiskunstlauf an Nummer zwei), mußte man erwarten. Daß die Wintersportarten relativ hoch eingestuft werden, hängt möglicherweise mit dem Zeitpunkt der Befragung (im Winter) zusammen.

Daß jedoch beispielsweise Bobfahren und Rodeln oder auch Tanzen so viel beliebter sind als zum Beispiel Volleyball, Basketball, Ringen oder Fechten, dürfte mit der starken Verbreiterung des allgemeinen Sportinteresses zusammenhängen: Wo die Regeln noch nicht allgemein bekannt sind, wo es kompliziert wird, läßt das Interesse nach.

Schließlich wurden die Sportzuschauer auch gefragt, warum sie – bei so großem Interesse – nicht selber in die Bundesliga-Stadien gehen. Die Reihenfolge der genannten Gründe ist hochinteressant. Mit Abstand an der Spitze stehen die hohen Eintrittspreise. Es folgen das Wetter, die weite Anfahrt, die TV-Berichterstattung, die Angst vor Krawallen. Dann erst wird „ungenügende Leistung der Spieler" genannt.



Beliebt bei Männern über 50: ruhig-sachlicher Rolf Kramer



Beliebt bei Frauen und jungen Männern: gefühlvoller Dieter Kürten

FOTOS: WELT/DEFD

Die Rangliste der Wunsch-Sportarten

● Das ist die Rangliste der von den Fernsehzuschauern gewünschten Sportarten.

1. Fußball, 2. Eiskunstlauf, 3. Skispringen, 4. Leichtathletik, 5. Ski alpin, 6. Handball, 7. Turniertanzen, 8. Reiten, 9. Turnen, 10. Motorsport, 11. Schwimmen, 12. Eishokkey, 13. Tennis, 14. Skilanglauf, 15. Boxen, 16. Bob/Rodeln, 17. Gymnastik, 18. Pferderennen, 19. Eisschnellauf, 20. Radsport, 21. Segel-/Drachenfliegen, 22. Tischtennis, 23. Volleyball, 24. Segeln, 25. Windsurfen, 26. Basketball, 27. Rudern/Kanu, 28. Judo/Karate, 29. Ringen, 30. Fechten, 31. Schießen, 32. Gewichtheben, 33. Badminton, 34. Golf, 35. Feldhockey.

NACHRICHTEN

Boxer gestorben

Charleston (sid) – Der 17 Jahre alte Amateurboxer Michael Pitzer ist in einem Krankenhaus von Charleston/Virginia gestorben. Leichtgewichtler Pitzer war nach einem Kampf am 6. Februar in der Kabine zusammengebrochen und lag seitdem im Koma. Die Ärzte hatten bei dem Boxer drei Blutgerinsel aus dem Gehirn entfernt.

Maradona wieder gesund

Barcelona (sid) – Der Argentinier Diego Maradona hat nach zwei Monaten eine Gelbsucht überstanden. Er will am Montag mit dem Training beginnen und in einem Monat wieder für den spanischen Spitzenreiter der Fußball-Liga, FC Barcelona, spielen.

Liverpool im Finale

London (sid) – Englands Fußballmeister FC Liverpool hat das Finale des Liga-Pokals (26. März) erreicht, obwohl er zum ersten Mal seit 15 Spielen verlor. Liverpool unterlag dem FC Burnley (zweite Division) 0:1, hatte aber das erste Spiel im eigenen Stadion 3:0 gewonnen.

UdSSR-Doppelsieg

Sarajewo (sid) – Bei den vorolympischen Testwettbewerben in Sarajewo gab es im Biathlon über 20 km durch Andrej Nepeine und Igor Alexejew einen sowjetischen Doppelsieg. Bester Läufer aus der Bundesrepbulik Deutschland war Thomas Sutter (Furtwangen) auf dem 20. Platz.

Ehret darf nach Hause

Berlin (sid) – Handball-Nationalspieler Arno Ehret, der sich beim Länderspiel gegen Jugoslawien in Berlin einen Sehnenabriß im linken Knie zugezogen hatte und direkt operiert wurde, wird heute aus dem Krankenhaus entlassen. Die Ärzte erlaubten ihm die Rückreise nach Hofweier.

Karpow nur Vierter

Madrid (dpa) – Beim internationalen Schachturnier im spanischen Linares (Andalusien) belegt Weltmeister Anatoli Karpow nach drei Runden nur den vierten Platz. Er kam gegen den Ungarn Gula Sax, der das Turnier mit 2,0 Punkten anführt, zu seinem ersten Sieg.

ZAHLEN

TENNIS

Grand-Prix-Turnier in Chicago (150 000 Dollar), Damen-Einzel, erste Runde: Hanika (Deutschland) – Jordan (USA) 6:4, 6:2, Kohde (Deutschland) – Russell (USA) 6:2, 1:6, 6:4, Navratilova (USA) – Kiyomura (USA) 6:1, 6:3, Austin (USA) – White (USA) 6:4, 6:3, Shriver (USA) – Vermaak (Südafrika) 6:4, 6:0. – **Amerikanische Hallen-Meisterschaften in Memphis** (315 000 Dollar), Herren-Einzel, zweite Runde: Connors (USA) – Wilkison (USA) 6:3, 7:5, Hooper (USA) – Kriek (USA) 6:4, 6:4, McNamee (Australien) – Arias (USA) 6:1, 6:1, Sandy Mayer (USA) – Amritraj (Indien) 6:0, 6:1, Smid (CSSR) – van't Hof (USA) 6:2, 6:1.

GEWINNQUOTEN

Lotto: Klasse 1: 847 198.30, 2: 54 911.–, 3: 4421.20, 4: 88.40, 5: 7.50. – **Toto:** Elferwette: 1. Rang: 133 500.20, 2: 10 012,50, 3: 656.50. – Auswahlwette „6 aus 45": 1. Rang: entfällt, Jackpot: 681 858.75, 2. 75 436.70, 3: 3361.–, 4: 97.–, 5: 10.50. – **Rennquintett:** Pferdetoto: Klasse 1: 867.60, 2: 690.60. – Pferdelotto: Klasse 1: 2478.80, 2. 18.10. – Kombinations-Gewinn: entfällt, Jackpot: 722 793.–. (Ohne Gewähr).

Neue Rennwagen – neue Gefahren?

Um es vorweg zu nehmen: Ein Ferrari sieht immer noch so aus wie ein Ferrari, ein Renault wie ein Renault, ein Lotus wie ein Lotus, ein MacLaren wie ein McLaren und ein Brabham wie ein Brabham. Nicht nur wegen der traditionellen Farblackierungen. Aus der Vogelperspektive betrachtet wirken die Formel-1-Rennwagen des Jahrganges 1983 jedoch fast allesamt eher wie spitz nach vorn zulaufende, dreieckige, flache Flundern. Denn die Formel 1 hat umgebaut – des neuen Reglements wegen.

Die schweren Unfälle 1982 – so auch der Todessturz des Kanadiers Gilles Villeneuve auf Ferrari – haben Funktionäre und Konstrukteure unter dem Druck weniger Fahrer (Lauda, Pironi) zum Umdenken gezwungen. Besonders der Unfall von Jochen Mass in Le Castellet, als ein Rennauto um ein Haar beinahe in die Zuschauer flog, schockte die Branche. Der erfolgreichste Formel-1-Fahrer aller Zeiten, der Schotte Jackie Stewart, sagte dazu: „Wenn Zuschauer verletzt oder gar getötet werden, kann das der Anfang vom Ende der Formel 1 sein. Deshalb ist die Entscheidung richtig, die Formel 1 langsamer zu machen."

Langsamer – das heißt in erster Linie: Runter mit den hohen Kurvengeschwindigkeiten. Um das zu erreichen, mußte der sogenannte Ansaugeffekt auf der Straße wegfallen, der die Autos gleichsam wie auf Schienen durch ein Kurvenlabyrinth bewegte. Verboten ist es, links und rechts des Cockpits Flügel zu montieren, die statt Auftrieb Abtrieb erzeugten. Verboten sind auch jene beweglichen Flanken – Schürzen genannt – die das Auto mit der Straße verbunden haben. Auf diese Weise wurde die Luft unter dem Auto kanalisiert und konnte weder nach rechts oder links entweichen.

STAND ● PUNKT

Nun sinken dadurch die Kurvengeschwindigkeiten, die Höchstgeschwindigkeiten auf der Geraden aber werden sich erhöhen, die Bremswege werden länger und – das hoffen Fahrer und Konstrukteure – die Überholmanöver wieder häufiger.

Ferrari brachte als erstes großes Formel-1-Team ein neues Auto auf die Teststrecke, mit einem um 15 Zentimeter verkürzten Chassis. Die Fronthaube ist weit nach vorn gezogen, alle gewichtigen Bauteile befinden sich im hinteren Teil des Wagens, hinter der Fahrerzelle. Das wiederum bedingt kleinere Benzintanks, und damit nähert sich die Formel 1 einem neuen Gefahrenherd. Ferrari und Renault werden nämlich – wie Brabham 1982 – bei reduziertem Tankinhalt zwangsläufig Tankstopps an den Boxen einlegen müssen. Renault-Konstrukteur Michel Tètu in einem Interview mit dem Fachblatt „rallye racing": „Wenn alle Teams das machen, werden 1983 an allen Rennstrecken die Boxen zu den gefährlichsten Stellen werden. Aber wenn das Reglement es nicht verbietet, können wir es uns nicht erlauben, aus purer Menschenfreundlichkeit darauf zu verzichten."

Da ist er also wieder, der Zynismus einer Branche, der das Denken jener beflügelt, die in der Formel 1 Erfolg haben wollen. Jackie Stewart wußte denn über die Zunft seiner Nachfolger nur zu sagen: „Sie verdienen eigentlich recht gut, aber fast keiner ist dazu bereit, mehr zu tun, als im Rennauto Gas zu geben. Das hat mit sich gebracht, daß außer Niki Lauda wahrscheinlich kein anderer Formel-1-Pilot weltweit bekannt ist. Und das ist für eine Sportart immer schlimm."

Niki Lauda fragte angesichts der Neukonstruktionen besorgt: Wie werden die jungen Fahrer damit fertig? Denn gefragt ist nun wieder fahrerisches Können.

Fragt sich nur, wo das künftig Grand-Prix-Piloten lernen sollen. Denn die Aufsteiger-Formel 2 hält sich bislang bedeckt. Dort geht es weiterhin um Anpreßdruck, um Kurvengeschwindigkeiten und auf diesem obskuren Weg um Arbeitsplätze in der Formel 1.

KLAUS BLUME

SPORTPOLITIK

Sportkalender „enttäuschend"

sid, Bonn

„Unbefriedigend angesichts der Größe der beiden deutschen Sportbünde" nennt die Bundesregierung den deutsch-deutschen Sportkalender, der in diesem Jahr 79 Termine umfaßt. „Hoffnungen auf eine Ausweitung des Sportverkehrs, insbesondere durch verstärkte Einbeziehung des Jugendsports und der Nutzung des kleinen Grenzverkehrs", seien enttäuscht worden, erklärte der parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, Carl-Dieter Spranger (CDU).

Spranger, der eine schriftliche Anfrage des SPD-Bundestagsabgeordneten Friedel Schirmer beantwortete, teilte jedoch die Auffassung des Deutschen Sportbundes (DSB), „daß wir im deutsch-deutschen Sportverkehr zwar noch immer auf der Stelle stehen, aber trotzdem ein kleines Stückchen weitergekommen sind". Der Staatssekretär begründet dies mit der Zusicherung des „DDR"-Sportpräsidenten Manfred Ewald, die aus Devisengründen vorgenommene Einschränkung von Westkontakten nicht im deutsch-deutschen Verkehr vorzunehmen.

Die Bundesregierung werde die Bemühungen um eine Verbesserung der innerdeutschen Beziehungen auf Wunsch und in Abstimmung mit dem Deutschen Sportbund auch weiterhin durch Kontakte und Verhandlungen auf politischer Ebene unterstützen, betonte Spranger.

FUSSBALL

Israel: Eklat um Belgier

sid, Tel Aviv

Peinlicher Eklat bei einem Fußballspiel in Tel Aviv: Mit dem Hitler-Gruß sorgte der belgische Spieler Paul Desmat bei einem Testspiel zwischen den Amateur-Nationalmannschaften von Israel und Belgien für großen Ärger.

Desmat ließ, nachdem der Schiedsrichter wenige Minuten vor Spielschluß ein Foulspiel gegen ihn pfiff, zunächst die Hose herunter. Das war dem Schiedsrichter zuviel. Er zog die rote Karte, um den Belgier des Feldes zu verweisen.

Paul Desmat ging zwar, doch er marschierte mit erhobenem Arm – dem Hitler-Gruß – und dem Ruf „Heil Hitler" vom Spielfeld. 500 Zuschauer reagierten auf den Stadionrängen aufgebracht. Die israelischen Gastgeber hatten Mühe, Desmat vor dem erregten Publikum in Sicherheit zu bringen.

Die Offiziellen des belgischen Verbandes entschuldigten sich für die Entgleisung ihres Spielers bei den Israelis und kündigten an, daß Desmat gesperrt werde.

Die israelische Mannschaft – sie ist neben Portugal Gegner der deutschen Amateur-Nationalelf in der Qualifikation zum olympischen Turnier 1984 in Los Angeles – gewann die Begegnung mit 3:2 (3:1). Alle drei Tore für die Israelis erzielte der arabische Mittelstürmer Zahi Armeli per Kopfball.

HANDBALL

PSV Hannover in Nöten

dpa, Hannover

Dem Tabellenletzten der Handball-Bundesliga, dem PSV Hannover, steht die sportliche und finanzielle Pleite ins Haus. Manager Dieter Graefe erklärte auf einer Abteilungsversammlung den Mitgliedern: „Der Verein besitzt keine Gemeinnützigkeit mehr. Das Finanzamt hat dies dem Vorstand aufgrund der seit drei Jahren fehlenden Steuererklärung mitgeteilt." Dadurch ist die Hilfsaktion eines Förderkreises, der den Spielbetrieb bis zum Saisonende mit 130 000 Mark garantieren sollte, zusammengebrochen.

„65 000 Mark haben wir bereits kassiert und dafür auch Spendenbescheinigungen ausgestellt. Das mutet jetzt wie ein Aprilscherz an", klagte Werner Reese, Sprecher des Förder-Kreises. Die Mäzene haben inzwischen angekündigt, daß sie ohne Steuerbeleg nicht mehr bereit sind zu helfen. Schon jetzt steht deshalb fest, daß der PSV Hannover die Saison mit einem Minus von mindestens 100 000 Mark abschließen wird.

Die Hauptschuld soll beim Vorsitzenden Peter Sebastian liegen, der sich seit Jahren nicht genügend um die finanziellen Dinge im Klub gekümmert haben soll. Nun droht dem Verein neben der finanziellen Pleite der sportliche Tiefflug in die Kreisklasse. Der polnische Torwart Henryk Roziarek kehrte bereits in seine Heimat zurück.

„Der Bundespräsident hat die Einschätzungs- und Beurteilungskompetenz des Bundeskanzlers zu beachten"

So begründet Karlsruhe seine Entscheidung

BRUNO WALTERT, **Karlsruhe**

Das gestern verkündete Urteil des Bundesverfassungsgerichts, durch das die Rechtmäßigkeit von Bundestagsneuwahlen am 6. März bestätigt wurde, besteht aus zwei Teilen: einem kurzen verfahrensrechtlichen und einem ausführlichen zur materiellen Rechtslage. Dem Urteil sind außerdem die abweichenden Meinungen von drei der insgesamt acht Richter angefügt: Zwei der Richter, die der Entscheidung nicht zustimmten – die Senatsmitglieder Rinck und Rottmann –, halten das Urteilsergebnis für falsch; der Vorsitzende des Zweiten Senats, Vizepräsident Zeidler, trägt zwar das Ergebnis mit, nicht aber dessen Begründung, die er gleichwohl gestern vortragen mußte. Die WELT dokumentiert den wesentlichen Inhalt der Gerichtsentscheidung.

„Die Anordnung der Auflösung oder ihre Ablehnung ist eine politische Leitentscheidung, die dem pflichtgemäßen Ermessen des Bundespräsidenten obliegt ... Für ein Ermessen des Bundespräsidenten spricht auch das Sinngefüge des Artikels 68 Grundgesetz insgesamt: Die Vorschrift ermöglicht die Auflösung nur, wenn drei oberste Verfassungsorgane – Bundeskanzler, Bundestag und Bundespräsident – in einem gestuften Verfahren jeweils selbständige politische Beurteilungen gefällt haben. Der Sinn dieses Gefüges kann nur sein zu verwehren, daß die Auflösung des Bundestags von einem der beteiligten obersten Verfassungsorgane allein angestrebt und bewirkt werden kann; sie soll nur möglich sein über ein Zusammenwirken und unter der gegenseitigen politischen Kontrolle der Beteiligten."

Weiter heißt es in der Urteilsbegründung: „Ein Ermessen im Rahmen des Artikels 68 Grundgesetz ist dem Bundespräsidenten freilich nur dann eröffnet, wenn im Zeitpunkt seiner Entscheidung die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen hierfür vorliegen. Die Verfassungsmäßigkeit seiner Entscheidung hängt mithin davon ab, daß die Tatbestandsmerkmale des Artikel 68 in verfassungsmäßiger Weise erfüllt sind. Artikel 68 normiert einen zeitlich gestreckten Tatbestand; an seinem Schluß steht, wenn das Verfahren nicht schon vorher sein Ende findet, die Entscheidung des Bundespräsidenten. Verfassungswidrigkeiten, die auf den zeitlich vorangehenden *Stufen eingetreten sind, wirken auf* die Entscheidungsvorlage fort, vor die der Bundespräsident nach dem Auflösungsvorschlag des Kanzlers gestellt ist. Sind die formellen oder materiellen Tatbestandserfordernisse des Artikel 68 nicht in verfassungsgemäßer Weise erfüllt, darf *der Bundespräsident den Bundestag* nicht auflösen; insoweit ist ihm ein Ermessen nicht eröffnet."

Nach der Rechtsauffassung der vier klagenden Bundestagsabgeordneten, so das Urteil, sei eine Auflösungsanordnung „nur dann *verfassungsmäßig, wenn der Bundeskanzler* die Vertrauensfrage mit dem Ziel stellt, hierfür die Zustimmung der Mehrheit der Mitglieder des Bundestags zu erhalten und damit eine politische Regierungskrise abzuwenden". Das Gericht *stellt dann fest: „Der Wortlaut des* Artikels 68 enthält ein solches Tatbestandsmerkmal nicht. Es liegt insbesondere nicht im Sinne des Wortes ‚Vertrauen' beschlossen, das in Artikel 68 verwendet wird."

Im Rahmen des Artikels 68 meine *„Vertrauen die im Akt der* Stimmabgabe förmlich bekundete gegenwärtige Zustimmung der Abgeordneten zu Person und Sachprogramm des Bundeskanzlers, mithin die förmliche Kundgabe der Bereitschaft, das zumindest in *Umrissen vorgezeichnete* Regierungsprogramm oder ein konkretes Verhalten, mit dem der Bundeskanzler die Vertrauensfrage verbindet, grundsätzlich zu unterstützen ... Daß im parlamentarischen System dieses „Vertrauen" mit jeder neuen politischen Entwicklung, einschließlich jeder neuen Beurteilung und Einschätzung der gegebenen Lage, durch die Abgeordneten in Frage gestellt werden kann, also von Natur aus nicht auf Dauer versichert wird, versteht sich letztlich im Blick auf die Gewährleistung des repräsentativen freien Abgeordnetenmandats in Artikel 38 Grundgesetz von selbst."

Das Gericht argumentiert: „Artikel 68 gilt für jeden Bundeskanzler, nicht lediglich für den Minderheitskanzler, der Neuwahlen anstrebt. Aus seinem Wortlaut läßt sich nicht herleiten, daß der Bundeskanzler einen Vertrauensantrag allein mit dem Ziel stellen darf, die parlamentarische Unterstützung seiner Regierung herbeizuführen oder zu festigen; der Wortlaut allein schließt es nicht aus, daß hinter der Vertrauensfrage von vornherein der politische Wille stehen darf, auf diesem Wege zur Auflösung des Bundestags zu gelangen, und daß die Abgeordneten mit ihrer Stimmabgabe diesen Weg eröffnen sollen. Denn der Bundestag steht bei der Abstimmung über die Vertrauensfrage notwendigerweise vor der Alternative, entweder das Vertrauen auszusprechen oder den *Weg zu Neuwahlen zu eröffnen.* Die Verweigerung des Vertrauens in einer Abstimmung nach Artikel 68 verwehrt es mithin nicht, daß der Abgeordnete willens sein darf, den bisherigen Bundeskanzler später – eventuell auch nach Neuwahlen – *wieder zum Bundeskanzler zu* wählen und parlamentarisch zu unterstützen."

Das Gericht befaßt sich dann mit der Stellung eines durch ein konstruktives Mißtrauensvotum neu ins Amt gekommenen Kanzlers. *Dazu heißt es in der Entscheidung,* es verfehle „grundlegend den Sinn des Artikels 68 wie der vom Grundgesetz geformten repräsentativen Demokratie, die Auflösung des Bundestags und Neuwahlen mit der Behauptung zu fordern, ein über *ein konstruktives* Mißtrauensvotum neugewählter Bundeskanzler bedürfe neben seiner verfassungsmäßigen Legalität noch einer durch Neuwahlen vermittelten Legitimität. Demgegenüber ist von Verfassungs wegen festzustellen: Auch der über Artikel 67 gewählte Bundeskanzler besitzt wegen der Verfassungsmäßigkeit seiner Wahl die volle demokratische Legitimität. Es wäre *im Hinblick* auf die Bewahrung des demokratischen Rechtsstaats, den das Grundgesetz verfaßt hat, ein unverantwortliches Unterfangen, verfassungsmäßige Verfahren mit der Behauptung abzuwerten oder auszuhöhlen, *sie erforderten dann* eben weitere Legitimationen. Nach dem Grundgesetz bedeutet verfassungsmäßige Legalität zugleich demokratische Legitimität."

In der Begründung heißt es weiter: „Dementsprechend kann es für *sich allein auch keine Rechtfertigung* für die Auflösung des Bundestages abgeben, daß alle im Bundestag vertretenen politischen Parteien oder ihre Fraktionen sich in dem Willen zu Neuwahlen einig sind. Dies mag allenfalls belegen, *daß ein konkreter Mißbrauch nicht* gegeben ist; als Rechtfertigungsgrund für den Weg der Auflösung wäre eine solche Einigkeit allein unzureichend."

Der Bundespräsident, so die Karlsruher Richter, habe nach dem *Grundgesetz* „nur zur prüfen, ob das angestrengte Verfahren auf den vorangehenden Stufen den verfassungsrechtlichen Erfordernissen entspricht; er hat, wenn diesen Erfordernissen genügt ist, im Rahmen seines Ermessens die politische Leitentscheidung zu treffen, ob die Auflösung des Bundestags und damit die Verkürzung der laufenden Wahlperiode mit all ihren *politischen Folgen sinnvoll ist und* von ihm vertreten werden kann." Und weiter zur Stellung des Bundespräsidenten: „Der Bundespräsident kann bei der Prüfung, ob der Antrag und der Vorschlag des Bundeskanzlers nach Artikel 68 *mit der Verfassung vereinbar sind,* andere Maßstäbe nicht anlegen; er hat insoweit die Einschätzungs- und Beurteilungskompetenz des Bundeskanzlers zu beachten."

Dann heißt es in der Entscheidung: „Die Überprüfung der angegriffenen Anordnungen des Bundespräsidenten vom 6. Januar 1983 am dargelegten verfassungsrechtlichen Maßstab ergibt, daß sie mit dem Grundgesetz vereinbar sind. Es ist verfassungsrechtlich nicht zu beanstanden, daß der Bundespräsident und vor ihm der Bundeskanzler und der Bundestag in ihrer Einschätzung der politischen Kräfteverhältnisse im 9. Deutschen Bundestag zu dem Ergebnis gekommen sind, der Bundeskanzler könne eine vom Vertrauen der Parlamentsmehrheit getragene Politik künftig nicht mehr sinnvoll verfolgen. Die Ermessensentscheidung des Bundespräsidenten, deswegen den 9. Deutschen Bundestag aufzulösen, läßt Verfassungsverletzungen ebenfalls nicht erkennen."

Das wird unter anderem so begründet: „Der Bundeskanzler hatte im Dezember 1982 Anlaß, davon auszugehen, daß aufgrund der außergewöhnlichen Lage, in der sich die Abgeordneten einer Koalitionspartei nach Beendigung der bisherigen Koalition befanden, eine dauerhafte stabile parlamentarische Mehrheit nicht zustande *gebracht werden konnte.*" Und: „Der Bundeskanzler hat in der Begründung seines Antrags gemäß Artikel 68 in der Sitzung des Bundestags am 17. Dezember 1982 dargelegt, daß er eine zeitlich und sachlich weiterreichende parlamentarische *Unterstützung nicht habe. Dies ist* von den Sprechern der Koalitionsfraktionen bekräftigt worden. Diese Einschätzung mag durch anderslautende Äußerungen im vielfältigen Spektrum politischer Meinungen mit Zweifeln versehen und *möglicherweise auch abweichend* beurteilt werden können. Ihr kann von Verfassungs wegen jedoch nicht entgegengetreten werden."

Die Entscheidung befaßt sich dann insbesondere mit der FDP: „Die Freie Demokratische Partei *und die Fraktion der FDP, auf deren* politische Unterstützung der Bundeskanzler angewiesen war, da eine große Koalition nach den festen und übereinstimmenden Bekundungen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD nicht in Frage kam, *gerieten im Zusammenhang* mit der Beendigung der sozial-liberalen Koalition in tiefgreifende Richtungskämpfe; dies durfte der Bundeskanzler dahin bewerten, daß *sie ernsthafte Zweifel* an einer beständigen politischen Unterstützung des Bundeskanzlers im 9. Deutschen Bundestag begründeten."

Das Gericht legt dann anhand zahlreicher Äußerungen aus der FDP dar, weshalb Bundeskanzler Kohl derartige ernsthafte Zweifel haben konnte. „Die Spannungen innerhalb der FDP, die durch den Koalitionswechsel hervorgerufen worden waren, blieben auf die Fraktion der FDP im Deutschen Bundestag nicht ohne Auswirkungen." Und weiter: „Die Forderung nach Neuwahlen stellte auch nicht eine nur vorübergehende Handlungsanleitung dar. Sie begleitete vielmehr den gesamten Weg der neuen Koalition. Dies zeigt sich nachdrücklich in dem Votum des Bundesparteitages der FDP vom November 1982. Hierzu heißt es: ‚Der vor der Bildung der Regierung Kohl/Genscher genannte Wahltermin für den Bundestag im März 1983 ist für die FDP bindend und unverzichtbar. Der Bundesparteitag *erwartet von der* FDP-Bundestagsfraktion und den FDP-Ministern, daß dieser Termin eingehalten und durchgesetzt wird.'"

Das Gericht: „Vor diesem Hintergrund ist es plausibel, daß der Bundeskanzler im Dezember 1982 auch im Blick auf die nicht weiter aufschiebbaren – schweren – Entscheidungen, die die Probleme der Wirtschaft, des Arbeitsmarktes, der äußeren Sicherheit und der Innenpolitik fordern, angesichts der politischen Kräfteverhältnisse davon ausging, daß eine vom stetigen *Vertrauen der Mehrheit des Bundestages* getragene und unterstützte Politik nicht mehr sinnvoll möglich sein werde ... Nachdem sich der Bundesparteitag der FDP mit großer Mehrheit und mit Unterstützung ihrer der Bundesregie*rung angehörenden Minister* dafür ausgesprochen hatte, daß ein Wahltermin für März 1983 unverzichtbar sei, kann es als ausgeschlossen gelten, daß ein Versuch des Bundeskanzlers, seine Regierungsarbeit dessen ungeachtet bis zum Ende der Wahlperiode weiterzuführen, von der Fraktion der FDP mit getragen worden wäre. Zu einer anderen Einschätzung brauchte sich der Bundeskanzler von Verfassungs wegen jedenfalls nicht gedrängt zu sehen."

Zum Verhalten des Bundespräsidenten wird dann noch angeführt: „Anhaltspunkte dafür, daß der Bundespräsident mit der Anordnung, den 9. Deutschen Bundestag aufzulösen, *die ihm von der Verfassung* gezogenen Grenzen überschritten hätte, liegen nicht vor ... Es kann nicht festgestellt werden, daß dem Bundespräsidenten bei der Ausübung des ihm eingeräumten weiten politischen Ermessen ein Verstoß gegen das Grundgesetz unterlaufen wäre ... Die Einmütigkeit der im Bundestag vertretenen Parteien, zu Neuwahlen zu gelangen, vermochte den Ermessensspielraum des Bundespräsidenten nicht einzuschränken; er konnte hierin jedoch einen zusätzlichen Hinweis sehen, daß eine Auflösung des Bundestages zu einem Ergebnis führen würde, das dem Anliegen des Artikels 68 näher komme als eine ablehnende Entscheidung."

Schließlich fehle, so das Gericht, jeder Anhaltspunkt dafür, daß für die Anordnung der Auflösung des Bundestages die Erwägung „irgendeine Rolle gespielt hätte, daß einzelne Abgeordnete, Gruppen oder Fraktionen durch die Neuwahl aus dem Parlament ausgeschaltet werden sollten".

Die Parteien begrüßen das Urteil

STEFAN HEYDECK, **Bonn**

Übereinstimmend haben die Bundestagsparteien das Urteil des Bundesverfassungsgerichts begrüßt, mit dem der Weg für die Neuwahl am 6. März endgültig freigemacht worden ist.

Regierungskoalition und Opposition übten jedoch erneut heftige gegenseitige Kritik wegen des eingeschlagenen Verfahrens. Union und FDP sprachen von einer gründlichen Prüfung der Entscheidungsgründe und Anregungen der Karlsruher Richter in der nächsten Legislaturperiode. Bundeskanzler Helmut Kohl kündigte darüber hinaus an, „noch im Jahre 1983 eine Verfassungsänderung einzuleiten". Damit solle, so Kohl in der „Zeit", die Auflösung des Bundestags künftig erleichtert werden. Die Vorschläge der Enquete-Kommission dazu seien „klug und richtig".

Angesichts der abgewiesenen Klagen, bezeichneten der CDU/CSU-Fraktionsführer Alfred Dregger und CDU-Generalsekretär Heiner Geißler den von Kohl eingeschlagenen Weg zu Neuwahlen als richtig. Das Urteil ist nach den Worten von Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) von „höchster staatspolitischer und verfassungsrechtlicher Bedeutung".

Geißler forderte die SPD-Spitze auf, ab sofort „ihre ungerechtfertigten Vorwürfe" gegen den Bundeskanzler einzustellen. Der Richterspruch habe die von SPD-Chef Willy Brandt und von Kanzlerkandidat Hans-Jochen Vogel „mehrfach geäußerten Bedenken" gegen das Verfahren widerlegt.

Für den FDP-Vorsitzenden Hans-Dietrich Genscher sind jetzt die Möglichkeiten der SPD beendet, „aus vordergründigen wahlpolitischen Motiven Zweifel an der Zulässigkeit der Auflösung zu nähren". Der FDP-Fraktionsvorsitzende Wolfgang Mischnick sieht sich allerdings in seiner Auffassung bestätigt, „daß Neuwahlen außerhalb des Vier-Jahres-Rhythmus nur in ganz besonderen Ausnahmesituationen verfassungsrechtlich akzeptabel sind".

SPD-Spitzenkandidat Vogel nutzte das Urteil zu massiven Angriffen gegen Kohl und Genscher. Der Kanzler sei mit seiner verfassungspolitischen Verantwortung „leichtfertig umgegangen". Der Weg zu Neuwahlen sei mit „Peinlichkeiten und Unglaubwürdigkeiten" gepflastert. „Der wahre Verlierer des Verfahrens", so Vogel, sei „der angebliche Meistertaktiker Genscher".

Dr. jur. Helmuth Pickhardt
Direktor i. R.

* 13. 9. 1908 † 14. 2. 1983

Aus einem reicherfüllten Leben ist mein lieber Mann nach schwerer Krankheit von mir gegangen.

Die Jahre seines Ruhestandes widmete er mit Passion kunstwissenschaftlichen Arbeiten, die internationale Anerkennung gefunden haben.

Ich trauere schmerzlich um ihn
INGRID PICKHARDT
im Namen der Familie

5340 Bad Honnef 6, Auf dem Scheid 23
München/Genf

Die Trauerfeier findet am Donnerstag, dem 17. Februar, um 15 Uhr in der Kapelle des Neuen Friedhofs, Bad Honnef, Linzer Straße, statt.

Die Urne wird später dem Familiengrab in Remscheid beigegeben.

Nach schwerem Leiden entschlief heute mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwiegervater, Opa, Bruder und Onkel

Karl Löffler
Chemiekaufmann

Inhaber der Jabach-Medaille
Verdienstkreuz am Bande
Verdienstkreuz Erster Klasse des Verdienstordens der BRD

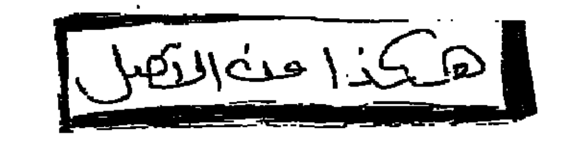
im Alter von 78 Jahren.

In Liebe und Dankbarkeit nehmen wir Abschied.

Martha Löffler geb. Koßmann
Dieter Löffler
Karola Löffler geb. Miesen
Karin Wilmes geb. Löffler
Enkel Gaby, Dirk und Jutta
Hetti Pfeiffer geb. Löffler

5000 Köln 41 (Müngersdorf), Spitzwegstraße 12, den 12. Februar 1983

Trauerfeier und Beisetzung am Montag, dem 21. Februar, 12 Uhr, auf dem Friedhof Melaten.
Von Beileidsbesuchen bitten wir abzusehen.



Zinsbremse in den USA

:d. – An den Finanzmärkten erwiegt ganz offensichtlich die erzeugung, daß die Bürgerli- en am 6. März das Rennen ma- en. Deswegen blieb jegliche gstreaktion aus, als das Bun- verfassungsgericht grünes ht für die Bundestagswahl gab. uch der gestrige Anstieg des llarkurses hatte nichts mit der tschen Innenpolitik zu tun. Er r vielmehr die Reaktion auf die erliche Zinsversteifung in den A, in der sich die Ungewißheit Märkte über die künftige ame- anische Geldpolitik spiegelt. d die US-Notenbank mit Rück- ht auf die schlechte Konjunktur iter einen vorsichtigen Locke- gskurs steuern, oder wird sie h der bisher praktizierten Dul- ng eines kurzfristigen Über- reitens der Geldmengenziele r die monetären Zügel anzie- ?

n der letzten Nacht wollte No- bankchef Paul Volcker den ngreß über seine Absichten in- mieren. Auch wenn Volcker in letzten Zeit immer wieder ver- ert hat, daß niedrigere Zinsen konjunkturellen Gründen nschenswert seien: Man sollte hüten, diese Aussage als Pro- se zu werten. Denn der Spiel- m für eine Zinssenkungspoli- der US-Notenbank ist nur sehr , solange das Riesenbudgetde- t nicht überzeugend gekürzt d.

chon die letzte Diskontsen- g in den USA war ein Bumerang. Nicht nur, daß Marktzinsen dem Leitzins nicht folgten, sie stiegen seither sogar, weil die nervösen Akteure an den Märkten fürchten, eine geldpolitische Lokkerung gebe der Inflation neuen Auftrieb. Die Inflationsangst ist eben noch nicht verflogen. Solange sich daran nichts ändert, kann die Notenbank auch nicht die Zinsen per Knopfdruck senken. Eine Erkenntnis, die ebenso für andere Notenbanken gilt, auch für die Bundesbank.

Prognosen

DR. – Die Stimmung in der Wirtschaft bessert sich, wenn man den professionellen Umfragen trauen darf. Das ist ein Lichtblick für die Konjunktur, denn die Unternehmen werden nur dann mehr investieren, wenn sie die Zukunft zuversichtlicher beurteilen. Auch Repräsentanten von Verbänden der Wirtschaft und Regierungsmitglieder lassen in punkto Konjunktur neuerdings hellere Töne anklingen. Einige hängen sich dabei sogar sehr weit aus dem Fenster. Manchmal hat man den Eindruck, daß die Konjunkturmutmacher dem Volk mehr Schönes erzählen als sie selbst wissen, denn greifbar ist der Aufschwung noch nicht. Gebessert haben sich nur einige Voraussetzungen für eine Erholung. Allerdings weiß man das nicht erst seit gestern. Aber erst seit kurzem weiß man, daß das Reizwort „Investitionsstreik" den Wahlchancen der bürgerlichen Parteien mehr schadet als nutzt. Man wird den Verdacht nicht los, daß diese Erkenntnis das Hauptmotiv für den Konjunkturoptimismus mancher Prediger ist.

DIHT / Umfrage bei 14 000 Unternehmen: Stimmung hat sich gebessert

Die wichtigsten Investitionsmotive sind Rationalisierung und Ersatz

HANS-JÜRGEN MAHNKE, **Bonn**

Rationalisierung und Ersatzbeschaffung haben seit dem Herbst als Investitionsmotive noch an Gewicht gewonnen. Erweiterungsinvestitionen bleiben angesichts der durchweg schlechten Kapazitätsauslastung die Ausnahme. Dieses hat jetzt der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) in einer Umfrage bei mehr als 14 000 Unternehmen ermittelt. Danach habe die Investitionszulage die Investitionsneigung der Unternehmen nicht nachhaltig beleben können. Die Stimmung sei jedoch besser geworden.

Nach der Umfrage spielt das Ersatzmotiv für die Unternehmen eine immer stärkere Rolle, weil sich Ersatzinvestitionen wegen der inzwischen vielfach eingetretenen Überalterung des Maschinenparks nicht länger hinausschieben lassen. „Der Kostendruck macht weitere Rationalisierungsinvestitionen erforderlich", betonte DIHT-Hauptgeschäftsführer Franz Schoser. Die Kapazitätsauslastung sei so schlecht, daß Erweiterungsinvestitionen kaum vorgenommen würden. Die immer noch schlechten Erträge und die überwiegend ungünstige Absatzlage drückten auf die Investitionsbereitschaft.

„Die unbefriedigende Wirtschaftslage gilt für nahezu alle Wirtschaftsbereiche, besonders ausgeprägt für die Industrie", erklärte Schoser. Besonders schlecht sei die Situation im Grundstoff- und Produktionsgüterbereich. Vergleichsweise günstiger gehe es den Investitionsgüterindustrien. Bei den Verbrauchsgüterindustrien mache sich der Exportrückgang weniger stark bemerkbar als im Investitionsgüterbereich. Dafür leidet dieser Wirtschaftssektor an dem anhaltend schwachen Inlandskonsum. Die Situation in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie stelle sich nach wie vor am günstigsten dar. Doch machten sich auch hier zunehmend Einschränkungen beim privaten Verbrauch bemerkbar.

„Große Erwartungen" richteten sich auf die Bauwirtschaft, auch wenn der Tief- und Straßenbau, der fast völlig von öffentlichen Aufträgen abhängig ist, noch keine Belebung erkennen läßt. „Dennoch ist zu erwarten, daß die Bauwirtschaft – auch durch die staatlichen Förderungsmaßnahmen – in den nächsten Monaten anziehen wird", faßte Schoser zusammen.

Aus dem Exportgeschäft erwarten die Unternehmen insgesamt keine konjunkturellen Impulse. Die Entwicklung der Auslandsnachfrage werde insgesamt vorsichtig bis skeptisch eingeschätzt. Das Auslandsgeschäft dürfte sich bei etwa der Hälfte der Unternehmen auf dem am Jahresende erreichten – gegenüber dem ersten Halbjahr 1982 niedrigerem – Niveau stabilisieren. Ein nicht unerheblicher Teil der Unternehmen geht nach Angaben Schosers sogar von einem weiteren Rückgang der Auslandsnachfrage aus, rechnet jedoch nicht mit einem Einbruch.

Die Exporterwartungen würden durch die Ungewißheit über die Weltkonjunktur, vor allem über die weitere wirtschaftliche Entwicklung in den westeuropäischen Partnerländern sowie in den USA gedrückt. Zunehmende Sorgen bereite auch der weltweite Protektionismus. Zu den großen Risiken im Auslandsgeschäft gehörten aber auch die Ungewißheit über die weitere Entwicklung der Währungsrelationen sowie die Zahlungsunfähigkeit einiger Länder.

Bei ihren Exporthoffnungen setzen die Unternehmen vor allem auf die EG-Staaten und die USA. Vergleichsweise zuversichtlich werden auch Saudi-Arabien und der Irak eingeschätzt. Dagegen steht das Südost-Asien-Geschäft kaum im Blickfeld. Äußerst zurückhaltend beurteilten die Unternehmen die Entwicklung im Osthandel.

Ob sich die zum Jahresende vielfach festgestellte Kostenberuhigung auch in diesem Jahr fortsetzen wird, hänge entscheidend vom Ausgang der bevorstehenden Tarifverhandlungen ab. Möglich sei dieses jedenfalls nur bei maßvollen Lohnabschlüssen.

Die Unternehmen betonten vielfach, daß Preiserhöhungen zur Verbesserung der Kosten-Erlös-Relation unbedingt notwendig seien. „Gleichwohl werden die meisten Unternehmen aufgrund der nach wie vor schwachen Nachfrage und des anhaltend starken Wettbewerbsdrucks Kostensteigerungen gar nicht oder nur teilweise über die Verkaufspreise weitergeben können", erklärte Schoser. Die Erhöhung der Mehrwertsteuer zur Jahresmitte könne nicht voll auf die Preise übergewälzt werden.

STAHL

Lambsdorff dringt noch einmal auf Selbsthilfe

Mk./VWD/DW, **Bonn/Brüssel**

Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff hat bei den Vorständen der Stahlunternehmen Hoesch, Salzgitter und Klöckner gestern noch einmal darauf gedrungen, daß sich die Firmen möglichst rasch auf unternehmensübergreifende Konzepte einigen sollten. Erst danach sollte nach Ansicht Lambsdorffs über die staatlichen Beihilfen zur Gesundung der Stahlindustrie entschieden werden. Dieses hat er gestern noch einmal den Firmenchefs in einem Gespräch in Bonn erläutert.

Anschließend traf sich der Minister mit seinen Kollegen aus Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Bremen und Bayern, um über mögliche staatliche Hilfen zu beraten. Diese sollten nach Ansicht der Bundesregierung je zur Hälfte vom Bund und von den Ländern getragen werden.

Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Johannes Rau und sein Wirtschaftsminister Reimut Jochimsen fühlen sich nach einem Besuch bei der EG-Kommission in ihrem Festhalten an der „Ruhrstahl AG", der Fusion der Unternehmen Hoesch und Krupp, bestärkt. Gleichzeitig bekräftigten sie ihre Bedenken gegen das Umstrukturierungskonzept der vom Bundeswirtschaftsministerium eingesetzten Stahlmoderatoren, deren Vorschlag auf „fiktiven Größen" basiere und allenfalls eine Übergangslösung darstelle.

Jochimsen betonte, die Landesregierung halte vor dem Hintergrund dieser Pläne und ungeachtet der fortgeschrittenen Verhandlungen zwischen Krupp und Thyssen an dem Ruhrstahlbeschluß vom 4. Februar 1982 fest. Der Wirtschaftsminister meinte weiter, die EG-Kommission habe zwar bei den „für uns sehr hilfreichen Gesprächen" keine Alternativvorschläge gemacht, doch sei deutlich geworden, daß zwischen Düsseldorf und Brüssel weitgehend Einigung über die bei der deutschen Stahlumstrukturierung zu berücksichtigenden Grundlagen bestehe.

Wie die Klöckner-Werke bis zu einem eventuellen Einbau in die deutsche Stahllösung über die Runden kommen werden, herrscht vorerst weiter Rätselraten. Am deutschen Aktienmarkt kam es gestern daher zu einer Verkaufswelle, so daß der Kurs der Klöckner-Aktie um 8 auf 34 Mark gegenüber dem Vortag weiter zurückgenommen werden mußte. Nach Informationen aus Bankenkreisen handelte es sich bei den Verhandlungen Anfang Februar nicht um den Wunsch von Klöckner nach Aufstockung von Kreditbeträgen oder Verzicht auf Zinszahlungen oder Streckung von Fristigkeiten, sondern um die Frage der automatischen Prolongation der bereits vorhandenen Kreditlinien. Dies bedürfe der Zustimmung des Kreditausschusses des Klöckner-Werke-Aufsichtsrats.

Nach dem Bankengespräch am 3. Februar sei für diese Zustimmung im Umlaufverfahren eine 14-Tage-Frist gegeben worden, die sich möglicherweise bis Anfang nächster Woche verlängern könnte. Seitens der Banken sei bislang keine Absage erteilt, wohl aber seien „eine ganze Reihe von Zusagen gegeben worden".

Tief in der Flaute

Von JAN BRECH

internationale und auch die utsche Schiffahrt dampft ihre bislang schwerste Krise. ast allen Märkten ist die Nach- in erheblichem Umfang zu- egangen und die Raten befin- ich im Keller. Am ärgsten ffen sind die großen Rohöl- r und die Großfrachter für ene Massengüter wie Erz, Kohle oder Getreide. Das portvolumen dieser großen andelsgüter ist dramatisch ken und um die geringe La- kämpft eine mit Tonnage esetzte Flotte. Nach vorsich- Schätzungen ist etwa die der weltweiten Tankerflotte lüssig, in der trockenen Mas- tfahrt fast jeder dritte Frach- viel.

ingeres Ladungsvolumen Überkapazitäten bestimmen die Entwicklung in dem zwei- roßen Bereich der internatio- Schiffahrt, der Linienfahrt. gibt es zwar noch Verkehre, ut beschäftigt sind und mit nn fahren, aber das Gros der ndienste ist ebenfalls in den el von Unterbeschäftigung Tarifverfall geraten. Hinzu nt, daß in der Linienfahrt die isierende Wirkung der Konfe- n zunehmend in den Hinter- l rückt. Potente Außenseiter, selbst moderne Container- e bauen können, haben es nicht mehr schwer, in die sche Linienfahrt einzubre-

e Trendwende für die interna- nale Schiffahrt ist gegenwär- cht zu erkennen. Selbst die ung, daß die Konjunktur in JSA im zweiten Halbjahr 1983 nen könnte, verbessert das nicht. Die vorhandene Tonna- der Welt, die in Teilbereichen noch wächst, ist so groß, daß usätzliche Nachfrage sofort hmen kann, ohne auch nur nernd eine Vollbeschäftigung hern. Eine nachhaltige Erho- der Raten ist ohne einen dau- en weltweiten Wirtschafts- hwung und einen gleichzeiti- bbau von Schiffsraum kaum eichen.

lieser desolaten Lage hat sich utsche Handelsflotte bislang aschend stabil erwiesen. beklagen auch die deutschen r erhebliche Ertragseinbrü- und spürbare Linschnitte in lottensubstanz, doch Pleite- n, wie sie über anderen Bran- gegenwärtig zusammenbre- sind in der Schiffahrt ausgeblieben. Die Branche bestätigt ihren Ruf, durch hohe Krisenanfälligkeit entsprechende Krisenerfahrung entwickelt zu haben.

Auch bei anhaltender Konjunkturflaute droht der deutschen Schiffahrt sicher nicht geschlossen der Exitus. Dennoch ist unverkennbar, daß die Gefahr von Grundberührung wächst. Sicher ist außerdem, daß sich die deutsche Flotte unter den gegebenen Bedingungen in ihrer Struktur weiter verändern wird. Der Zwang, Kosten zu reduzieren und die Flexibilität zu wahren, wird die Verbringung deutscher Schiffe unter fremde, billigere Flaggen noch verstärken und dazu führen, daß immer mehr wirtschaftliche Aktivitäten ins Ausland verlagert werden.

Um zu verhindern, daß gleich alle davonschwimmen, bedarf es der Verwirklichung einer neuen nationalen Schiffahrtspolitik. Daß sie zum Teil aus formulierten Vorschlägen des Seeverkehrsbeirats beim Bundesverkehrsminister bislang nicht ernsthaft in Angriff genommen worden sind, läßt fast vermuten, daß man noch nicht überall begriffen hat, wo die Schiffahrt wirklich steht. Dies gilt um so mehr, als das Programm zwar Opferbereitschaft, aber keineswegs untragbar finanzielle Belastungen der Haushalte erfordert.

Die wirtschaftliche Entwicklung wartet nicht auf politische Entscheidungen. Wenn das von den Reedern geforderte und von allen anderen Beteiligten im Prinzip für notwendig erachtete Programm in seinen Kernpunkten nicht bald verwirklicht wird, dürfte der Exitus der deutschen Flotte auf jene Teile übergreifen, die bislang auch mit deutscher Flagge noch Wasser unter dem Kiel haben.

Maßnahmen, die die Rahmenbedingungen der Flotte nach innen und außen verbessern und damit ihre Flexibilität erhöhen, sind freilich nicht nur aus Gründen des Erhalts einer nationalen Flotte notwendig. Es ist abzusehen, daß die Märkte, auf denen die Reeder agieren, künftig noch stärker als ohnehin schon reglementiert und subventioniert werden dürften. Je länger die Flaute anhält, desto größer wird die Gefahr staatlicher Eingriffe. Die Bereitschaft, auf eine zwar nicht wettbewerbsfähige, so doch eigene nationale Flotte zu verzichten, ist nicht sonderlich weit verbreitet. In solch schwierigen Gewässern können nur manövrierfähige Einheiten bestehen.

AUF EIN WORT



„Nicht die Grenzen des Wachstums, sondern das rapide Wachstum aller Grenzen bei Wissenschaft, Forschung und den neuen Technologien ist die bedeutendste Erscheinung dieser Zeit."

Dr. Ingo Friedrich, Vizepräsident der Camera di Commercio Europea (Europäische Handelskammer)
FOTO: DIE WELT

KONJUNKTUR

DIW: Bruttosozialprodukt wird vorerst weiter sinken

PETER WEERTZ, **Berlin**

Mit einem weiteren Rückgang des realen Bruttosozialprodukts rechnet das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) im ersten Quartal dieses Jahres. Die Berliner Konjunkturforscher sehen kaum Anzeichen für eine rasche Belebung. Ohnehin sei das gesamtwirtschaftliche Produktionsergebnis 1983 mit einem negativen Überhang von 1,5 Prozent aus dem Vorjahr belastet.

Die Zunahme der Arbeitslosenzahl im Januar auf 2,5 Millionen und die größere Zahl an Kurzarbeitern weist nach Ansicht des Berliner Instituts eher auf weitere Produktionseinschränkungen hin. Als Ausnahme erkennt das Institut nur den realen privaten Verbrauch, der das Abschwungtempo der gesamtwirtschaftlichen Produktion verringere. Die Zunahme der Inlandsaufträge werde hingegen durch die geringeren Bestellungen aus dem Ausland kompensiert. Die Auftragseingänge aus dem Inland seien außerdem durch Großaufträge und den Fristablauf der Investitionszulage, vor allem in der Investitionsgüterindustrie, beeinflußt.

Im Vergleich zum Vorjahresquartal erwartet das Berliner Institut daher im ersten Quartal dieses Jahres von den Investitionen und Exporten her einen Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Produktion um 2,5 Prozent. Für 1983 insgesamt enthält sich jedoch das Institut einer Voraussage.

Im vergangenen Jahr ist das reale Bruttosozialprodukt um ein Prozent zurückgegangen. Mit drei Prozent war das verarbeitende Gewerbe am stärksten von der Produktionseinschränkung betroffen. Seit dem Sommer 1982 sind jedoch die Ausgaben der privaten Haushalte gestiegen, von dieser Entwicklung hat besonders der Einzelhandel mit Textilien, Elektroartikeln, Radio- und Fernsehgeräten sowie der Buchhandel profitiert.

Erste Anzeichen der Besserung

rtr, **Köln**

Erste Anzeichen für eine konjunkturelle Belebung in der Bundesrepublik Deutschland sieht der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI). Ende 1982 habe sich zudem die Nachfrage nach Industrie-Erzeugnissen belebt, und die Geschäftserwartungen der Unternehmen signalisierten vorsichtigen Optimismus, hieß es. Wirksame Anstöße zur Belebung der Konjunktur seien vor allem von der inländischen Investitionsnachfrage zu erwarten. Die Bundesregierung habe ihre konkreten Entscheidungen an diesem Ziel orientiert.

HWWA-ANALYSE

Bei den Steuereinnahmen gibt es 1983 keine Überraschungen

JAN BRECH, **Hamburg**

Das Steueraufkommen in der Bundesrepublik wird unter der Annahme eines nominal um 3,5 Prozent steigenden Bruttosozialprodukts in diesem Jahr rund 390 Milliarden Mark erreichen und damit etwa drei Prozent höher als 1982 sein. Zum ersten Mal nach einer längeren Periode besteht für das Jahr 1983 kein Grund, an dieser Schätzung „Minuskorrekturen" vorzunehmen, schreibt das Hamburger HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung in seiner jüngsten Konjunkturanalyse. Die kassenmäßigen Steuereinnahmen von Bund und Ländern 1982 hätten die Erwartungen der letzten Steuerschätzung vom Oktober letzten Jahres weitgehend bestätigt, so daß für 1983 keine Basiskorrekturen nötig seien.

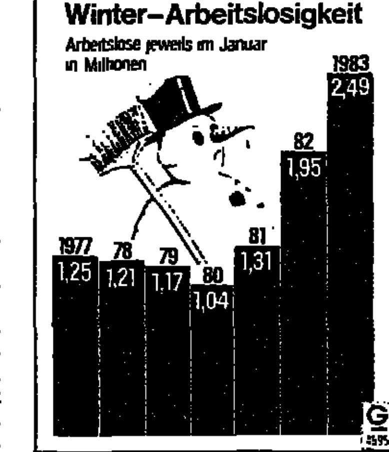
Von der absoluten Zunahme des Steueraufkommens um gut elf Milliarden Mark entfallen per Saldo fast zwei Milliarden Mark auf Steuerrechtsänderungen. Die Kappung der Vorsorgepauschale bei den Beamten bringt Mehreinnahmen von rund einer Milliarde Mark, die Mehrwertsteuererhöhung auf einen Satz von 14 bzw. 7 Prozent reichlich drei Milliarden Mark. Dem stehen Entlastungen in Höhe von zwei Milliarden gegenüber, die aus der Gewerbesteuersenkung, dem Schuldzinsenabzug für neue selbstgenutzte Wohnungen und der Insolvenzrücklage herrühren. Die bereits Ende 1982 ausgelaufene Investitionszulage dürfte 1983 zu weiteren Steuerausfällen von zwei Milliarden Mark führen.

Den größten Zuwachs erwartet das HWWA in diesem Jahr bei der Umsatzsteuer. Unter Berücksichtigung der Erhöhung dürften gut sechs Prozent mehr und damit knapp 104 Milliarden Mark in die Kassen fließen. Nach der Lohnsteuer, die um 4,5 Prozent auf ein Volumen von 129 Milliarden Mark steigen wird, ist die Mehrwertsteuer zweitwichtigste Steuerquelle.

WIRTSCHAFTS-JOURNAL

Kurzarbeit bei Ruhrkohle?

Essen (dpa/VDW) – Für die Kumpel der Ruhrkohle AG wird Kurzarbeit in diesem Jahr „wohl nicht zu vermeiden" sein, obwohl sie bereits fünf Tage Urlaub vorziehen mußten, heißt es in der Werkszeitung. Um die Kohleförderung weiter zu senken, werde auch der Einstellungsstopp beibehalten. Mit diesen Maßnahmen wird auf eine erwartete Absatzminderung reagiert. Im letzten Jahr sind der Zeitschrift zufolge an der Ruhr rund 63 Mill. t Kohle gefördert, aber nur 56 Mill. t abgesetzt worden, rund 9 Prozent weniger als 1981. Die Ruhrkohle AG geht davon aus, daß sich ihr Kohleabsatz langfristig bei etwa 59 Mill. Tonnen einpendeln wird. Die Bestände an Kohle und Koks bei dem Unternehmen sind im letzten Jahr um 7,3 Prozent auf 15,4 Mill. t gestiegen. Ende des Jahres waren bei der Ruhrkohle rund 127 000 Mitarbeiter beschäftigt.



So hoch wie im Januar 1983 war die Zahl der Winter-Arbeitslosen in der Bundesrepublik noch nie. Trotz der milden Witterung zählten die Arbeitsämter fast 2,5 Millionen Arbeitslose – über eine halbe Million mehr als vor einem Jahr. Die Arbeitslosenquote stieg auf 10,2 Prozent. QUELLE: GLOBUS

Reifenpreise erhöht

Karlsruhe/Hannover (VWD) – Michelin, Marktführer am deutschen Reifenmarkt, erhöht zum 1. März des Jahres die Reifenpreise. In Teilbereichen verteuern sich Pkw-Reifen um 2 bis 6 Prozent und Lkw-Reifen um 5 Prozent. Auch bei runderneuerten Reifen sowie Motorrad, Moped- und Fahrradreifen müssen fünf Prozent mehr bezahlt werden. Bei Ackerschlepper-Reifen sind auch Preissenkungen möglich. Felgen und Zubehör wurden von der Preiserhöhung ausgenommen. Auch die Continental Gummi-Werke AG, Hannover, wird die Reifenpreise ab Mitte April 1983 um durchschnittlich 5 bis 6 Prozent erhöhen. Begründet wird die Maßnahme mit den allgemeinen Kostensteigerungen.

Zentralbankrat tagt

Frankfurt (dpa/VWD) – Die Leitzinsen der Deutschen Bundesbank – Diskont und Lombard – dürften bis nach der Bundestagswahl am 6. März unverändert bleiben. Dies ist die übereinstimmende Meinung am Frankfurter Bankenplatz vor der heutigen Sitzung des Zentralbankrates. In Bankenkreisen wird überwiegend davon ausgegangen, daß sich die Zentralbank bis zur Wahl zinspolitisch zurückhält, um nicht in den Verdacht zu kommen, Wahlhelfer für die gegenwärtige Regierung zu sein. Auch bestehe ein Interesse, den Ausgang der französischen Kommunalwahl – ebenfalls am 6. März – abzuwarten. Je nach Wahlergebnis in beiden Ländern könnten sich nicht unerhebliche Auswirkungen auf die Währungen im Europäischen Währungssystem (EWS) ergeben. Diskont- und Lombardsatz waren zuletzt Anfang Dezember um einen Prozentpunkt gesenkt worden und liegen derzeit bei 5,0 und 6,0 Prozent.

Kapazitätsabbau

Hamburg (dpa/VWD) – Mineralöl-Verarbeitung und -Vertrieb haben den Ölgesellschaften in der Bundesrepublik von 1974 bis Mitte 1982 Verluste von insgesamt 15,5 Mrd. DM gebracht. Nach einer Untersuchung des Energiewirtschaftlichen Instituts an der Universität Köln war die Mineralölverarbeitung seit der ersten Ölkrise vom Herbst 1973 in jedem Jahr – mit Ausnahme von 1979 – durch Verluste gekennzeichnet. Die Branche reagierte auf die Verluste und auf den Absatzrückgang mit einem starken Abbau von Kapazitäten. Nach Berechnungen des Kölner Instituts wurde die Verarbeitungskapazität seit dem Höchststand von rund 160 Mill. t Verarbeitungskapazität pro Jahr (1978/79) bis Mitte 1982 um 25 Mill. t verringert. Bis Ende 1983 werden weitere 20 Mill. t im Jahr aufgegeben.

OSSBRITANNIEN

ondon will heute Preise r Nordseeöl senken

VILHELM FURLER, **London**

Preis für britisches Nord- wird am morgigen Freitag is zu zehn Prozent gesenkt. iesem Schritt hat sich die Re- ng in London jetzt entschlos- nachdem schon seit Wochen erhebliche Differenz zwischen Spotmarktpreisen und dem of- len Preis für Rohöl aus dem chen Nordseesektor klafft.

ch Norwegen will in Kürze offiziellen Preis für Nordseeöl, m von den Briten abgesteck- Rahmen, senken, wurde jetzt Regierungs- und Industriekrei- n Oslo bekannt. Gegenwärtig ngt die staatliche Nordsee-Öl- llschaft British National Oil oration (BNOC), die 50 Pro- des britischen Nordseeöls auf- t, und die faktisch den Nord- l-Preis festsetzt, für einen Bar- 152 Liter) Rohöl der Qualität es-Feld 33,50 Dollar. Ein Bar- ntspricht 159 Liter. Dagegen der Preis für das gleiche Öl am Rotterdamer Spotmarkt wegen der weltweiten Nachfrageschwäche nur bei 29 Dollar.

BNOC hat jetzt den früheren Ölkonzernen schriftlich mitgeteilt, daß am morgigen Freitag Preisänderungen bekanntgegeben werden. Dies hat ein Sprecher des größten britischen Ölkonzerns, BP, gegenüber der WELT bestätigt. Allerdings habe die BNOC in ihrem Telex keinerlei Hinweise darauf gegeben, um welchen Betrag der Preis für Nordseeöl gesenkt werden soll.

Die großen Ölkonzerne selbst sind, wie der WELT in den letzten Tagen mehrfach vertraulich erklärt wurde, gegen eine Ölpreissenkung in zwei Schritten, also gegen eine Reduzierung jetzt um zunächst 2 Dollar je Barrel und um weitere 1,5 bis 2 Dollar zu einem späteren Zeitpunkt. Sie sind der Ansicht, daß ein einmaliger Schnitt auf 30 oder 29,5 Dollar am Markt für mehr Vertrauen sorgen werde.

INNOVATIONEN / Wirtschaftssenator Pieroth will zur Mehrarbeit motivieren

„Wachstumsfelder begreifbar machen"

PETER GILLIES, **Bonn**

Begriffe wie „Investitionen" oder „Wachstum" sind für die meisten Bürger derart abstrakt, daß sie ihren unmittelbaren Nutzen nicht zu erkennen vermögen. Die offizielle Wirtschaftspolitik wäre deshalb gut beraten, dieses Unverständnis durch konkrete und für jedermann erfahrbare Darstellungen abzubauen.

Elmar Pieroth, Wirtschaftssenator in Berlin, plädiert deshalb „für mehr Phantasie" in der ökonomischen Debatte, „weil allein durch Opfer niemand zu begeistern ist". Das allgemeine Unverständnis über künftige Wachstumsfelder und die Chancen für die Menschen „reichen bis weit in die eigenen Reihen hinein", konstatiert der CDU-Politiker.

Die Video-Technik beispielsweise biete einmalige Chancen, so die Fortbildung am heimischen Bildschirm, die Abwicklung von Geschäften und Behördengängen usw. Der Bau neuer Schnellbahnen sei zeitsparend, umweltfreundlich und straßenentlastend. Die Fernwärme oder die Nutzung von Abfällen mache die Wohnumwelt humaner und erschließe neue Wachstumspotentiale.

Auch die Wohnumwelt berge ungeheure Möglichkeiten. Millionen von Wohnungen stünden zur Modernisierung an, ohne daß man „Luxusmodernisierung" treiben müsse. Die Gen-Technologie oder der Umweltschutz machten das Leben leichter und die Arbeitsplätze humaner.

Geld sei genug vorhanden, nur müsse man es in risikobewußtes Kapital verwandeln. „Wir brauchen eine Art Bauherrenmodell für private Investitionen", meint Pieroth. In Berlin versuche man, schon die Studenten zu einem „Innovationspraktikum" in die Klein- und Mittelbetriebe zu schicken. Der Staat müsse die Unternehmen von bürokratischen Fesseln befreien, Investitionen steuerlich begünstigen und damit den Einstieg in Wachstumsfelder belohnen, statt zu bestrafen.

Durch eine „körperliche Beschreibung" der ungeheuren Möglichkeiten der Innovation müsse man „den Menschen gewinnen", den Verbraucher wie den Investor. Es gehe um Motivation zur Mehrarbeit: beim Verkäufer, der neue Aufträge im In- und Ausland hereinholen soll, beim Ausbilder, beim Ingenieur, beim Unternehmer. Für sie alle müsse sich die Mehrarbeit lohnen.

Für Pieroth ist es ein „Sündenfall", wenn man die Leistungsträger, von denen man besonders viel erwartet, mit zusätzlichen Lasten überzieht. Mehrarbeit trotz Arbeitslosigkeit? Pieroth bejaht: Man müsse gerade jene Menschen gewinnen, die durch ihre verstärkte Arbeit andere in Arbeit bringen. Dazu bedarf es der Mehrarbeit der Arbeitsbeschaffer und ihrer Belohnung. Das Steuer- und Abgabenrecht im Zusammenwirken mit den Sozialtransfers entmutige diese Leistungsträger jedoch statt sie anzuregen.

EG-BUTTER

Sowjets zeigen kein Interesse

Ha. **Brüssel**

Die Sowjets scheinen vorerst entschlossen zu sein, die EG auf ihren Buttervorräten sitzenzulassen. Zum dritten Mal seit Dezember haben sie jetzt jedenfalls ein Ausschreibungsangebot zur Lieferung von 25 000 t Kühlhausbutter unbeantwortet gelassen. Die Gemeinschaft droht dadurch vor eine Entscheidung gestellt zu werden, die alte politische Kontroversen zwischen den Mitgliedsländern wieder aufwirft: Sie muß entweder ihre Exportbedingungen überdenken oder ein weiteres Ansteigen des *europäischen* „Butterberges" (mit allen Folgen für das Brüsseler Agrarbudget) in Kauf nehmen.

Auch die USA schicken sich inzwischen an, ihre Überschüsse auf dem Weltmarkt zu verschleudern. Unterdessen erhöhen sich die Vorräte in der Gemeinschaft wieder dramatisch: Gegenwärtig lagern in der EG auf private oder öffentliche Rechnung rund 325 200 t Butter. Die Vorräte an Milchpulver betragen rund 584 500 t, davon entfällt mit 385 600 t der Löwenanteil auf die Bundesrepublik.

Die Kommission hat versucht, bereits die Notbremsen zu ziehen und für die Zukunft ein weiteres Anwachsen der Überschüsse einzudämmen. Bei den Agrarpreisverhandlungen will sie einen zusätzlichen Abschlag auf die vorgesehene Erhöhung der Milcherzeugerpreise durchsetzen.

FRANKREICH / Konjunkturanalyse sieht gute Aussichten für Preisstabilisierung – Mäßiges Investitionsniveau

Konsumbremse muß weiterhin angezogen bleiben

JOACHIM SCHAUFUSS, **Paris**

Die Weltkonjunkturlage dürfte sich im Laufe dieses Jahres unter dem Eindruck des leichten amerikanischen und japanischen Wirtschaftsaufschwungs etwas verbessern. Jedoch habe Frankreich wenig Chancen, davon zu profitieren, da es gezwungen ist, sein Handelsbilanzdefizit durch verbrauchsbeschränkende Maßnahmen abzubauen. Zu diesem Ergebnis kommt das Nationalinstitut für Statistik (Insee) in seiner jüngsten Konjunkturprognose.

Nachdem die sozialistische Re*gierung den Massenkonsum stark* angeheizt hatte, wurde von ihr Mitte 1982 eine Austeritypolitik eingeleitet, deren Auswirkungen auf die Kaufkraft der Bevölkerung das Insee bis Mitte 1983 auf minus 1,1 Prozent veranschlagt. Bei einer stark rückläufigen Spartätigkeit würde die private Nachfrage nur noch um real 0,3 Prozent im Quartal zunehmen.

Gleichzeitig bleibt die Investitionstätigkeit „sehr mäßig". Zwar sind die Investitionsprogramme *der öffentlichen und* verstaatlichten Unternehmen für 1983 erhöht worden. Die Privatwirtschaft dagegen wird real noch weniger investieren als 1982. Wegen der immer noch sehr hohen Kreditkosten denken auch die wenigsten Unternehmen daran, die Vorräte aufzustokken. Ihre Investitionsbereitschaft wird außerdem durch die unsicheren Aussichten im Export gedämpft, heißt es in dem Insee-Bericht.

Unter diesen Umständen hält es das Institut für kaum möglich, daß das französische Bruttosozialprodukt in diesem Jahr zunimmt, nachdem es nach vorläufigen Berechnungen 1982 um 1,5 Prozent gestiegen war, während das der OECD-Länder insgesamt um schätzungsweise 0,5 Prozent schrumpfte. Das Heer der Arbeitslosen, das sich in Frankreich während der letzten Monate bei knapp 2 Millionen stabilisiert hatte, könn*te nach Insee-Schätzung bis Mitte* 1983 auf 2,15 Millionen anwachsen.

Andererseits hätten sich inzwischen die Aussichten für eine gewisse Preisstabilisierung verbessert. *Daß die Regierung die Infla*tionsrate von knapp 10 Prozent 1982 auf 8 Prozent in diesem Jahr herabdrücken kann, hält das Institut unter der Voraussetzung weiterer Stabilisierungsmaßnahmen für möglich. Für das erste Halbjahr 1983 rechnet es allerdings immer noch (unter Berücksichtigung der bevorstehenden Steuererhöhungen für Tabak und Alkohol) mit einem Preisanstieg von knapp 5 Prozent.

Die von der Regierung für 1983 außerdem angestrebte Verminderung des Außenhandelsdefizits auf die Hälfte seines Vorjahresstands von 93 Milliarden Franc hält das Insee für ein sehr ehrgeiziges Ziel. Es erwartet aber doch, daß ihr monatlicher Passivsaldo bis Mitte dieses Jahres auf 5 Milliarden Franc (gegenüber knapp 8 Milliarden Franc im Monatsdurchschnitt des letzten Jahres) zurückgebracht werden kann. Bei diesem Kalkül ist unterstellt, daß die Preise am Weltölmarkt weiter nachgeben und daß der Dollar-Kurs gegenüber dem Franc nicht wieder anzieht. Für seine Öleinfuhr hat Frankreich monatlich 1 Milliarde Franc weniger aufzuwenden, wenn der Barrel-Preis um 3 Dollar nachgibt, was für das Insee eine durchaus realistische Perspektive ist. Die übrigen 2 Milliarden Franc Einfuhrverminderung verspricht sich das Insee von der Abschwächung der französischen Nachfrage.

IW-STUDIE / Jede siebte Mark kassiert der Fiskus

Indirekte Steuern verdoppelt

HEINZ HECK, **Bonn**

Die absolute Belastung des privaten Verbrauchs wird in diesem Jahr einen neuen Rekord erreichen: Durchschnittlich 485 DM je Haushalt und Monat werden nach einer Untersuchung des Instituts der Deutschen Wirtschaft (IW) über diese „unmerkliche Besteuerung" in die öffentlichen Kassen fließen.

Den IW-Berechnungen zufolge hat sich damit die absolute Steuerbelastung des Verbrauchs gegenüber 1970 mehr als verdoppelt. Sie beträgt im Durchschnitt der privaten Haushalte 5835 DM gegenüber 2540 DM vor 14 Jahren. Jede siebte Mark, die 1983 für den Verbrauch ausgegeben wird, gehe damit als indirekte Steuer in die Kasse der öffentlichen Hand. Das sei anteilsmäßig genausoviel wie 1970.

In der Zeitspanne von 1970 bis 1983 haben sich die Gewichte der einzelnen Steuerarten allerdings verschoben. So sei die Belastung durch die Mehrwertsteuer, gemessen an den Ausgaben des privaten Verbrauchs, von 10,3 auf etwa 11 Prozent gestiegen, der Anteil spezieller Verbrauchssteuern jedoch von 4,8 auf etwa 3,8 Prozent gesunken.

Der Anteil der indirekten Steuern an den gesamten Steuereinnahmen sei zwar in den 70er Jahren zurückgegangen, nehme aber seit 1980 wieder zu (1970: 46,5 Prozent, 1980: 41,3 und 1983: 43,1 Prozent). Das Institut räumt ein, daß ein steigender Anteil der indirekten an den gesamten Steuern aus verteilungspolitischen Gründen „umstritten" sei, da dadurch die unteren Einkommensschichten relativ stärker belastet würden als die besserverdienenden Haushalte. „Unter dem Gesichtspunkt von Wachstum und Beschäftigung ist jedoch eine „unmerkliche indirekte einer direkten Besteuerung vorzuziehen", heißt es.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Duisburg: Hagemeyer u. Schneider GmbH, Oberhausen; **Frankfurt/M:** Französische offene *Kamine GmbH, Bergen-Enkheim;* Druckerei Darmstädter & Co. GmbH; KATAK Kamis Transport und Air Service GmbH Westhafen; Mehmet Ismail Sezen, Kaufmann München, Inh. d. Mehmet Sezen, Vertriebsorganisation Frankfurt; **Hannover:** Karl Berndt, Tischlermeister, Hemmingen 4 (Arnum); **Kempten:** Wotan Engineering Luft- u. Klimatechnik GmbH, Waltenhofen-Hegge; **Mainz:** H + L Heizungsmontage GmbH, Gonsenheim; Rohrleitungsbau Bodenheim GmbH, Bodenheim; **Osnabrück:** Groß GmbH & Co.; **Wolfratshausen:** WDK Grundstücks-Verwaltungsges. mbH & Co. KG, Geretsried; **Würzburg:** Friedrich Seegers; **Wuppertal:** Nachl. d. Manfred Altmann; **Zeven:** Redroxan Ges. f. Tankanlagen u. Wärmetechnik mbH, Sittensen.

***Anschluß-Konkurs eröffnet:* Ludwigsburg:** O: Alpha Promotion Werbeagentur GmbH, Korntal-Münchingen.

Vergleich beantragt: Detmold: Ing. Herbert Nolting GmbH & Co. KG, Kesselbau.

Paris kündigt Bankenreform an

J. Sch. **Paris**

Wirtschafts- und Finanzminister Delors hat auf der gestrigen Ministerratssitzung die wichtigsten Grundsätze der von ihm vorbereiteten Bankenreform angekündigt. Das inzwischen weitgehend verstaatlichte französische Bankensy*stem soll danach demokratisiert,* dezentralisiert und „decloisoniert", das heißt durchsichtiger und durchgängiger gemacht werden. Außerdem ist die Gründung einer neuen unabhängigen Bankenkommission vorgesehen, deren Aufgabe darin besteht, die Sicherheit der Kundeneinlagen noch besser als bisher zu gewährleisten und das Renomee des Kreditsystems zu untermauern. Ein wichtiges Ziel der Reform bestünde darin, alle Wirtschafts- und Finanzpartner des Staates mit der Kredit- und Finanzpolitik der Regierung zu assoziieren, erklärte Präsidentenberater Attali.

Steigende Nachfrage bei Sportbekleidung

dpa/VWD, **Stuttgart**

Die Hersteller von Sportbekleidung rechnen für 1983 mit steigender Nachfrage und einem leichten Umsatzzuwachs. Nach Angaben des Gesamtverbandes der deutschen Maschenindustrie (Gesamtmasche), Stuttgart, gilt dies sowohl für die Sommer- als auch für die Wintersportbekleidung.

Im Sektor „Trimm- und Joggingsport" sei mit einer Stabilisierung auf hohem Niveau zu rechnen. *Schon zur bevorstehenden Interna*tionalen Sportartikelmesse vom 24. bis 27. Februar in München erwartet die Industrie eine verbesserte Nachfrage und Geschäftstätigkeit. Bei einem ersten Marktgespräch des „Arbeitskreises Sport- und Freizeitkleidung" wurden dem Sportbekleidungsmarkt für die Jahre bis 1990 überdurchschnittlich gute Wachstumschancen eingeräumt.

USA: „Aggressive" Agrarexporte

AFP, **Washington**

Mit „mehr Aggressivität" will die amerikanische Regierung die Agrarexporte steigern, unterstrich Landwirtschaftsminister John Block vor dem Auswärtigen Ausschuß des US-Senats. Block kündigte ein Programm zinsgünstiger *Kredite für die Entwicklungsländer* an. Der Minister äußerte vor dem Ausschuß seine Sorge über den Rückgang des Anteils der amerika*nischen Getreideexporte* am Weltmarkt. Bei Futtergetreide ist seinen Angaben nach der *amerikanische* Weltmarktanteil in den letzten beiden Jahren von 71 auf 59 Prozent gesunken. Nach Angaben des Landwirtschaftsministers will die amerikanische Regierung kombinierte zinslose Kredite und Bürgschaften für Agrarimporte anbieten, die zusammen Kredite mit Zinssätzen weit unter dem Marktniveau ermöglichen.

GROSSBRITANNIEN / Schwache Industrieproduktion

Niedrigster Stand seit 1967

WILHELM FURLER, **London**

Die Produktion in der herstellenden und verarbeitenden Industrie Großbritanniens hat den niedrigsten Stand seit 1967 erreicht. Die jüngsten Statistiken zeigen, daß die britische Industrie in den letzten Monaten des vergangenen Jahres noch schwächer abgeschnitten hat als *ohnehin befürchtet worden* war.

Trotz des bemerkenswerten An*stiegs der Konsumausgaben hat* die britische Industrie (Öl und Gas aus der Nordsee ausgeklammert) Ende vergangenen Jahres sogar weniger produziert als im Frühjahr 1981, als angeblich das Rezessionstief durchschritten wurde. Im Jahresschnitt lag die Produktion im herstellenden und verarbeitenden Gewerbe 1982 um 1,2 Prozent unter der ein Jahr zuvor und um 15 Prozent unter dem Niveau von 197[illegible], als der Konjunkturzyklus seinen Höhepunkt erreichte.

Zwischen der ersten und zweiten Hälfte des letzten Jahres schrumpfte die Produktion in der herstellenden und verarbeitenden Industrie um fast 2 Prozent. Dagegen hatte Schatzkanzler Sir Geoffrey Howe noch bei der Vorlage seines Herbst-Finanzplanes Anfang November letzten Jahres von *einem Rückgang um höchstens ein* halbes Prozent gesprochen.

Entsprechend haben sich die Aussichten über einen bevorstehenden Konjunkturaufschwung nicht gerade verbessert. Trotz des Anstiegs der Verbrauchsausgaben vor allem in den letzten Monaten 1982 fiel die Produktion in der britischen Konsumgüterindustrie im vergangenen Jahr um 1,5 Prozent.

IBH-BAUMASCHINEN / In rote Zahlen gerutscht – Guter Start ins neue Jahr – Weitere Übernahme geplant

In der Rezession noch leichtes Umsatzplus

DANKWARD SEITZ, **Mainz**

Im schwierigsten Jahr für die Baumaschinen-Hersteller in aller Welt hat sich die IBH Holding AG, Mainz, recht beachtlich geschlagen. Während die weltweite Rezession auf allen wichtigen Absatzmärkten für Baumaschinen bei fast allen Herstellern zu massiven Umsatzrückgängen (Branche weltweit: minus 25 Prozent; Bundesrepublik: minus 7 bis 9 Prozent) geführt hat, ist es der IBH, wie Vorstandsvorsitzender Horst-Dieter Esch *mitteilte, nicht nur gelungen,* den Vorjahresumsatz zu halten, sondern sogar noch eine leichte Steigerung zu erzielen.

Das Umsatzvolumen der Holding und ihrer etwa 20 Beteili*gungsgesellschaften belief sich für* 1982 auf rund 2,52 (2,40) Mrd. DM, was einem Zuwachs von 4,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr entspricht. Deutliche Umsatzverluste mußten allerdings in Nord- und Südamerika mit 27,9 Prozent auf 550,3 Mill. DM hingenommen werden. Die Werke in der Bundesrepublik verzeichneten dagegen ein Plus von 4,6 Prozent auf 1,19 Mrd. DM, in Frankreich waren es plus 22,4 Prozent auf 239 Mill. DM und in Großbritannien, wo 1982 die *Babcock-Baumaschinenwerke* übernommen wurden, sogar plus 75,3 Prozent auf 537 Mill. DM. Der Exportanteil der Gruppe wird mit 60 Prozent angegeben.

Daß damit das anvisierte Ziel von 3 Mrd. DM nicht erreicht wurde, bewertet Esch angesichts der konjunkturellen Entwicklung als „keineswegs überraschend". Im Vergleich zum Branchen-Größten Caterpillar, der einen Umsatzrückgang von rund 9 Mrd. auf etwa 6 Mrd. Dollar hinnehmen mußte, könne die IBH „voll zufrieden" sein. Selbst daß die IBH-Gruppe erstmals nach langer Zeit wieder ein negatives Ergebnis ausweisen wird – genaue Zahlen liegen noch nicht vor, jedoch dürfte es ein zweistelliger Millionenbetrag sein –, sei aufgrund der starken Eigenkapitalbasis (501 Mill. DM) „problemlos zu verkraften".

Schon für 1983 rechnet Esch mit einer „nachhaltigen Ertragsverbesserung", zumal die inzwischen weitgehend abgeschlossenen Strukturmaßnahmen (Personalabbau 1982 um 3000 auf rund 10 000 Mitarbeiter weltweit; 1983 sollen noch einmal 600 bis 800 Arbeitsplätze eingespart werden) jetzt wirksam werden. Mit Prognosen vorsichtig geworden, erwartet Esch einen Umsatz von rund 2,7 Mrd. DM.

Anlaß zum Optimismus gebe der seit Dezember steigende Auftragseingang und der seit Jahren niedrigste Lagerbestand bei den IBH-Händlern. Als Beispiel und als erstes Zeichen einer Wende führt Esch hier Hanomag an, die in guten Jahren 150 Maschinen pro Monat, in den ersten elf Monaten 1982 im Durchschnitt nur 50 Einheiten, dann aber im Dezember 120, im Januar 130 und in den ersten beiden Februar-Wochen 1983 über 60 Maschinen verkaufen konnte. Auch der US-Markt zeige wieder ansteigende Tendenz.

Auch 1983 wird, wie Esch andeutete, eine weitere Expansion der Gruppe bringen. Ob bereits Übernahmeverhandlungen geführt werden, wollte er jedoch nicht sagen. Nach wie vor fehlt in der Produktpalette ein Hydraulik-Bagger. Die Übernahme der zur Korf-Gruppe gehörenden Baustoffmaschinenfirma Mohr & Federhaff AG, Neu*stadt, dürfte „in den nächsten Ta*gen reibungslos über die Bühne gehen", wenn die Banken die benötigten Kredite und das Land Rheinland-Pfalz eine Bürgschaft bereitstellen.

SEEHÄFEN / Hamburg hielt führende Position

Güterumschlag ging zurück

JAN BRECH, **Hamburg**

Die schwache Entwicklung des Welthandels hat 1982 auch den Gü*terumschlag in den 12 wichtigsten* deutschen Seehäfen negativ beeinflußt. Nach Angaben des Bundesverkehrsministeriums lag der Gesamtumschlag mit 135,5 Mill. t um 4,2 Prozent unter dem Ergebnis des Jahres 1981.

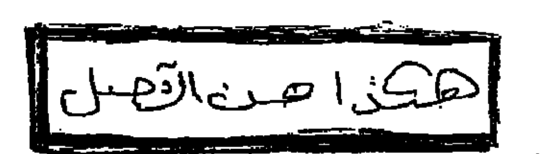
Unterschiedlich war dabei die Entwicklung der aus- und eingehenden Verkehre. Während im Versand das Volumen um 4,4 Pro*zent auf 44,9 Mill. t stieg, ging der* Empfang um 8 Prozent auf 90,5 Mill. t. zurück.

Insgesamt reduzierte sich der Massengutumschlag um 4,6 Prozent auf 95,2 Mill. t. Dem Zuwachs beim Getreideumschlag um 18,6 Prozent (in erster Linie wegen des starken Ostblock-Transits) und bei Mineralölprodukten um fast 20 Prozent stehen Rückgänge beim Rohöl um 17,2 sowie bei Erz und und bei Kohle/Koks um 14 Prozent gegenüber.

Die größten Einbußen mußten die führenden Häfen Hamburg (minus 7,2 Prozent) und Bremen (minus 3,1 Prozent) hinnehmen. Sowohl bei Massen- als auch bei Stückgütern hat Hamburg die mit Abstand führende Position behauptet (insgesamt 60,1 Mill. t).

Zweitgrößter Umschlagplatz für Stückgut blieben die bremischen Häfen, die einschließlich Massen*güter 24,6 Mill. t bewältigten.* Der drittgrößte deutsche Umschlagplatz Wilhelmshaven, mit dem Schwergewicht auf Massengütern wie Öl und Kohle, war 1982 am stärksten vom allgemeinen Umschlagsrückgang betroffen.

Das Aufkommen von Massengütern sank um 20 Prozent, der ohnehin geringe Stückgutumschlag halbierte sich nahezu.



E. D. E. / Überdurchschnittliches Umsatzplus

isenhandel ordert stärker

HARALD POSNY, **Düsseldorf**

ı Geschäftsverlauf seit dem en Quartal 1982 sieht die Einsbüro Deutscher Eisenwarenller GmbH (E. D. E.), Wupperleutliche Hinweise darauf, daß Handel stärker disponiert. In n Tätigkeitsbericht für 1982 t die drittgrößte Kooperation Eisenwaren- und Hausratfachlels fest: „Gelichtete Läger ergen zu Neukäufen." Die Geftsleitung rechnet für 1983 mit n weiteren Umsatzzuwachs 2 bis 4 Prozent.

hon mit dem Umsatzwachs von 8 Prozent auf 1,14 Mrd. (einschl. MwSt.) hat die . E. 1982 eindeutig über dem chendurchschnitt gelegen, ı auch die Zuwächse der letz beiden Jahre mit 12 bzw. 18 ent nicht erreicht wurden. Für 1056 (1051) angeschlossenen händler wird der Umsatz wie ahr zuvor mit „über 3,6 Mrd. angegeben.

e höchste Umsatzsteigerung ler E. D. E. wurde mit Eisenn, Feld- und Gartengerät solem neu aufgenommenen Wareich Walzmaterial (plus 19,2 nach 5,2 Prozent) sowie bei Baubedarf (plus 10,6 nach 20,2 Prozent) erzielt. Zusammen mit dem Sektor Werkzeug (plus 3,7 Prozent) verfügen diese drei Warenbereiche über einen Anteil von 71,4 (69,9) Prozent am Gesamtumsatz.

Vom Eisenwarenbereich abgesehen profitierten die E. D. E. und ihre Anschlußhäuser von ihrer neuen Baumarktkonzeption „Bauklotz" und dem anhaltenden Trend zum „Selbermachen" im Haushalt. Im Sanitär-, Kleinelektro-, Glas- und Porzellanbereich wurden entgegen dem Branchentrend leichte Steigerungen erreicht. Einbußen mußten dagegen im Bereich Haustechnik, insbesondere bei Großgeräten, hingenommen werden. Für einige Sortimentsbereiche wurden spezielle Eigenprogramme entwickelt. Diese Politik soll verstärkt weitergeführt werden. Für 1982 schüttet die E. D. E. insgesamt 20,3 (17) Mill. DM an die Mitglieder aus. Sie sind überwiegend in Nordrhein-Westfalen, Bayern und Baden-Württemberg, aber auch in Österreich und Luxemburg vertreten.

DAIMLER-BENZ / Gute Auslastung der Pkw-Werke – Die Flaute auf dem Nutzfahrzeugsektor schlägt durch

Das Wachstum wird vom Auslandsgeschäft getragen

WERNER NEITZEL, **Stuttgart**

Ein „insgesamt wiederum recht befriedigendes Unternehmensergebnis" hat die Daimler-Benz AG, Stuttgart, im Geschäftsjahr 1982 erwirtschaftet. Mit dieser Formulierung beschreibt das Automobilunternehmen in einem Zwischenbericht seine Ertragsentwicklung, die von der guten Auslastung der Pkw-Kapazitäten und dem gestiegenen Anteil höherwertiger Pkw und Nutzfahrzeuge positiv beeinflußt worden sei.

Negative Einflüsse gingen demgegenüber im Nutzfahrzeugsektor von teilweise unzureichenden Erlösen und der unbefriedigenden Beschäftigungslage in einigen Werken vor allem in der Fertigung von Transportern und Omnibussen aus. Höhere Stahlpreise brachten eine Verteuerung bei den Materialbezügen. Das hohe Zinsniveau habe zwar den Absatz von Nutzfahrzeugen belastet, es sei aber andererseits auch den Zinserträgen zugute gekommen. Im ausländischen Konzernbereich habe der gestiegene Pkw-Absatz zu einer Ertragsverbesserung beigetragen. Demgegenüber seien bei den produzierenden Nutzfahrzeug-Gesellschaften Einbußen entstanden. In 1981 hatte Daimler-Benz einen Jahresüberschuß von 826 Mill. DM (plus 16,2 Prozent) ausgewiesen und eine 20prozentige Dividende auf 1,53 Mrd. DM Aktienkapital ausgeschüttet. Die diesjährige HV findet am 6. Juli in Stuttgart-Untertürkheim statt.

Zum Geschäftsgang wird in dem Zwischenbericht hervorgehoben, daß Daimler-Benz trotz Rückgang seiner Pkw-Neuzulassungen im Inland auf 225 000 Fahrzeuge (minus 6 Prozent) den Marktanteil von 10,5 auf 10,7 Prozent verbessert hat. Überdies nahm der Pkw-Export um 13 Prozent auf 226 000 Fahrzeuge zu, wobei selbst die Verkäufe nach USA trotz der dort anhaltenden Rezession um fast 5 Prozent auf 66 000 Fahrzeuge anstiegen. Die neue Pkw-Baureihe 190, von der bereits innerhalb weniger Wochen nach Markteinführung ein großer Teil der 1983 für das Inland bestimmten Fahrzeuge mit Aufträgen belegt gewesen sei, wird seit Jahresbeginn schrittweise auch auf den Auslandsmärkten eingeführt.

Im Nutzfahrzeugsektor wurde auch Daimler-Benz von der Nachfrageflaute voll getroffen, wenngleich man im Inland mit 57 700 verkauften Fahrzeugen und einem Minus von 15,8 Prozent etwas besser als die Branche (minus 16,8 Prozent) lag. Der Nutzfahrzeug-Export konnte noch um 3,4 Prozent auf 125 500 Fahrzeuge gesteigert werden. Stark zurückgefahren wurde die Produktion bei der brasilianischen Nutzfahrzeug-Tochter, auch in Argentinien, bei der Tochter Freightliner in USA und in Spanien blieb die Produktion unter dem Vorjahr.

Insgesamt wurde der Zuwachs des Konzernumsatzes von 6 Prozent auf 38,9 Mrd. DM ausschließlich durch das Wachstum im Ausland erzielt. In Sachanlagen wurden im Konzern über 3,1 (3,0) Mrd. DM investiert, davon 2,7 (2,1) Mrd. DM im Inland mit Schwerpunkt bei Pkw und hier vor allem beim 190/190 E.

Die Daimler-Benz AG beschäftigte am Jahresende 148 411 Mitarbeiter, ein Stand, der in etwa dem Vorjahresniveau entspricht. Dazu heißt es, daß die gute Auslastung der Pkw-Werke einen Ausgleich mit weniger gut beschäftigten Nutzfahrzeugwerken ermöglicht habe.

Daimler-Benz AG	1982	±%
Konzern-Umsatz (Mill. DM)	38 870	+ 6,0
AG-Umsatz	31 124	+ 7,0
dav. Inland	13 300	– 2,1
Export	17 824	+ 15,0
Exportquote (%)	57,3	(53,3)
Beschäftigte (Konzern)	185 620	– 1,2
Produktion		
Pkw	458 345	+ 4,0
dav. S-Klasse, SEC-Coupé, SL-Roadster	105 093	+ 9,7
Mittelklasse	348 602	+ 1,1
Kompaktklasse (190)	4 650	–*)
Nutzfahrzeuge Inlandswerke	187 044	– 4,6
dav. Transporter	64 473	– 7,0
Lkw üb. 6 t	101 446	– 5,3
Omnibusse	7 925	– 17,9
Auslandswerke	56 469	– 22,5

OPEL

Rekordumsatz und wieder Gewinn

rtr, **Frankfurt**

Die Adam Opel AG, Rüsselsheim, hat 1982 erstmals nach zwei Verlustjahren entgegen den bisherigen Erwartungen wieder mit Gewinn abgeschlossen. Nach Mitteilung des Unternehmens wurde 1982 nach vorläufigen Zahlen ein Nettogewinn von 90 Mill. DM verbucht nach 592 Mill. DM Verlust 1981. Der Umsatz konnte gegenüber 1981 um rund ein Viertel auf den bisherigen Höchstwert von 12,6 (10) Mrd. DM gesteigert werden.

Noch im Herbst meinte man bei Opel, daß voraussichtlich erst 1983 „schwarze Zahlen" zu erwirtschaften sein würden. Der jetzt aufgetretene Gewinn nach Steuern dürfte zumindest zum Teil auf außerordentliche Erträge zurückzuführen sein, sagte ein Sprecher. Opel hatte gegen Ende vergangenen Jahres Anlagen der Lackiererei in Rüsselsheim an die Mutter General Motors verkauft und zurückgeleast. Durch den Verkauf seien brutto rund 450 Mill. DM in die Kassen des Unternehmens geflossen.

Opel habe die eigene Investitionsrechnung weiter dadurch entlastet, daß neue Maschinenanlagen von Leasing-Gesellschaften gemietet wurden, erklärte der Sprecher weiter. Zusammen mit den für das laufende Jahr geplanten Transaktionen würden Anlagen (Mobilien) im Wert von über 200 Mill. DM gemietet statt gekauft. Die eigenen Investitionen sollen 1983 rund 900 Mill. DM betragen und sich damit auf dem Niveau des Vorjahres halten.

Die Produktion von Fahrzeugen lag nach Angaben des Unternehmens 1982 mit 961 094 Einheiten um 17,7 Prozent über dem Vorjahr (816 650). Der Marktanteil hat sich nach eigenen Angaben in der Bundesrepublik damit um 2 Prozentpunkte auf 18,2 Prozent erhöht. Die größten Produktions- und Umsatzzahlen wurden mit dem Kadett und dem neuen Ascona-Modell erreicht. Zu Beginn des laufenden Jahres sei im Auftragseingang eine aufsteigende Tendenz zu beobachten, der Marktanteil betrage jetzt 20,5 Prozent.

·N sieht Ende · Verlustjahre

py, **Düsseldorf**

Aktionäre der mehrheitlich in lienbesitz befindlichen Vereiı Deutsche Nickelwerke AG), Schwerte/Ruhr, gehen auch echsten Jahr hintereinander Dividende aus. Dennoch nährt orstand in einer ersten Überüber das Geschäftsjahr 1981/82) gewisse Hoffnungen über ein s ausgeglichenes Ergebnis für 33 auch ohne eine nachhaltige esserung der konjunkturellen ion".

der Muttergesellschaft wurde als trotz rückläufigen Getsvolumens (161,3 nach 167,1 DM) eine „deutliche Ergebnissserung" erzielt. Mit dem erchafteten Ergebnis sei der Vertrag von 3,9 Mill. DM reduvorden. Das bei VDN erreichte ve Ergebnis kommt jedoch im ernabschluß nicht zum Aus-

ichwohl wird auch hier für 33 mit besseren Ergebnissen hnet. Der Konzernumsatz verte sich um 6 Prozent auf 222 DM, die Belegschaft um 11 nt auf 1260 Personen.

Auftragslage noch nicht ausreichend

Hdt, **Bielefeld**

Knapp um 5 Prozent auf 82,9 (79,2) Mill. DM konnte die Deutsche Tecalemit GmbH, Bielefeld, ihren Umsatz 1982 erhöhen. Dabei erzielte der Sektor Werkstatt- und Garagengeräte einen überdurchschnittlichen Mehrumsatz durch indirekte Exporte, obwohl der Inlandumsatz rückläufig war. Ein Plus verzeichneten auch der Bereich Zentralschmierung und das Schlauchprogramm, letzteres durch Ausrüstung neuer Pkw-Typen.

Insgesamt lag der Exportanteil bei 30 (33) Prozent. Weitere 29,7 (30,6) Mill. DM steuerten die drei Tochtergesellschaften in Österreich, Schweden und Spanien zum Gruppenumsatz bei.

Der derzeitige Auftragsbestand wird als nicht sehr überzeugend bezeichnet, ausreichende Beschäftigung der 945 Mitarbeiter ist vor allem von künftigen Exportaufträgen abhängig. Investitionen sind in Höhe von 2 Mill. DM vorgesehen, „die Gesellschafter behalten sich vor, bei echt erkennbarer Marktbelebung weitere Investitionen zu bewilligen", wie im Geschäftsbericht ausdrücklich vermerkt wird.

HERTIE / Jubiläumsverkauf erfolgreich

Wieder ein Bilanzgewinn

VWD, **Frankfurt**

Der Warenhausgruppe Hertie ist es im Geschäftsjahr 1982 gelungen, den operativen Verlust des Vorjahres fast zu halbieren. Wie Bruno Lippmann, Vorstandsvorsitzender der Hertie Waren- und Kaufhaus GmbH, Frankfurt, in Frankfurt ausführte, wird aufgrund außerordentlicher Erträge insgesamt sogar ein Bilanzgewinn ausgewiesen. Nähere Angaben hierzu wollte er jedoch noch nicht machen. 1981 hatte der Jahresfehlbetrag im Konzern auf 30 (70) Mill. DM abgebaut werden können. Mit rund zehn Mill. DM trug der Jubiläumsverkauf anläßlich des 100. Bestehens zum 1982er Ergebnis bei. Der größere Teil geht aber auf das Konto der 1981 eingeleiteten operativen Maßnahmen, die im Berichtsjahr gegriffen haben.

Wie Lippmann hervorhob, zeichnet sich mittlerweile eine spürbare Besserung in der Sortimentsstruktur – bezogen auf Ausgewogenheit und Qualitätsbesserung – ab. Der vorläufige Konzernumsatz lag 1982 mit 6,15 (6,2) Mrd. DM allerdings um 0,8 Prozent niedriger als 1981. Ohne den Zusatzumsatz von 225 Mill. DM aus dem „außerordentlich erfolgreichen" Jubiläumsverkauf im März wäre der Umsatz um 4,4 Prozent zurückgegangen. Für Hertie/Wertheim (ohne Bilka) ergab sich ein Umsatzrückgang um 0,6 Prozent auf 5,637 Mrd. DM, bei Bilka ein solcher um 1,7 Prozent auf 513 (522) Mill. DM. Erfreulich hat sich die Umsatzentwicklung nach Lippmann im neuen Jahr angelassen: Bis zum 15. Februar einschließlich wurde gegenüber der gleichen Vorjahreszeit ein Mehrumsatz von 1,2 Prozent registriert.

Dabei habe man im Winterschlußverkauf gegenüber 1982 relativ befriedigend mit plus/minus null abgeschnitten. Im neuen Jahr sieht man bei Hertie zwar einen „Silberstreif", ist gleichzeitig jedoch überzeugt, daß es der Einzelhandel kaum leichter haben wird als 1982. Man habe sich aber vorgenommen, die sechsjährige Verlustzone endlich zu verlassen. Investiert werden sollen weit über 200 Mill. DM, in erster Linie zur Modernisierung der Kaufhäuser.

Die Zahl der Beschäftigten (Voll- und Teilzeit) wurde 1982 um 4000 auf insgesamt 46 200 Mitarbeiter abgebaut. Die Kürzungen betreffen nicht den Verkaufsbereich, vielmehr Verwaltung und die übrigen Bereiche.

IMMOBILIEN-MESSE / Komplexes Angebot

Internationaler geworden

HANS BAUMANN, **Essen**

Die achte Internationale Immobilien-Messe in Essen vom 18. bis zum 21. Februar wird zugleich die bisher größte sein. 90 Aussteller aus sieben Ländern präsentieren ein milliardenschweres Angebot an Immobilien. Damit hat sich die Zahl der Aussteller gegenüber dem letzten Jahr um 40 Prozent erhöht.

Das Angebot in Essen ist komplex. Es reicht vom Ein- und Zweifamilienhaus über Eigentumswohnungen, Grundstücke, Gewerbeobjekte und Zinsobjekte bis hin zu Ferienimmobilien. Schwerpunkte bilden Objekte im Rhein-Ruhr-Gebiet. Darüber hinaus werden aber auch Immobilien aus ganz Deutschland und dem Ausland angeboten, ebenso Ladenstraßen und Industrieobjekte in Übersee.

Die Stärkung des internationalen Angebotes geht auf Initiativen des internationalen Makler-Verbandes Fiabci zurück. So gibt es zum ersten Mal ein „Nordamerika-Center", in dem Immobilien in USA und in Kanada angeboten werden. In zwei getrennten Veranstaltungen am Samstag und am Sonntag (jeweils 15 Uhr) informieren Experten über die Angebote und deren Finanzierungsmöglichkeiten in Nordamerika.

In Essen werden die Immobilien in ein breiteres Umfeld gestellt. Eine Ausstellung des Bundesbauministeriums unter dem Titel „Stadtpark – Parkstadt" soll Anregungen geben für eine Verbesserung des Wohnumfeldes.

„Bauen in alter Umgebung" ist ein weiterer attraktiver Punkt der Messe. Hier werden Vorschläge von Architekturstudenten vorgestellt, die sich mit 147 Arbeiten an einem Wettbewerb des Bundes Deutscher Baumeister, Architekten und Ingenieure in Zusammenarbeit mit der Landesbausparkasse beteiligten.

Da der Wunsch nach Wohnungseigentum nach wie vor an der Spitze der Wunschliste der Bürger liegt, wird in Essen wieder mit großer Beteiligung der Bevölkerung gerechnet. Immerhin sind von den 25 Millionen Wohnungen im Bundesgebiet 9,8 Millionen von ihren Eigentümern selbst genutzt. Das Saarland hält die Spitze an Eigentum mit über 58 Prozent des Wohnungsbestandes. Schlußlicht ist Bremen mit etwas über 30 Prozent.

NAMEN

William Reinert, früherer Hauptabteilungsleiter in der Presseabteilung der Daimler-Benz AG, ist im Alter von 63 Jahren gestorben.

Hermann Lange, Aufsichtsratsvorsitzender der Debeka-Versicherungen und früherer Präsident des Verbandes der privaten Krankenversicherung, vollendet heute das 75. Lebensjahr.

Klöckner-Kurs machte Sturzflug

Auch insgesamt gaben die Aktiennotierungen nach

DW. – Da die inländische kurzfristige Spekulation als Mitläufer ihre Bestände inzwischen stark aufgestockt hatte, wurde sie nervös und versuchte sich glattzustellen. Diese Abgaben drückten auf den Markt und ließen die Notierungen sukzessive sinken. Obendrein dürften diejenigen, die auf ein Bundestagswahlverbot gesetzt hatten, verkauft haben. Der Aschermittwoch lähmte zumindest die Käufer. Zu einem Kurssturz kam es auf Grund der Ungewißheit über die Zukunft der Klöckner-Werke.

Da sich in Börsenkreisen keine einheitliche Meinung darüber gebildet hatte, wie die Klöckner-Werke bis zu einem eventuellen Einbau in die deutsche Stahllösung über die Runden kommen werden, kam es zu einer Verkaufswelle. Der Kurs setzte mit 37 DM (minus 2,50 DM) ein und sackte nach zwischenzeitlicher Minusankündigung bis auf 32,50 DM ab. Damit rangiert er unter der Hoesch-Notierung von 33,80 DM (minus 0,70 DM). Die von den Verkäufen stark betroffenen Farben-Nachfolger verloren bis 1,70 DM. Auch Siemens schlossen etwas leichter. BMW waren trotz Gewinnmitnahme noch knapp behauptet, leichte Gewinne für VW.

Düsseldorf: Kabelmetal verminderten um 5 DM auf 123 DM und Keramag um 4 DM auf 152 DM. Hindrich Auffermann verloren 2 DM auf 121 DM. Schubsa erhöhten auf 64 DM und Balcke Dürr um 3 DM. Gildemeister stockten um 1,50 DM auf 50 DM auf. Bei den Versicherungen gaben Victoria um 100 DM auf 2250 DM nach und Allianz Leben verbesserten sich um 20 DM auf 1845 DM.

Frankfurt: Deutsche Bank-Reste stiegen bei Doppelplus um 2 DM auf 11,10 DM, Dresdner Bank-Reste um 2 DM auf 11,15 DM und Commerzbank-Reste um 2,30 DM auf 11,50 DM jeweils für 100 Reichsmark nominal. Enka-Glanzstoff wurden um 13 DM auf 116 DM und Vereinigte Großalmroder Ton um 21 DM auf 155 DM heraufgesetzt. Zeiss-Ikon konnten sich um 20 DM auf 270 DM verbessern.

Hamburg: Breitenburger Zement mußten mit 500 DM (plus 10 DM) bezahlt werden. Troton fielen um 4 DM auf 149,50 DM. Bavaria Brauerei gingen zu 200 DM aus dem Markt. Hapag Lloyd verloren 0,80 DM auf 42 DM und Bremer Vulkan fielen nach anfangs 30 DM bis auf 28,50 DM zurück. Vereins- und Westbank sowie Hypothekenbank Hamburg verloren je 1 DM.

München: Agrob Vorz. gaben um 5 DM auf 331 DM nach und Audi NSU erhöhten um 7 DM auf 153 DM. Bayer. Lloyd stockten um 6 DM auf 191 DM und Deckel AG um 2 DM auf 101 DM auf. Gehe AG erhöhten um 2 DM auf 146 DM und Südchemie verloren 5 DM auf 321 DM.

Berlin: Forst Ebnath zogen um 50 DM an. BHF-Bank ermäßigten sich um 3,50 DM, Berliner Kindl um 3 DM, Herlitz Stämme und Schering um je 2,50 DM, DeTeWe und Siemens um je 2 DM. DUB-Schultheiss und Herlitz Vorzüge bröckelten um je 1 DM ab.

Nachbörse: abwartend

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf – Frankfurt – Hamburg – München – Aktien-Umsätze

Inlandszertifikate

Ungeregelt. Freiverkehr

Freiverkehr

Unnotierte Werte

Auslandszertifikate (DM)

Fremde Währungen

Ausländische DM-Anleihen

*Vortags-Kurs (alle Kursangaben ohne Gewähr für Übermittlungsfehler)

Junge Aktien

16. 2. 83: BMW 244; Bavaria 193; GHH 158bG; GHH Vz. 154B; Jute-Spinnerei 136G; Philips Komm. 254; VEW 117; Herlitz St. 218; Herlitz Vz. 201. Freiverkehr: Be… 400 B. Bezüge: Bremer Vulkan 0,01B.

WELT-Aktienindex vom 16. 2.: 114,2 (114,7); **WELT-Umsatzindex vom 16. 2.:** 2783 (2190).

Ausland

New York

Toronto

London

Mailand

Amsterdam

Wien

Tokio

Kopenhagen

Zürich

Brüssel

Madrid

Hongkong

Singapur

Sydney

Paris

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 16. 2.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	8⅞–9⅛	5½–5⅝	2⅝–2¾
3 Monate	9⅛–9⅜	5½–5⅞	2¾–3
6 Monate	9⅜–9⅝	5⅝–5⅞	3⅛–3¼
12 Monate	9¾–10	5¾–6	3¾–4

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 16. 2.: Tagesgeld 5,5–5,6 Prozent; Monatsgeld 5,5–5,65 Prozent; Dreimonatsgeld 5,75–5,85 Prozent.

Privatdiskontsätze am 16. 2.: 10 bis 29 Tage 4,80 G / 4,65 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,80 G / 4,65 B Prozent.

Diskontsatz der Bundesbank am 16. 2.: 5 Prozent; Lombardsatz: 6 Prozent.

Ostmarkkurs am 16. 2. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 22,50 Verkauf 25,50 DM West; Frankfurt: Ankauf 21,00 Verkauf 25,00 DM West.

Goldmünzen

In Frankfurt wurdem am 16. Februar folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1460,00	1768,45
10 US-Dollar (Indian)**)	1018,00	1285,94
5 US-Dollar (Liberty)	428,00	579,69
1 £ Sovereign alt	282,00	341,26
1 £ Sovereign Elizabeth II	278,00	336,74
20 belgische Franken	213,00	274,59
10 Rubel Tscherwonez	297,00	363,86
2 südafrikanische Rand	279,00	337,87
Krüger Rand, neu	1240,00	1446,40
Maple Leaf	1238,00	1444,14
Außer Kurs gesetzte Münzen *)		
20 Goldmark	287,00	358,25
20 schweiz. Franken „Vreneli"	245,00	305,10
20 franz. Franken „Napoléon"	245,00	305,10
100 österr. Kronen (Neuprägung)	1150,00	1367,30
20 österr. Kronen (Neuprägung)	233,00	285,89
10 österr. Kronen (Neuprägung)	123,00	155,94
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	535,00	644,10
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	128,00	167,24

*) Verkauf inkl. 13 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 6,5 % Mehrwertsteuer

Devisen

Die am 16. 2. mit Spannung erwartete Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes beschäftigte den Handel, hatte aber wohl keine Auswirkung auf die Kursgestaltung. Die Ablehnung der Klage entsprach den Erwartungen. Die neuerliche Befestigung des US-Dollars auf 2,4085 amtlich und bis 2,4130 im Freiverkehr dürfte auf Meinungskäufe und ver Verunsicherung, die von den Wiederanziehen der FED-Funds-Rate auf 8 –5⅝ ausging, zurückzuführen sein. Die Kursenwicklung der übrigen Währungen verlief uneinheitlich. Der Sfrs konnte seinen Vortagsgewinn nicht behaupten und fiel auf 120,40, der Yen von 1,035 auf 1,0280 zurück. US-Dollar in: Amsterdam 2,6620; Brüssel 47,425; Paris 6,8390; Mailand 1388,05; Wien 16,9140; Zürich 1,991; Pfund/Dollar 15391.

Devisenterminmarkt

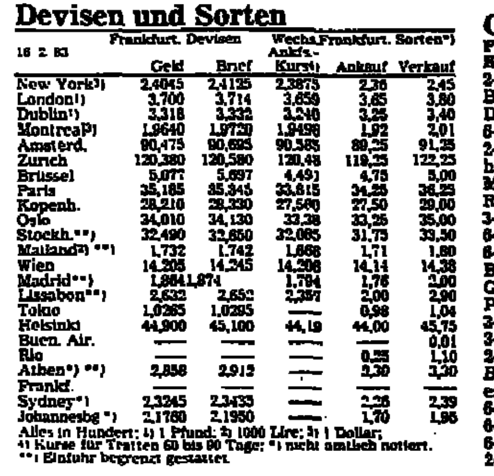
Unveränderte Zinsgegebenheiten am Euromarkt bewirkten keine wesentlichen Veränderungen am Terminmarkt.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,67/0,57	2,15/2,05	4,45/4,25
Pfund/Dollar	0,67/0,27	0,72/0,67	1,06/1,01
Pfund/DM	2,10/0,70	5,50/4,10	9,70/8,30
FF/DM	51/35	150/134	258/242

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Januar 1983 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1983/1 (Typ A) 5,00 (5,00) – 6,50 (5,73) – 7,00 (6,13) – 7,25 (6,38) – 7,75 (6,62) – 8,50 (6,88). Ausgabe 1983/2 (Typ B) 5,00 (5,00) – 6,50 (5,75) – 7,50 (6,16) – 7,25 (6,43) – 7,75 (6,70) – 8,50 (6,99) – 8,50 (7,21)

Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,60, 2 Jahre 6,48.

Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 7,25, Kurs 99,6, Rendite 7,35.



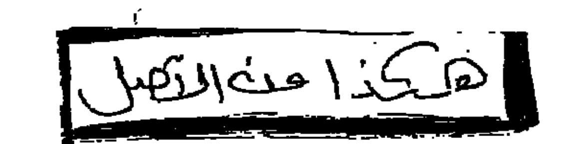
Devisen und Sorten

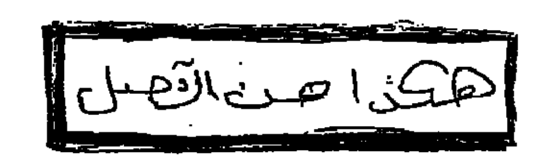
16. 2. 83	Frankfurt. Devisen Geld	Brief	Wechs. Frankfurt. Sorten*) Ankfs.-Kurs4)	Ankauf	Verkauf
New York3)	2,4045	2,4125	2,3875	2,36	2,45
London1)	3,700	3,714	3,659	3,65	3,80
Dublin1)	3,318	3,332	3,240	3,25	3,40
Montreal3)	1,9640	1,9720	1,9498	1,92	2,01
Amsterd.	90,475	90,695	90,385	89,25	91,25
Zurich	120,380	120,580	120,48	119,25	122,25
Brüssel	5,077	5,097	4,491	4,75	5,00
Paris	35,185	35,345	33,815	34,25	36,25
Kopenh.	28,210	28,330	27,590	27,50	29,00
Oslo	34,010	34,130	33,38	33,25	35,00
Stockh.**)	32,490	32,650	32,065	31,75	33,50
Mailand2) **)	1,732	1,742	1,666	1,71	1,80
Wien	14,205	14,245	14,208	14,14	14,38
Madrid**)	1,864	1,874	1,784	1,76	2,00
Lissabon**)	2,632	2,652	2,357	2,00	2,90
Tokio	1,0265	1,0295	—	0,98	1,04
Helsinki	44,900	45,100	44,19	44,00	45,75
Buen. Air.	—	—	—	—	0,01
Rio	—	—	—	0,25	1,10
Athen*) **)	2,858	2,912	—	2,30	3,30
Frankf.	—	—	—	—	—
Sydney*)	2,3245	2,3435	—	2,26	2,39
Johannesbg.*)	2,1780	2,1950	—	1,70	1,95

Alles in Hundert: 1) 1 Pfund; 2) 1000 Lire; 3) 1 Dollar; 4) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Optionshandel

Frankfurt: 16. 2.: 641 Optionen, 34 000 (22 150) Akt… **Kaufoptionen:** AEG 6–5,15, 3–3,40, 2–3,20, BASF … 2–4,20, Bayer 6–9,50, 3–6,60, 2–5, BMW 6–19,60, 2–10 … Bewag 6–6,60, BBC 6–19,40, Conti 6–7,50, 3–5,00, … Deutsche Babcock Stämme und Vorzüge 2–8, G… 6–15,40, 3–10, Hoechst 6–9, 3–7, 2–6, Hoesch 6–4,90, … 2–3,40, Karstadt 2–9,60, Lufthansa 2–7,60, 2–4,20, Lu… hansa Vorzüge 2–5, Mannesmann 6–12,30, 3–7,50, … Mercedes 6–28, Preussag 3–9,50, 2–6, RWE 3–10, 2–… RWE Vorzüge 3–10, Schering 2–12, Siemens 6–15 … 3–13,60, 2–12,80, Thyssen 3–4,50, 2–3,90, Veba 6–9, … 6–15, 3–10,50, 2–9,50, BHF-Bank 2–10, Commerzb… 6–12,50, 2–7, Deutsche Bank 6–20, 3–15, 2–13, Dresd… Bank 6–14,50, 2–7,50, Alcan 6–8, Chrysler 3–3,90, … General Motors 6–14, Litton 6–12,10, Xerox 6–1… Philips 6–2,60, Royal Dutch 6–7,20, Norsk Hydro 6… 3–7,50, 2–6,10. **Verkaufsoptionen:** AEG 2–2,80, Ba… 3–3,20, 6–3,90, BM 6–10,20, BBC 3–7,60, 6–12,50, C… 2–3,30, Deutsche Babcock 2–7, 3–9, 6–10, Deuts… Babcock Vorzüge 2–6,60, 3–7,60, 6–9,40, GHH 6–8, … esch 6–2,50, Kali + Salz 2–4,80, 3–5,50, Mannesm… 6–6,40, Preussag 3–6,60, Siemens 2–6, 3–7, Thy… 6–4,20, VW 6–8,50, Commerzbank 2–3,40, Deutsche B… 6–4,80, Alcan 6–5, Chrysler 2–2, 3–2,20, IBM 6–13, Li… 2–5,50, 3–6,60, 6–7,90, Norsk Hydro 2–3, 3–3,60, 6–5…





Renten nur wenig verändert

Die Märkte der festverzinslichen Wertpapiere verkehrten an der Mittwochbörse im Schatten der Aktien. In allen Teilbereichen verlief das Geschäft ausgesprochen ruhig. Für öffentliche Anleihen änderten sich die Kurse nur wenig, in der Spitze um einen Zehntelprozentpunkt nach oben und unten. DM-Auslandsanleihen konnten sich eben behaupten. Auch bei den Pfandbriefen gab es keine nennenswerten Kursrückschläge.

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

		16. 2.	15. 2.
6 dgl. 64 R	84	99,9G	99,9G
7½ dgl. 72	87	99,25G	99,5G
8½ dgl. 73	85	105	105
7 Essen 72	85	100,4	100,4
7½ Köln 71	83	100	100
6 München 63	83	99,9G	99,9G
6 dgl. 64	84	99,75G	99,75
6 Stuttgart 63	85	100G	100G
7½ dgl. 71	86	101,25G	101,5bG
7¾ dgl. 72	87	101,5bG	101,5G

Bundesbahn

		16. 2.	15. 2.
	4/84	100,45G	100,4G
…hn 58	10/83	99,9	99,9G
	5/83	100,4	100,45
	11/83	102,7	102,7G
	2/84	101,3	101,3G
	9/84	102,2	102,2G
	9/84	102,5G	102,5
	11/84	99,3	99,35
	2/85	99,9	100G
	2/85	105,7	105,7
	2/87	99,25	99,3

Sonderinstitute

	16. 2.	15. 2.
5 DSLB Pf 35	74,5	74,5
6 dgl. Pf 37	85	85
7 dgl. Pf 63	92	92
8 dgl. Pf 118	102	102
5 dgl. KO 36	97	97
5½ dgl. KO 45	96,5	96,5
7 dgl. KO 58	110	110
6½ dgl. KO 67	100	100
8½ dgl. KO 94	100,75	100,75

	16. 2.	15. 2.
7½ D. GiroKO 101	101,10	101,10
10 dgl. KO 125	104,20G	104,20G
9 dgl. KO 179	105,5	105,5G
9¾ dgl. KO 180	108,6G	108,6G
9½ dgl. KO 181	108,5G	108,5G
9 dgl. IS/K	101,15G	101,15G
6 D.Hyp.Brem.Pf118	82G	82G
7 dgl. Pf 125	98,15G	97,8G
6½ dgl. KO 125	95,5G	94,95G
6 Dt. Pfbr. A. Pf 92	84G	84G
7 dgl. Pf 130	93	93
6½ dgl. Pf 149	87,5G	87,5G
6½ D.Centrbd. Pf		
9 dgl. Pf 190		
7 dgl. KO 113		
6 DG HYP Pf 48		
5½ dgl. Pf 50		
7 dgl. Pf 69		
5¾ D. Gen. Bk. IS		
6 dgl. IS 71		
6¾ dgl. IS 73		
6½ dgl. IS 74		
6½ dgl. IS 75		

	16. 2.	15. 2.
8½ dgl. Pf 174	101,85	101,85
8½ dgl. Pf 175	102,3	102,3
7½ dgl. Pf 178	104,25	104,25
6 dgl. KO 39	82	82
7¾ dgl. KO 170	97	97
9 dgl. KO 180	105,35	105,35
6½ Mü.Hyp. Pf. 100	87,5bG	87,5bG
7½ dgl. Pf 111	97,5	97,5
7 dgl. KO 25	94,5	94,5
7 Nd.Hyp.W. Pf 28	96,5	96,5
6½ dgl. Pf 34	88	88
6 dgl. KO 27	85,25	84,5
9 Nord.LB IS 20	101,85	101,85

Bankschuldverschreib.

Industrieanleihen

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Optionsanleihen

Optionsscheine

Wandelanleihen

Privatplazierungen

DM-Auslandsanleihen

Wandelanleihen

Optionsscheine

Ausländische Aktien

Warenpreise – Termine

…leichten Verlusten schlossen die Goldnotierungen …enstag an der New Yorker Comex. Bruchteilig …notierte Silber. Sichtlich verbessern konnte sich …ich Kupfer. Durchweg schwächer gingen Kaffee …akao aus dem Markt.

…e und Getreideprodukte

…ago (c/bush)	15. 2.	14. 2.
	346,50	351,00
	358,50	361,50
	366,25	368,00
…peg (can. $/t)		
…cif.	15. 2.	14. 2.
…1 CW	231,36	231,06
…	209,71	210,86

Genußmittel

Kaffee	15. 2.	14. 2.
New York (c/lb)		
Terminkontr. März	125,45	126,90
Mai	120,30	121,50
Juli	115,80	119,95
Kakao		
New York ($/t)		
Terminkontr. März	1815	1835
Mai	1873	1895
Juli	1895	1915

Öle, Fette, Tierprodukte

Wolle, Fasern, Kautschuk

Zinn-Preis Penang

Deutsche Alu-Gußlegierungen

Edelmetalle

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Westdeutsche Metallnotierungen

NE-Metalle

Messingnotierungen

Internationale Edelmetalle

New Yorker Metallbörse

Londoner Metallbörse



Carl Heinz Schroth · Brigitte Horney · Rudi Carrell · Maria Schell · Hermann Prey

Zum 18. Mal wird die Goldene Kamera in Berlin verliehen

Begehrt wie kein anderer Fernsehpreis

Die Trophäe ist zweieinhalb Pfund schwer, außen von Gold, innen aus Sterlingsilber. Sie ist eine Nachbildung der ersten funktionierenden Fernsehkamera der Welt. Die Programmzeitschrift „Hör zu" stiftete diese „Goldene Kamera" vor 18 Jahren als Auszeichnung für besondere Leistungen im Fernsehen. Seitdem ist dieses sperrige Souvenir in der Branche begehrt wie kein anderer Fernsehpreis in Deutschland.

Auch in diesem Jahre vergibt die Redaktion der Fernsehzeitschrift die Preise in Berlin, und zwar am 24. Februar. Es sind hervorragende (respektive: erfolgreiche) Namen des Unterhaltungsgeschäfts, Unterhaltung weit gefaßt, aber es tritt zu ihnen auch dieses Jahr ein vom Publikum mehrheitlich ausgesuchter Preisträger, er stammt aus den Kreisen der politischen Informatoren, sein Name wird später bekanntgegeben.

Es sind verehrungswürdige alte Kämpen unter den Geehrten, Mimen, die tiefe Rillen in die Geschichte unseres Fernsehens und Films gegraben haben. Da ist zuvörderst zu nennen Carl Heinz Schroth, der Grand Old Man des TV-Geschäfts. Die Redaktion meint, sie müsse sich entschuldigen, daß er erst jetzt mit der Kamera bedacht werde. Der Preis galt denn auch mehr seinem „Ruhestand mit Hintertür". Wer von Schroth spricht, vergißt auch Brigitte Horney nicht, die nach einem reichen Leben aus der deutschen Filmgeschichte hinüberwechselte in das stille, sanft lächelnde Fernsehspiel mit Partner Schroth, auch sie wird nächste Woche das goldene Ding in der Hand halten.

Maria Schell hat ebenfalls die Ehrung durch ihre erstaunliche Wandlung verdient: Aus der Tränensuse löste sich ein Charakter, siehe: „Frau Jenny Treibel". Die Unverwüstlichkeit hat nur noch Rudi Carrell mit ihr gemein, jene Unverwüstlichkeit, die den Kalender vergessen läßt, die „Tages-Show" war eine junge Sendung, dafür die Goldene. Auch Hermann Preys Beliebtheit fand ihren Preis, die „Hör zu"-Redaktion wünschte sogar eine Stereo-Goldkamera herbei.

Der Journalismus hatte gleich zwei Preisträger, Marlene Linke mit ihrem informativen Bericht über das Wunschkind wurde „für verantwortungsvollen Journalismus" ausgezeichnet. Die andere Kamera ging an Horst Krüger, dessen literarischer Versuch, der Berlin-Liebe ein Denkmal zu setzen, viel Anerkennung fand: „Kurfürstendamm".

Eine andere Art der dokumentarischen Fernsehgestaltung übt Heinz Sielmann. Die Goldene Kamera gebührt ihm, so die Redaktion, für die Erlebnisnähe seiner Filme, die das schicksalhafte Miteinander von Mensch und Umwelt aufzeigen.

Wo soviel Gesichter vom Bildschirm her gewissermaßen direkt nach Berlin kommen, um die Preise entgegenzunehmen, ist es sicherlich auch statthaft, einem Mann den Preis zu gönnen, der hinter der Maschinerie des Fernsehens für Publikumserfolg sorgte: Wolfgang Rademann, dessen Publikumsträume mit Juhnke und Alexander sich in Einschalterfolge ummünzten, nicht zuletzt aber auch das „Traumschiff". Sein Beruf ist „Producer".

Es geht fast bei allen diesen Leuten laut zu, die sich an der handfesten goldschimmernden Belobigung erfreuen. Die leiseste Preisträgerin ist zugleich die jüngste: Dana Vavrova aus Prag, die der kleinen verfolgten Janina in „Ein Stück Himmel" Stimme, Gesicht und Seele lieh, eine Leistung der Fünfzehnjährigen, die weit über das Schauspielerische hinauswies. Eigentlich sollte ihre Goldene Kamera außerhalb der Konkurrenz *der Großen, der Alten, der Lauten,* der Erfolgreichen verliehen werden.

P.

Horst Krüger · Marlene Linke · Heinz Sielmann · Dana Vavrova · Wolfgang Rademann

KRITIK

Allen wohl und niemand weh

Wenige Stunden, ehe die Helau-Rufe verhallten, die bunten Kostüme und Narrenkappen wieder in den Schränken verschwanden, hat sich Uwe-Carsten Heye angeschickt, mit ernster Miene fürs ZDF Deutschlands Riesennarren, die „Mänzer Fassenacht", zu durchleuchten. **„Lieb' Fastnacht, mußt wachsam sein"**, ließ er den altbekannten, diversen Karnevalsbossen gar nicht grünen Mainzer Exaktivisten Herbert Bonewitz mahnen, und obwohl er die Frage „Hat die Mainzer Fastnacht noch eine Zukunft?" verbal *offenließ*, war die Antwort narrenklar: kaum.

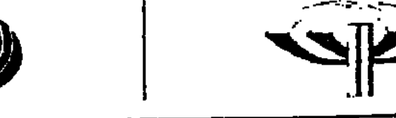
„Allen wohl und niemand weh", sei der Leitspruch seit Jahren, hieß es da, ein befragter Mainzer jammerte, daß man die ganze Fassenacht verkehrt, nämlich „von oben nach unten aufgebaut" habe, daß die „Fröhlichkeit gezwungen" und das allermeiste einfach „langweilig" geworden sei. Heye selbst blendete flüchtig zurück in jene Zeit, als sich die Fastnacht noch im bissigen Kampf geistreicher Leute aus dem Volk für die Demokratie ergangen hatte, frech und frei vor Fürstenthronen. Und so ließ er dann durch die literarisch-politische Palette durchglitzern, daß ein Quentchen von jenem politischen Impetus dringend der Erhaltung wert, aber eben spätestens im Licht des Fernsehens verbrannt sei.

Ein dreifaches Dank-Helau für die Selbstkritik. Und doch gebricht es diesem honoratiorenträchtigen, TV-eitlen Kurfürstenhallen-Karneval zuallererst nicht an politischem Äußerungsdrang, sondern schlicht an guten Ideen. Schon der Kontrast der heutigen Mainzer Fastnacht zu früheren Jahren, der hier in Bonewitz-Szenen von dazumal aufflackert, markiert den Abstieg recht wehmütig. Getrost aber hätte Heye auch jene andere Seite der Mainzer Fastnacht beleuchten können: das beschwingte, nicht am Aktuellen und Politischen, sondern an alten Lebensweisheiten des Volkes orientierte „Mänz bleibt Mänz".

Gottlob machen die Herren im Abendanzug, die reichdekolletierten Damen und die gepflegten Narren im Prachtschloß nicht den ganzen Mainzer Karneval aus. Und obwohl auch Heye dieser Gerechtigkeit wortreich die Ehre gab, ließ er uns partout nicht einen einzigen Blick in diese bunte Welt der traditionellen Volksfastnacht werfen.

HERMANN A. GRIESSER







ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

09.25 **Die Sendung mit der Maus**
10.00 **heute**
10.03 **Mensch, Berni ...**
11.30 **Grenzstation: Helgoland**
12.00 **Umschau**
12.10 **Bilanz**
12.55 **Presseschau**
13.00 **heute**

ARD

16.10 **Tagesschau**
16.15 **Ungewöhnlich leben**
Neue Reihe in acht Folgen
Beruf: Hausmann
Film von Ann Schäfer
In der Zeit der Arbeitslosigkeit werden viele Männer gezwungen, Aufgaben im Haushalt und bei der Kindererziehung zu übernehmen und ihrer Frau den Erwerb des Lebensunterhaltes zu überlassen. Meist tun sie das nur unwillig und fühlen sich gedemütigt. Im ersten Beitrag dieser neuen Reihe läßt Ann Schäfer Männer zu Wort kommen, die den Beruf des Hausmannes freiwillig gewählt haben in Übereinstimmung mit ihrer Ehefrau.
17.00 **Tom Sawyer und Huckleberry Finn**
Freiheit für Jim
17.25 **Wolkenreiter & Sohn (1)**
Zweiteiliges Spiel mit der Augsburger Puppenkiste
17.50 **Tagesschau**
dazw. Regionalprogramme
20.00 **Tagesschau**
Anschließend:
Parteien zur Wahl
Der 7. Sinn
20.18 **Deutschland vor der Wahl**
Hearing zur Außen- und Sicherheitspolitik
Der NATO-Doppelbeschluß
22.30 **Tagesthemen**
23.00 **Wenn die Nacht anbricht**
Amerik. Spielfilm, 1956
Ahnungslos leisten James Vanning und sein Freund, ein Arzt, zwei Gangstern erste Hilfe. Die Gangster versuchen die beiden zu töten, aus Furcht erkannt worden zu sein, aber Vanning überlebt.
00.30 **Tagesschau**

ZDF

16.00 **heute**
16.04 **Faszinierendes Weltall**
Die neue Astronomie
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 **Die Mumins**
Die Gefangenen des Hemul
17.00 **heute**
17.08 **Tele-Illustrierte**
Zu Gast: Acht große Männer des Jazz
17.50 **4 Hoffmanns und 5 Cupovics**
Neunteilige Fernsehserie
Warum die und *keine* andere
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 **Sherlock Holmes und Dr. Watson**
Der letzte Vorhang
19.00 **heute**
Anschließend:
Parteien zur Wahl
19.30 **Zirkus, Zirkus**
Attraktionen und Sensationen der Manege
Präsentation: Freddy Quinn
21.00 **heute-journal**
Anschließend:
Parteien zur Wahl
21.20 **Kennzeichen D**
Luthers Erbe in der DDR – Gedenkstätten und Feiern des staatlichen und kirchlichen Luther-Komitees / Bekanntgabe von Raketenstandorten in Rheinland-Pfalz / Bittere *Pille für die Pharmaindustrie* – ein kleiner Großhändler bietet deutsche Arzneimittel erheblich billiger an, weil er sie aus dem Ausland zurückimportiert.
Moderation: Joachim Jauer
22.05 **Das kleine Fernsehspiel**
Kamerafilm
23.35 **heute – Aspekte extra** „Die Geschwister Oppermann" – Auslandsreaktionen auf die ZDF-Verfilmung
0.35 **heute**

Nora von Collande und Hans Georg Panczak in der Serie „4 Hoffmanns und 5 Cupovics", ZDF, 17.50 Uhr FOTO: TELEBUNK

III.

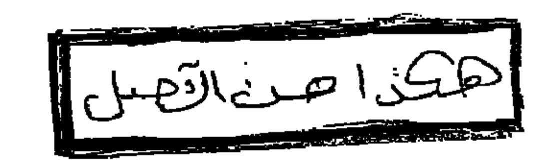
WEST
18.00 **Telekolleg**
Physik (7)
18.30 **Die Sendung mit der Maus**
19.00 **Aktuelle Stunde**
20.00 **Tagesschau**
20.15 **Zwölf Uhr mittags**
US-Spielfilm, 1952
21.35 **Filmtip**
21.45 **Wirtschaftsreporter**
Barlohn oder Sparlohn?
Vermögensbildung – wovon?
22.15 **Nachtschalter**
... unterwegs

NORD
18.00 **Die Sendung mit der Maus**
18.30 **Bauernmalerei (5)**
18.45 **Follow me**
19.15 **Was tun?!**
Zukunft verbaut
19.45 **News of the Week**
20.00 **Tagesschau**
20.15 **In der Reihe „Die großen und die kleinen Fluchten" (8)**
Messidor
Schweiz.-franz. Spielfilm, 1978
22.15 **Kultur aktuell: Film**
Berliner Filmfestspiele
23.00 **Brüder, es zieht ein Geruch übers Land**
Die Lieder des Carl Michael Bellmann
23.45 **Letzte Nachrichten**

HESSEN
18.00 **Die Sendung mit der Maus**
18.30 **Begegnung im Juli (1)**
Tschechosl. Spielfilm
19.15 **Der Flug des Kondor (1)**
Die Tierwelt der Anden
20.00 **Tagesschau**
20.15 **Filmstudio**
Kleine Fluchten
Spielfilm, Schweiz/Frankr. 1979
22.35 **Drei aktuell**
22.50 **Kulturkalender**
23.20 **Vor vierzig Jahren**
Sowj. Wochenschau 6+8, 1943

SÜDWEST
18.00 **Die Sendung mit der Maus**
18.30 **Telekolleg I**
19.00 **Fernsehspiel des Auslands**
20.35 **Bilderbogen:**
Porträt: Klaus Fußmann
21.00 **Sport unter der Lupe**
Nur für Baden-Württemberg
21.45 **Freiplatz**
Nur für Rheinland-Pfalz
21.45 **Magazin regional: Wirtschaft/ Wissenschaft**
22.15 **Zugabe**
Nur für das Saarland
21.45 **TV-Club Saar 3**

BAYERN
18.15 **The Sadrina Project (6)**
18.35 **Insekten: 5 Millimeter klein**
18.45 **Rundschau**
19.00 **Z. E. N.**
19.05 **Fernsehtheater**
Der Misanthrop
Komödie von Jean Baptiste Molière
20.45 **Rundschau**
21.00 **Leben mit der Gruppe**
21.45 **Heut abend ...**
Zum 100. Mal bei Joachim Fuchsberger und seinen Gästen
23.15 **Rundschau**



ʼickelzier ʼom Bier

Am. – Eigentlich müßte die jährige Helga Bode (Name von r Redaktion geändert) zufrie- en, ja glücklich sein. Weder Le- erschrumpfung noch Bauch- eicheldrüsen-Entzündung dro- en ihr, vor allem aber kann sie cher sein, keine Alkoholikerin werden. Sie ist nämlich auf lkohol allergisch, bekommt läschen am ganzen Körper, thmatische Anfälle und sinkt a Schock zusammen, wenn sie r einen Schluck Wein oder Bier inkt. Das ist sogar medizinisch tenkundig geworden. Helga ode suchte in München ärztli- en Rat und erzählte den Dokto- n des Universitätsklinikums n ihrem Ärger mit dem Alko- ol.

Die Ärzte freilich wollten ihr cht glauben und machten die robe aufs Exempel. Aus dem tomaten besorgten sie eine ichse Bier und forderten die tientin auf, einen kräftigen hluck zu trinken. Sie fügte sich die Anweisung, schließlich war es ein wichtiger diagnostischer hritt, den die Fachleute Provo- tionstest nennen. Nur wenige nuten nach dem Probetrunk kam sie weiche Knie, kollabier- und erlitt einen Schock. Den Doctores, die der ganzen Geschichte zunächst recht ungläubig gegenüberstanden, wurde auch ganz mulmig. Schnellstens schafften sie die Ohnmächtige in die Intensivstation und holten sie aus dem Schockzustand heraus. Was sie diagnostizierten, gehört zu den exotisch seltenen medizinischen Kabinettstückchen: die Alkoholallergie. Gewissermaßen ein Jahrhundertfall, den es genau zu dokumentieren und der Fachöffentlichkeit im Detail mitzuteilen gilt. Dafür sorgt die allergologische Abteilung der Dermatologischen Universitätsklinik München. Dort wurde unzweifelhaft bewiesen, daß es tatsächlich der Alkohol ist, was bei Helga Bode das Nesselfieber und die Hustenanfälle auslöst, und nicht etwa Aromastoffe oder Hefepilze. Wissenschaftlich aufbereitet, erscheint dieser Fall demnächst in dem englischen Fachblatt „Lancet".

Was nun aus Helga Bode wird? Die medizinische Großtat erschöpft sich in der Diagnostik. Therapeutisch ist die Sache klar: Alkoholkarenz. Sie muß also zumindest die nächsten Jahre ohne all die flüssigen Genüsse auskommen. Vielleicht gibt sich ihr angeborener Defekt in einigen Jahren wieder, so wie auch erst vor wenigen Jahren die allergischen Reaktionen aufgetreten sind. Sicher wird sie dem Rat des Allergologen folgen, denn die Strafe, das weiß sie nun, folgt auf dem Fuß.

r Gitarrist Andrés Segovia wird 90 Jahre alt

„Er benutzt die Nägel!"

e Lebendlegende wird neun- g; niemand weiß genau, ob am 17., am 19., 20. oder 21. ar sein wird, und er selbst hat us welchen Gründen immer, im ersten Teil seiner Autobi- verschwiegen. Möglich, daß rsonenkultischen Festivitäten eugen, als Person hinter der en Leistung bewußt zurück- wollte. Beides konnte ihm gelingen: Andrés Segovia, en die meisten, sei am 17. Fe- 1893 im spanischen Linares Welt gekommen, in eine Welt l, die klavierverliebt und für ie Gitarre etwas war, das trotz ndo Sor, Mauro Giuliani, isco Tárrega, Emilio Pujol Miguel Llobet im Sinne der ertsaalmusik längst nicht zunehmen war.

t Segovia mußte also kom- um das sechssaitige Instru- zu dem zu machen, was es ist: ein in den Konzertsälen ganzen Welt respektiertes In- ent, ein tragbares Orchester, as zu schreiben seit Segovia viele Komponisten längst tverständlich ist. „Es gab da- keine Komponisten, die spe- für die Gitarre schrieben", ert sich der Maestro, „weil es ch keine Gitarrenvirtuosen



r der klassischen Konzert-Gi- : Andrés Segovia FOTO: DIE WELT

– und die gab es nicht, weil es Repertoire für sie gab. Ich versucht, diesen Kreis zu hbrechen, indem ich einfach meine Komponistenfreunde rach. Extra bestellt habe ich twas; sie komponierten spon- ür mich", sagt er, „und nach- sie dann meine Interpretati- gehört hatten, schrieben sie er mehr für mich, weil sie lich die Gitarre so sehr lieb- Joaquín Turina, Federico Mo- -Torroba, Mario Castelnuovo- sco, Alexandre Tansman, Hei- Villa-Lobos – sie alle schufen Werke für mich."

d heute? „Heute schreiben ponisten weiter für die Gitar- ber unabhängig von mir. Ben- Britten hat für Julian Bream, re haben Konzerte und Solo- te für John Williams kompo- ." Ergo: Das Repertoire heute m Gutteil ein echtes Gitarren- toire und eben nicht mehr nur dem Segovia sich als junger n gegenübersah: Musik, die kribiert werden mußte, sei nun eine Suite für Violoncello, Toccata für Cembalo oder ein Werk für Laute oder ela.

r Weg zur Emanzipation war und dornig. Mit 14 gab der e Autodidakt sein erstes Solo- ert in Granada, im Jahr darauf h 15 Konzerte in Barcelona; zog er, einem Wahlkämpfer h, bis in die letzten Winkel es Heimatlandes, um den ver- rten Traditionalisten zu be- en, wohin der neue Gitarren- zu gehen habe. Noch schimpf- Skeptiker wie Berlioz, die Gi- könne nie einen Saal klang- ausfüllen. Doch als der knapp rige nach einer triumphalen ertreise durch Südamerika 1924 sein Pariser Debüt gibt, sitzt im Parkett auch Manuel de Falla, der prompt für Miguel Llobet das erste Gitarrenwerk des 20. Jahrhunderts verfaßt, die „Homenaje pour le Tombeau de Claude Debussy".

Und: Segovia wird einer der ersten klassischen Gitarristen sein, die sich das neue Medium Schallplatte nutzbar machen und damit die neue Botschaft in alle Welt zu tragen vermögen, obwohl Segovia heute selbst eingesteht, daß „der Klang der Gitarre auf Platte nicht die Delikatesse, die Poesie und die Nuanciertheit hat, die im Klang der ‚live' gespielten präsent sind".

Vom Ende der zwanziger Jahre an jedenfalls beginnt der unaufhaltsame Siegeszug des Instruments, und heute ist kein Gitarrist mehr denkbar, der in Andrés Segovia nicht überzeugtermaßen den eigentlichen Vater der klassischen emanzipierten Gitarre sähe. Ob ein Ex-Beatle wie George Harrison, Jazz- und Folkloregitarristen wie Charlie Byrd oder der große Laurindo Almeida oder das Heer der immer jünger werdenden klassischen Talente – sie alle nennen seinen Namen ganz obenan.

Dabei spielt es keine Rolle, daß sich, durch etwas, was man behutsam eine „Segovia-Schule" nennen mag, die Interpretationsauffassungen fast radikal geändert haben, fort vom subjektivistischen Spätromantizismus Segovias, jenes „grand bonhomme" (Hermann Leeb), der, ähnlich wie sein Cello-Kollege Casals, seine Aufgabe darin sah, das Werk *sich* und nicht sich dem Werk zu unterwerfen. Heute ist einfach selbstverständlich geworden, daß ein junger Gitarrist in seinem Konzert etwa eine eigene Bach-Transkription vorstellt. Zwar erkennt er in Segovia nach wie vor den Meister, nur muß es heute gestattet sein, aufbauend auf ihm nach neuen Ausdrucksweisen zu suchen, ohne als Ketzer an den Pranger gestellt zu werden.

Segovia selbst sieht das auch so, er weiß noch allzu genau um den Kampf, dem er sich dereinst ausgesetzt sah, als die Anhänger Tárregas in dem jungen Aufsteiger aus Linares einen Beschmutzer des Heiligsten erkannten. „Er ist so weit davon entfernt, die geheiligte Schule unseres geliebten Tárrega zu begreifen! Schon auf den ersten Blick kann man erkennen, wie achtlos er seine Hände hält ... Das Schlimmste, lieber Pater, ist: Er zupft die Saiten mit seinen Fingernägeln!" So lamentierte ein typischer Tárregomane damals in einem Brief an einen Pater in Valencia.

Entspanntere Handhaltung, reichere Möglichkeiten der Dynamik durch Kuppen- wie Nagelspiel: Da sind Dinge, die auch heute noch allenthalben Gültigkeit haben, ganz gleich, wie man dem heutigen Zeitgeist gemäß zu Fragen der Interpretation stehen mag. „Unsinn", mokiert sich Segovia über die Dogmatik der Tárrega-Schule, „das Volumen der Gitarre wird doch dadurch reduziert. Wenn die einen Akkord *forte* spielen sollten, war das wie Pfeil und Bogen. Mehr Geräusch als Musik. Damit geht doch aller Reichtum, alles Timbre verloren – all die schönen Allusionen an Oboe, Flöte, Cello ..."

Wer den großen alten Mann der Gitarre noch im letzten Jahr erleben konnte, mußte erkennen, daß die eigentliche „Ära Segovia" ihren Abschluß gefunden hat, die Zeit der Ablösung längst musikalischer Alltag geworden ist. Zwar spielt der Maestro noch, doch ist die Stimme alterszart geworden. Was blieb, was bleibt, ist das Wissen um mehr als 70 Jahre devoter Hingabe an das Instrument. Bleibt jetzt noch zu offen, daß der Alte von Linares seine Biografie doch noch zu Ende schreiben möge.

Für seine Schüler, für deren Schüler und für alle, die noch kommen werden ...

ALEXANDER SCHMITZ

Huldigung an den Apostel des gewaltlosen Widerstands: Richard Attenboroughs Film „Gandhi"

Bapu überstrahlt den Glanz des Imperiums

Da der Tatbestand als bekannt vorausgesetzt wird, kann der Film mit dem tragischen Ende der Handlung beginnen, ohne an Spannung einzubüßen: Am 30. Januar 1948 zeigt sich der greise Mahatma Gandhi im Garten einer Villa in Neu-Delhi wieder einmal seinen begeisterten Anhängern. Durch die Menge drängt sich ein junger Mann mit stechendem Blick, er sinkt vor dem „Bapu" (Vater) der eben unabhängig gewordenen indischen Nation auf die Knie – und streckt ihn mit mehreren Schüssen aus einem Revolver nieder.

Die gleiche Szene schließt das mehr als drei Stunden dauernde monumentale Leinwanddrama ab. Dazwischen die gewaltige Rückblende, die das Leben eines großen Menschen und eine bewegte zeithistorische Ära zu fassen versucht. Das geschieht hier auf Kosten der politischen Entwicklungen, zugunsten der äußerst liebevollen Zeichnung eines Charakters, der wie kein zweiter in moderner Zeit die Seelen von Millionen bewegte.

Dieser Film ist eine Huldigung für Mahatma Gandhi. Daß seine hagiographische Grundstimmung nie ins Unglaubwürdige oder gar Peinliche umkippt, ist dem phantastischen Hauptdarsteller Ben Kingsley zu verdanken, einem Briten indischer Abstammung. Seine Verkörperung des Apostels des gewaltlosen Widerstandes ist eine beispiellose Leistung, für die man einen Sonder-Oscar stiften sollte.

Kingsley als elegant gekleideter junger Anwalt seiner diskriminierten Rasse im Südafrika des ausgehenden 19. Jahrhunderts, als widerwilliger Triumphator bei seiner Rückkehr in die Heimat, als kahlköpfiger Guru im selbstgewebten weißen Leinengewand – sein Spiel ist immer wie aus einem Guß. Er hält die Figur in souveränster Weise durch die unaufdringliche Propagierung ihrer Wesenstugenden zusammen – Verstehen, Mitleid, Güte.



Verblüffende Ähnlichkeit: Ben Kingsley (Mitte) als Mahatma Gandhi in Richard Attenboroughs Film FOTO: COLUMBIA

Fast vergißt man darüber den unbeugsamen politischen Willen, der alle Aktionen Gandhis motiviert. Seine sanfte Methode des Kampfes um die Befreiung einer alten stolzen Kulturnation aus dem Kolonialjoch erscheint oft als in sich selbst geheiligter Zweck, als überzeitlicher Wert und mithin Vorbild für Nachgeborene in allen Ländern. Vielleicht war dies eine ideolatrische Nebenabsicht von Regisseur Richard Attenborough, der aus seiner grenzenlosen Verehrung des indischen Volksführers kein Hehl macht. Näher liegt allerdings der Verdacht, daß Attenborough mit seinem Riesenfilm einen Akt stellvertretender Gewissensentlastung vollzieht. Der Kolonisator bekennt. Dies ist ein Stück britischer Vergangenheitsbewältigung.

Das fällt eklatant auf bei der Behandlung des blutigen Massakers von Amritsar, wo 1919 auf Befehl eines bornierten britischen Generals mehr als 1500 unbewaffnete Demonstranten, darunter Frauen und Kinder, brutal niedergemetzelt wurden. Die Szene wird bis zum Unerträglichen ausgespielt. Die Panik der wehrlosen Opfer im Kugelhagel der Pelotons, das Grauen des unverdienten Todes, die Gnadenlosigkeit der Scharfrichter resultieren in einem Inferno, das keinem Holocaust nachsteht. Hier wird ganz deutlich nationale Scham enthüllt.

Sonderbar leicht kommen demgegenüber die nicht minder ungeheuerlichen pakistanisch-indischen Greuel nach der Teilung des Subkontinents davon, an welcher der Hindu Gandhi wenn keine persönliche, so doch eine historische Schuld trägt. Man kann es ja als eine Rache der Geschichte ansehen, daß der Mahatma ausgerechnet von einem fanatischen hinduistischen Inder ermordet wurde. Der Film aber will davon nichts wissen. Attenborough verharmlost den Konflikt sentimentalisch, indem er den Bapu mit einem seiner Hungerstreiks die tödliche Kluft zwischen Hindus und Moslems überbrücken läßt. Das gute Image des Mahatma durfte nicht getrübt werden.

Die Gandhiphilie des Regisseurs und seine Gestik der Abbitte reichen bis in die letzten Verzweigungen des Films. Die indischen Protagonisten sind mit erkennbarer Sorgfalt nicht nur nach den Kriterien physischer Ähnlichkeit mit den realen Personen ausgewählt, sie agieren darüber hinaus rundum sympathisch im Dienst der gerechten Sache.

Roshan Shet etwa ist ein Pandit Nehru, genau wie man ihn von Fotos kennt und wie er sich als erster Premierminister besser für sein Land gar nicht hätte einsetzen können. Es war schließlich auch der wirkliche Pandit Nehru, der das Projekt gefördert hatte, mit dem Attenborough zwanzig Jahre lang schwanger ging, bevor er es jetzt mit Hilfe der staatlichen indischen Filmförderung realisieren konnte. Auch Nehrus Tochter Indira Gandhi unterstützte den Briten nach Kräften – gegen den Widerstand einheimischer Intellektueller, die das weltweit verbreitete Mediendenkmal ihres Mahatma keinem Ausländer anvertrauen wollten.

Insofern mögen außer dem genuinen persönlichen Engagement von Sir Richard taktische Finanzierungserwägungen mit im Spiel gewesen sein, die ihn zu manchen „Schönungen" bewogen haben. Sie erklären aber nicht, warum er die Vertreter der Kolonialmacht in Indien durchweg als hybride Karikaturen hinstellt. Er hat die Crème englischer Schauspielkunst aufgeboten – unter anderen Trevor Howard, Sir John Gielgud, Edward Fox, John Mills –, um die Generalität, die Richter und den Vizekönig als unverständige Tröpfe zu entlarven. Er hat den Glanz des Imperiums vollkommen seinem Idol geopfert. Richard Attenborough hat zum ersten Male ins Massenmedium umgesetzt, was seit je schon in Büchern und auf der Bühne (z. B. Charles Woods „Monologe vor brennenden Städten") im Gewissen des Vereinigten Königreiches umging: Die Schuld gegenüber Indien, die noch heute angesichts der restriktiven Einwanderungsgesetze nicht überwunden ist.

Obwohl er eine eminent britische Angelegenheit ist, rührt dieser Film auch uns an. Die verzerrende Verteilung der zeithistorischen Gewichte lenkt von den überragenden menschlichen Qualitäten des Helden nicht ab. Man darf glauben: So war Gandhi, ein „halbnackter Fakir", wie Churchill ihn nannte, und doch ein Beweger der Weltgeschichte aus reiner Integrität. Ein hinduistischer Parsifal, dem es an gerissenem Bezug zur politischen Realität nicht fehlte.

Hinzu kommt, daß der Regisseur sein Handwerk perfekt versteht. Das haben wir schon in seinen internationalen Erfolgen wie „Oh, What a Lovely War" oder „Die Brücke von Arnheim" gesehen. Er ist ein Meister des Spektakels, ein Beherrscher von Massenszenen. Für die nachgestellte Beerdigung des Mahatma brachte er 250 000 Komparsen auf die Beine. Nur Zehntausende waren es bei der berühmten Verbrennung englischer Tuche zur Unterstützung der indischen Web-Industrie. Aber immer ist viel los auf der Leinwand.

Es heißt, daß die Produktion rund 22 Millionen Dollar gekostet hat. Für manches Thrillerspektakel wurde schon mehr Geld vergeudet. Für den Mahatma ist es, bei allen Abstrichen, auf keinen Fall zuviel.

ALFRED STARKMANN

Statt Karneval: J. Schaaf inszeniert Beaumarchais' „Tollen Tag" am Düsseldorfer Schauspielhaus

Die Axt auf dem Regiepult erspart das Rokoko

Was spielt man im Theater, wenn am Rhein die tollen Tage ausbrechen? Das Düsseldorfer Schauspielhaus hat auf diese verzwickte Frage jetzt endlich die plausible Antwort gefunden: Man gibt kurzerhand „Der tolle Tag" von Beaumarchais. Johannes Schaaf, immerhin, führte Regie, man durfte gespannt sein.

Und tatsächlich: Im zweiten Akt denkt man, Schaaf zaubert. Susanne verläßt das Zimmer der Gräfin – wie anders, wenn nicht durch die Tür, die danach niemand mehr berührt. Und doch muß diese Tür gleich darauf erst aufgesperrt werden, wenn der Graf eintreten will. Den Pagen Cherubin steckt man derweil ins Garderoben-Kabäuschen, das säuberlich verschlossen wird; den Schlüssel hat die Gräfin. Aber sieh an: Kaum hat sie mit dem Gemahl das Zimmer verlassen, kann der Page die Tür von innen öffnen!

Über solche Künste staunt man jedesmal wieder – übrigens auch bei Düggelin in Düsseldorfs Opern-„Figaro". Aber das hat mit dramaturgischer Raffinesse nichts zu tun. Das passiert regelmäßig, wenn ein Regisseur in diesem Verwirrspiel die Orientierung verliert. Doch wer hätte das schon von Johannes Schaaf erwartet?

Daß die Männer als Opfer des amüsanten Mini-Komplotts vorgesehen sind, hat ja seine Richtigkeit. Aber doch die im Stück: der Graf und schließlich Figaro selber. Man weiß es ja längst, Frauen sind die besseren Intriganten – und die geistreicheren.

Jedenfalls bei Beaumarchais. Aber von dessen Esprit fehlt in Schaafs Arbeit jede Spur, ebenso vom Zauber des Originals. Schon die Übersetzung ist wie mit der Axt auf den Rokoko-Text losgegangen, so daß sich dessen Anmut in einen grob zugehauenen Holzkloben verwandelt. Szenen und aktuelle Anspielungen gegen Männerherrschaft und Frauenunterdrückung sind eingefügt – ohne daß das Spiel dadurch zu neuer Brisanz gelangte.

Kann es ja auch nicht. Die revolutionäre Sprengkraft, die das Stück einmal gehabt haben mag, seine adlige „Lust am Untergang", ist heute allenfalls noch zu ahnen – wenn man nicht nur die Kostüme, sondern auch das Milieu und den Bildungsstand der Figuren genau zeichnet. Bei Schaaf indes benehmen sich Gräfin Rosina (Gabriele Köstler), einst Mündel des Arztes Bartolo, und Zofe Susanne (Christa Posch) wie die Marktweiber. Der Graf (immerhin Wolfgang Arps!) ist nichts als ein habsüchtiger Gockel. Figaro schließlich läßt alles vermissen, was er in seinem großen Monolog im fünften Akt an Studiertheit und Weltläufigkeit aufzählt: Jan Eberwein gibt ihn lediglich als bauernschlauen und frechen Rüpel.

Wenn es soweit ist – Schaaf gibt den Monolog bei aufgezogenem Licht wie eine antike Parabase des Aristophanes –, ist der Dampf übrigens längst raus. Die schier chaotische Turbulenz, das ganz und gar unübersichtliche Durcheinander der Inszenierung, die Schaaf im Gerichtsakt schon wieder altmodisch weit ins Parkett spielt, läßt die mehr als drei Stunden dauernde Aufführung gewaltig durchhängen. Schon vor der Pause weckt sie nicht das geringste Interesse mehr.

Deshalb versteht man hernach freilich besser, warum Figaros Hochzeit samt Briefszene und Tanz ausgerechnet in einer Scheune, zwischen Bündeln aus Stroh stattfindet. Sie sollen gewiß den gedanklichen Aufwand des Regisseurs symbolisieren.

KATHRIN BERGMANN

Erinnerungen im maurischen Stil: Zur Ausstellung „Synagogen in Berlin"

Beim Trödler fand man einen Schatz

Wenn ich an Berlin denke, gehen meine Gedanken zurück an unsere prachtvollen Synagogen", hat einer der letzte Rabbiner der jüdischen Gemeinde in der Verfolgungszeit, Manfred Swarsenski, noch kurz vor seinem Tode 1981 in Madison/USA, niedergeschrieben. In keiner anderen Stadt Europas hat es so viele Synagogen gegeben. Neben zwölf Gemeindesynagogen existierten auch noch rund 70 Vereinsynagogen. Daran erinnert jetzt eine Ausstellung im Berlin-Museum.

Die älteste Synagoge in der Heidereuter Gasse war bereits zur Zeit des Soldatenkönigs entstanden. Alle übrigen Gemeindesynagogen Berlins konnten erst nach 1853 gebaut werden, als langsam die rechtliche Gleichstellung der Juden und der jüdischen Gemeinden vorankam. Als letzte wurde Alexander Beers Synagoge in der Prinzregentenstraße 1930 eingeweiht.

Wenn diese Ausstellung nur sparsam ihr Material ausbreiten kann, so wird darin auch deutlich, wie wenig Unterlagen erhalten geblieben sind. So wurden die Pläne für die von Eduard Knoblauch entworfene, von August Stüler ausgeführte Liberale Synagoge in der Oranienburger Straße kürzlich sogar in letzter Minute vor ihrer endgültigen Zerstörung bei einem Trödler erworben. Die als Ruine in Ost-Berlin noch „erhaltene" Synagoge galt als einer der berühmtesten jüdischen Kultbauten in Deutschland und wurde in einer Architektur-Beschreibung 1883 als „Zierde der Stadt, eine der beachtenswertesten Schöpfungen der modernen Architektur im maurischen Styl" bezeichnet. Von den früheren Gemeindesynagogen stehen heute sonst nur noch das restaurierte Gotteshaus in der Rykestraße und in West-Berlin die Synagoge auf einem Hinterhof der Pestalozzistraße und die umgebaute frühere Jugendsynagoge am ehemaligen Cottbuser Ufer.

Das Ausmaß der Vernichtung jüdischer Gotteshäuser durch die Barberei der „Kristallnacht" und die Verheerungen des Krieges, aber auch jene Form beiläufiger Verdrängung durch denkmalpflegerische Gedankenlosigkeit spricht nicht zuletzt aus den Fotografien jener Plätze mit jener Eindringlichkeit, an denen einmal Synagogen gestanden haben.

Diese Dokumentation einer zerstörten Architektur wird nicht zufällig gerade in diesen Tagen veranstaltet. Noch im Januar 1933 ist in der Oranienburger Straße das Jüdische Museum eröffnet worden, das bis 1938 bestand und sogar noch mit verschiedenen Sonderausstellungen hervortrat.

Die jetzige Ausstellung wird durch schöne Kultgegenstände der Jüdischen Abteilung des Berlin-Museum ergänzt. Da sieht man Bessamim-Büchsen, Tora-Schilde, Sabbat-Leuchter, Kiddusch-Becher, aber auch so schrecklich beredte Zeugnisse wie die aufgenähten Stoffsterne der Nazizeit. Ein weiteres, nicht zu übersehendes Argument dafür, daß diese Abteilung endlich ein eigenes bleibendes Domizil benötigt. Gerade dieses kulturpolitische Vorhaben ist am wenigsten angetan, auf lange Bänke geschoben oder auf eine finanziell gesegnetere Zukunft vertröstet zu werden. (Bis 20. März; „Synagogen in Berlin", zwei Bände, Verlag W. Arenhövel, 39 Mark; „Das Berliner Jüdische Museum", 8 Mark)

PETER HANS GÖPFERT



„Eine Zierde der Stadt": Die Synagoge in der Oranienburger Straße, nach einem Gemälde von de Cauwer (1865), aus der Berliner Ausstellung FOTO: KATALOG

JOURNAL

Theaterarchiv von Hamburg nach München

lno. Hamburg/München

Das vom Hamburger Dramaturgen und Theaterwissenschaftler Wilhelm Allgayer 1952 eingerichtete Theater-Archiv soll an das Deutsche Theatermuseum in München übergeben werden. Entsprechende Verhandlungen zwischen beiden Seiten sind im wesentlichen abgeschlossen, die Übergabe soll bis zum 31. Dezember beendet sein.

Das Archiv enthält mehr als 45 000 Titel urheberrechtlich geschützter Bühnenstücke, Originale, Übersetzungen, Bearbeitungen sowie Angaben über Autoren, Titel und Titelvarianten, Nachdruckrechte, Vertrieb und Subvertrieb im deutschsprachigen Raum. Hinzu kommt eine umfangreiche Sammlung von Aufsätzen zu Bühnenautoren und -werken. Mit dem Erwerb des Archivs will das Deutsche Theatermuseum die Fortsetzung und den Ausbau dieser für Theater, Presse, Funk, Fernsehen und Verlage sowie für die Literaturwissenschaft wichtigen Arbeit sichern.

Paris: Strehler leitet das neue Europa-Theater

dpa, Paris

Der italienische Regisseur Giorgio Strehler, der jetzt zum Ritter der französischen Ehrenlegion ernannt wurde, hat für drei Jahre die Leitung eines „Théatre de l'Europe übernommen. Das im vergangenen Jahr ins Leben gerufene „Europa-Theater" wird in den ersten drei Jahren jeweils von September bis Februar im Gebäude des „Odéon" in Paris insgesamt zwölf Stücke vorstellen, davon acht oder neun Koproduktionen. Strehler bleibt weiterhin Direktor des Mailänder „Piccolo Teatro".

Ramses-Statue von Kairo gefährdet

dpa/UPI, Kairo

In Kairo haben Restaurierungsarbeiten zur Rettung der durch Luftverschmutzung gefährdeten Statue von Ramses II. begonnen. In dem acht Meter hohen Denkmal sind Risse aufgetreten. Die Skulptur steht auf dem Platz von Kairos Bahnhof, einem der belebtesten Punkte der Hauptstadt. Sie war 1954 von Oberägypten nach Kairo gebracht worden.

Neue Manuskripte von Jules Verne

AFP, Nantes

Bisher unveröffentlichte Manuskripte von Jules Verne (1828 bis 1905) werden demnächst von der Geburtsstadt des Schriftstellers Nantes in der Bretagne herausgegeben. Die Stadt kaufte den Hinterbliebenen des Autors für 6,6 Milllionen Francs (rund 2,3 Millionen Mark) über 1000 unveröffentlichte Schriften ab. Die Sammlung umfaßt Romane, Gedichte und Briefe, die Verne zum Teil bereits als Achtjähriger verfaßt hat.

Kunstpreis Berlin für Rolf Gutbrod

PHG, Berlin

Den Großen Kunstpreis Berlin, der in diesem Jahr auf dem Gebiet Baukunst vergeben wird, erhält der Architekt Rolf Gutbrod. Gutbrods Werk umfaßt Bauten wie die Stuttgarter Liederhalle (1956), den deutschen Pavilllon auf der Expo' in Montreal (1967), das Konferenzzentrum in Mekka (1974) und das King's Office Council of Ministers Building in Riad. Zumal in Berlin, wo allmählich Gutbrods Planungen für die fünf Museen abendländischer Kunst am Tiergarten realisiert werden, dürfte die Verleihung des Kunstpreises nicht widerspruchslos diskutiert werden.

„Was kommt denn noch aus Frankreich?"

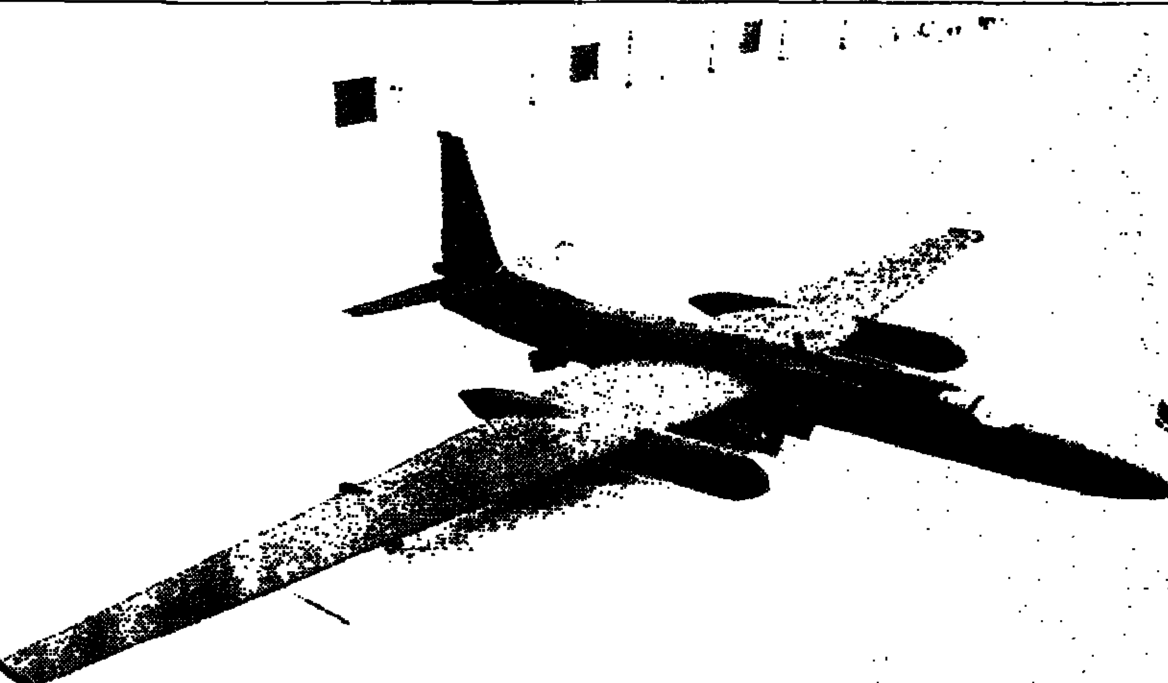
Der Pariser Kulturkongreß, zu dem sich auf Kosten des französischen Steuerzahlers einige hundert Intellektuelle aus aller Welt in Paris versammelt hatten, hat in den USA erhebliche Heiterkeit ausgelöst. „Hunderte der kreativsten Leute unseres Erdballs verschwendeten ihre Zeit auf französische Staatskosten, um sich gegenseitig zu versichern, daß ‚Dallas' unter ihrem Niveau sei", mokierte sich z. B. der Feuilletonchef des „Wall Street Journal", Raymond Sokolov. „Falls ich sie nicht mißverstanden habe, wünschten die Teilnehmer, daß ‚Dallas' und ähnliches Zeug unterdrückt würde. Aber durch wen? Und mit welchen Methoden?"

Raymond Sokolov empfindet die Haltung der französischen Gastgeber als „xenophobische Arroganz" und meint: „Statt sich über ‚Dallas' aufzuregen, sollte man lieber darüber nachdenken, warum Frankreich in der heutigen aktiven Weltkultur eine Nullität ist. Statt sich als Retter der Kultur unseres Planeten aufzuspielen, sollte man fragen, warum Frankreich in den letzten zwanzig Jahren, mit Ausnahme von Michel Tournier, keinen einzigen wirklich wichtigen Romancier hervorgebracht hat, warum Frankreich auf dem Gebiet der bildenden Künste unsichtbar ist, warum die ganze Welt über die Bombastik der traditionellen französischen Rhetorik lacht, die heute noch in den archaischen französischen Schulen gelehrt und vom französischen Kulturministerium praktiziert wird". (SAD)



Das größte militärische Geheimnis der USA seit dem Bau der Atom-Bombe: das Spionageflugzeug U-2

FOTOS: LOCKHEED



Von außen unterscheidet sich die TR-1 kaum von ihrer Vorgängerin – ihr Innenleben kennen nur wenige.

Pechschwarzer Nachfolger für den Spion aus der „Stinktier-Fabrik“

Europäer bekamen erste TR-1, neue Version des atmosphärischen Höhenaufklärers U-2

Von ADALBERT BÄRWOLF

Auf der Matte zum Eingang des Geheimschuppens der Lockheed-Werke mit der Hausnummer 2555 am North Hollywood Way im kalifornischen Burbank steht „Skunk Works“ – die Stinktier-Fabrik. *Weiter ist noch kein Journalist gekommen.* Wer mehr weiß, der weiß dies: Im letzten Jahr des letzten Weltkriegs bauten die Amerikaner hier unter strengster Geheimhaltung ihren ersten Düsenjäger, die F-80 „Shooting Star“. Ein Ingenieur, neu am Projekt, war eines Tages allein in der Halle mit dem geheimen Flugzeug, als das Telefon klingelte. Der Neuling wußte nicht, wie er sich melden sollte, sagte einfach „Skunk Works“ in Anlehnung an Walt Disneys Comics-Figur. Fortan trug Amerikas supergeheimste aeronautische Werkstatt den Namen, der dem Lockheed-Chefkonstrukteur Clarence „Kelly“ Johnson gewaltig stank.

Erst 1964, als US-Präsident Johnson einer verblüfften Welt die *Konstruktion der experimentellen* A-11 aus den „Skunk Works“ von Burbank vorstellte, jene Maschine, die schneller flog als eine Gewehrkugel, verwandelte sich der Stinktiername in ein goldenes Wort, zu dem die restliche amerikanische Flugzeugindustrie voller Neid aufblickte.

Der größte Wurf der „Skunk Works“ war jedoch der berühmte und berüchtigte atmosphärische Höhenaufklärer U-2, in der der Spionage-Pilot Gary Powers am 1. Mai 1960 in 20 000 Meter Höhe über Swerdlowsk abgeschossen wurde. Und dessen leistungsmäßig stark frisierte Variante, die TR-1, in den letzten Tagen in dem ersten Exemplar als taktischer Stratosphärenaufklärer in Europa eingetroffen ist.

Der Bau der U-2 in dem Geheimschuppen von Burbank und der Erstflug der pechschwarzen Maschine über einem Trockensee in der Wüste von Nevada war 1955 das größte militärische Geheimnis seit dem Bau der Atombombe zehn Jahre zuvor. Die unbekannte Story über die Vorbereitungen zum ersten U-2-Flug hat Züge eines Thrillers aus dem an Burbank angrenzenden Hollywood: Eines Tages ließ Kelly Johnson den Chef-Testpiloten Tony LeVier, der etwa ein Jahr zuvor als erster den Starfighter geflogen hatte, zu sich kommen. „Willst du mein neuestes Flugzeug fliegen?“ fragte der Konstrukteur. „Wie sieht's denn aus?“ meinte der Pilot. – „Kann ich dir nicht sagen. Ich möchte ja oder nein hören.“ LeVier sagte ja, und *Kelly Johnson zeigte ihm ein Foto.*

Von innen sah das Cockpit der U-2 aus wie das des Starfighters. Aber anstelle des Steuerknüppels hatte die U-2 mit ihren 24 Meter gestreckten Flügeln wegen der großen Steuerkräfte ein Rad. Die Suche eines geeigneten geheimen Startplatzes war LeViers erste Aufgabe. Verkleidet als Jäger fanden der Pilot, der Konstrukteur und ein Beamter des Geheimdienstes CIA diesen Platz auf dem Trockensee Groon Lake, einer Öde zwischen der Spielhöllenstadt Las Vegas und den Atomtestgründen Mercury nördlich des US-Highway 95. Der Pilot sammelte persönlich wochenlang Steine und Vegetationsreste auf und markierte schließlich acht Landebahnen von je fünf Kilometer Länge. „Der Bau des ganzen *Flugplatzes kostete 450 Dollar*“, erzählte uns LeVier. Die U-2 kam, in Einzelteile zerlegt, mit Lastwagen aus Burbank. Die am Projekt Beteiligten hatten falsche Papiere, falsche Führerscheine und falsche Sozialversicherungsausweise.

Heute, 28 Jahre danach, kommt die U-2 in nur leicht verändertem aerodynamischen Kleid als TR-1 nach Europa. Denn die Grundlagen der Aerodynamik ändern sich auch über die Jahrzehnte nicht. Aber: Die TR-1 hat Flügel, die noch sieben Meter länger sind. Und die auswechselbare Nase ist auch länger geworden. Neue Werkstofftechnik, neue Triebwerkstechnik, total neue Elektronik bringen höhere Leistung. Von außen darf jeder die U-2-Nachfolgerin sehen. *Nur von innen nicht. Und was* kann die TR-1?

Sie kann mit Sicherheit höher fliegen als die U-2. Wie hoch? Niemand weiß es, der es nicht wissen darf. Vielleicht 30 000 Meter hoch? Auf jeden Fall könnte die TR-1 von Hamburg bis Danzig, von Hannover bis Posen, von Kassel bis Breslau blicken.

Und was geht heute in den „Skunk Works“ vor? Arbeiten an Flugzeugen, die man nicht mehr „sieht“ ...

Münchener Patient atmet mit fremder Lunge

Ärzte sind nach Transplantations-Premiere optimistisch

JOCHEN AUMILLER, **München**

Drei Tage nach der Herz-Lungen-Verpflanzung im Münchener Universitätsklinikum Großhadern ist der 27jährige Patient in, wie es in einem Bulletin hieß, gutem Zustand. Er ist ansprechbar und atmet zeitweise schon ohne Maschine. Die Lungenfunktion hat sich zudem deutlich gebessert. Die Ärzte sind optimistisch. Eingepflanzt wurde die Funktionseinheit Herz-Lunge, die man einem 21jährigen Spender entnommen hatte. Der Transplantationspatient hätte ohne diesen Eingriff nur noch kurz gelebt, beteuert Professor Werner Klinner, Direktor der Herzchirurgischen Klinik der Universität München.

Die Münchener Herzchirurgen stützen sich auf Erfahrungen, die im kalifornischen Stanford mit diesem Eingriff gemacht wurden. Die *Klinik von Professor* Shumway ist überhaupt die Geburtsstätte der Herztransplantation. Auch Barnard hat dort experimentell gearbeitet. Er kam dann den Amerikanern mit seiner Premiere in Kapstadt zuvor. Bald war klar, daß das Geheimnis des Transplantationserfolgs nicht nur in einer im Tierversuch erlernten operativen Technik lag, sondern ganz entscheidend in der Beherrschung der Abstoßungskrisen. Jeder Organismus erkennt nämlich mit seinem Immunsystem fremdes Gewebe und versucht es wieder loszuwerden, auch wenn er dabei zugrunde geht.

Während weltweit nach einem *ersten Boom an Herztransplantationen* die meisten Operateure wieder die Finger von diesem risikobelasteten Eingriff ließen, arbeitete die Gruppe von Shumway unbeirrt an der Verbesserung der Ergebnisse weiter. Es liegt vor allem an zwei Fortschritten, daß heute die Organtransplantation im allgemeinen und Herzverpflanzung im speziellen wieder „salonfähig“ geworden sind. Zum einen hat man gelernt, Abstoßungsreaktionen bereits in ihren Anfängen zu erkennen (dazu werden vom Spenderorgan winzige Gewebsproben entnommen), und zum anderen ist die Pharmaindustrie mit einer medikamentösen Neuentwicklung zu Hilfe gekommen. *Die Substanz Cyclosporin A* unterdrückt die Abwehrreaktionen des Körpers spezifischer und nebenwirkungsärmer als alle bislang verwendeten Präparate.

Im Dezember 1980 setzten die Experten in Stanford erstmals Cyclosporin A ein, und zwar nach gewissenhaften Versuchen an Primaten. Die neuesten Ergebnisse aus Stanford: 29 von 36 Patienten sind bis zu 16 Monate nach dem Eingriff noch am Leben (Stichtag: 1. 6. 82). Ihre Prognose ist gut.

Erste Versuche, das Herz kombiniert mit der Lunge zu verpflanzen, fielen recht bescheiden aus. Die Kranken überlebten die aufwendige Operation nur 12 Stunden bis 23 Tage. Cyclosporin A hat die Wende gebracht. Shumways Mitarbeiter Reitz schaffte es, daß vier von *sechs Patienten bis zu 15 Monaten* (Stichtag 1. 6. 1982) ihr „neues“ Leben genießen können. Der gute Trend hielt an.

Künftig werden die Doppelverpflanzungen sicher häufiger vorgenommen. Die bisherigen amerikanischen Resultate haben nicht nur das Münchener Team ermutigt. Auch in *Hannover bereitet man* sich dem Vernehmen nach darauf vor. Damit kann eine Reihe von Patienten gerettet werden: Patienten mit einem schweren pulmonalen Hochdruck, der sowohl Lunge wie Herz zum Versagen bringt, sowie jenen, die mit einer schweren Herzmißbildung geboren wurden, die auch eine Mitbeteiligung der Lunge zur Folge hat. Dies sind meistens junge Patienten, die nur selten das 30. Lebensjahr erreichen. Für sie ist die Einpflanzung der gesunden Funktionseinheit Herz-Lunge die einzige Überlebenschance. Es ist zu hoffen, daß dieser Eingriff künftig nicht durch den Mangel an Spenderorganen zum chirurgischen Roulett wird und die meisten noch in der Warteschlange sterben müssen, wie es heute schon bei den Herz- und *Leberverpflanzungen* traurige Realität geworden ist.

Seite 2: Operation gelungen ...

WETTER: Heiter bis wolkig

Wetterlage: Ein Hochdruckgebiet mit Schwerpunkt über der nördlichen Nordsee ändert seine Lage und Intensität nur wenig. Auf seiner Südseite fließt kalte, aber nicht mehr ganz so trockene Luft nach Deutschland.

Vorhersage für Donnerstag:

Gesamte Bundesrepublik: Anfangs in ganz Deutschland heiter, später in der Osthälfte von Nord nach Süd Bewölkungsaufzug, aber niederschlagsfrei. Höchste Temperaturen minus 4 bis null Grad. Tiefste Temperaturen um minus 7, örtlich bis minus 12 Grad. Schwacher, in freien Lagen mäßiger Nordostwind.

Und die Aussichten:

Heiter bis wolkig, leichte Frostabschwächung.

Temperaturen am Dienstag, 13 Uhr:

Berlin	–3°	Kairo	21°
Bonn	–2°	Kopenh.	3°
Dresden	–8°	Las Palmas	18°
Essen	–4°	London	1°
Frankfurt	–3°	Madrid	1°
Hamburg	–4°	Mailand	1°
List/Sylt	0°	Mallorca	11°
München	–7°	Moskau	–6°
Stuttgart	–4°	Nizza	11°
Algier	12°	Oslo	–1°
Amsterdam	–2°	Paris	–1°
Athen	14°	Prag	–7°
Barcelona	7°	Rom	3°
Brüssel	–1°	Stockholm	–1°
Budapest	–2°	Tel Aviv	18°
Bukarest	–4°	Tunis	13°
Helsinki	–3°	Wien	–6°
Istanbul	6°	Zürich	–6°

Sonnenaufgang* **am Freitag:** 7.32 Uhr, Untergang: 17.41 Uhr, **Mondaufgang:** 9.54 Uhr, Untergang: 23.47 Uhr.
* in MEZ, zentraler Ort Kassel.

Knapp 10 Gramm machten Schrippen zum Streitobjekt

HANS-R. KARUTZ, **Berlin**

Gewogen und zu leicht befunden, so lautete im wahrsten Sinne des Wortes das Urteil eines Berliner Amtsrichters. Und so verdonnerte er einen 28jährigen Bäckermeister zu einer Geldstrafe von 1500 Mark oder 30 Tagen Haft. Sein Delikt:

Er hatte im Durchschnitt nur 35,6 Gramm schwere Brötchen eingetütet. Die Berliner seien jedoch, so der Jurist in seiner Begründung, an „Schrippen“ von 43 bis 44 Gramm gewöhnt. Der Meister über Mehl und Teige habe, so schlußfolgerte der Richter, der juristisch keine kleinen Brötchen backen wollte, *gegen das Lebensmittelgesetz* verstoßen – „fortgesetzt und vorsätzlich“, habe er doch seine untergewichtigen Morgengaben über eine geraume Zeit zum vollen Preis von 22 Pfennig pro Stück verkauft und somit die Kunden in ihrer „Erwartungshaltung“ gegenüber einem Standard-Semmel getäuscht.

Die Innung protestiert

Die Berliner Bäckerinnung steht freilich hinter dem „Meister der kleinen Schrippen“. Ihr Vertreter Karl-Heinz Brohassek: „Ein glattes Fehlurteil.“ Der Richter hat vom Backen keine Ahnung: „Er habe Teig- und Backgewicht nicht auseinandergehalten. Wenn der Teig nur zwei Minuten länger backt, verliert er fünf Gramm Gewicht.“ Seit Jahrzehnten liege die Innung mit den Lebensmittelkontrolleuren im Streit wegen ähnlicher Fälle. Ihre Bußgeldbescheide hätten sie bisher allesamt zurücknehmen müssen. Brohassek hofft nun auf die zweite Instanz. Der Bäckermeister hat inzwischen Berufung eingelegt.

Den Streit hatte ein heller Berliner Lehrlingsjunge ins Rollen gebracht. „Mein Gott, sind die Dinger klein“, sprach er bei sich, nachdem er über Wochen am Brötchenstand des angeklagten Bäckers eingekauft hatte.

Mit dem Schrippenbeutel in der Hand begab er sich zum Gewerbeaufsichtsamt. Und siehe, sein Gefühl hatte ihn nicht getrogen. Das Aufsichtsamt brachte den Handwerker ex officio vor Gericht, wo er sich standhaft verteidigte: „Es gibt kein Gesetz, das ein bestimmtes Schrippengewicht vorschreibt.“ Nach seiner Meinung komme es nur auf den Geschmack an! Wem die Schrippen des Angeklagten zu klein seien, solle doch in den nächsten Laden gehen, pflichtete auch der Anwalt seinem Mandanten bei.

Es gibt keine Norm

Tatsächlich gibt es – anders als beim Brot-Mindestgewicht – im Sauerteig des deutschen Vorschriftenwesens nichts, aus dem sich Brötchen-Paragraphen backen ließen. Nur bis 1951 existierte eine Gewichtsnorm. Ein Brötchen mußte damals zwischen 46 und 50 Gramm wiegen; für eine 50-Gramm-Brotmarke reichte der Bäcker exakt eine Semmel über den Ladentisch. Seit 22 Jahren dürfen Deutschlands Backstubenchefs ihre Frühproduktion nach eigenem Gusto mit Wasser, Mehl, Triebmitteln, einer Prise Salz oder Malz bis zum duftigen Endprodukt garen lassen. Zwischen 15 und 25 Pfennig kosten die kleinen *Knusperdinger* heute, die früher der Milch- und Brötchen-Junge brachte.

„In unserer Branche bewerten die Kunden noch heute die Güte einer Bäckerei danach, wie die Brötchen schmecken und was sie kosten“, plauderte ein Berliner Meister aus der Backstube. „Die Kunden reagieren auf jede Erhöhung bei Brötchen selbst um einen Pfennig so sensibel, als ginge es um den Benzinpreis.“

Mexikanischer Polizeichef brachte es mit der „Mordida“ zum Multimillionär

Regierung will mit der Korruption bei der Polizei aufräumen / Politische Polizei aufgelöst

WERNER THOMAS, **Mexico City**

Dies war der bisher spektakulärste Schritt auf dem Weg zur „moralischen Erneuerung“ der Nation, wie die neue mexikanische Regierung ihren Kampf gegen die Korruption nennt: die berüchtigte politische Polizei (Division de Investigaciones) ist aufgelöst worden. 3000 Beamte sitzen auf der Straße.

Die Presse spendete Beifall. Präsident Miguel de la Madrid wurde eine „mutige Entscheidung“ bestätigt. Einige Kommentatoren schwärmten gar von einer „*großen Tat*“. Die linke Zeitung „Uno Mas Uno“ meinte ermunternd: „Weiter so.“

Die Blätter hatten Lesestoff für einige Tage. Die Männer von „Investigaciones“ genoßen nie den besten Ruf. Eine Mitteilung der Staatsanwaltschaft erregte jedoch besonderes Aufsehen: Die nun arbeitslosen Polizisten unterhielten „geheime Gefängnisse“, in denen „praktisch entführte“ Personen so lange saßen, bis sie *Erpressungsgelder* zahlten. Die Ermittlungsbeamten konnten bisher vier Haftanstalten dieser Art in Mexico City entdecken.

Dubiose Aktivitäten

Weitere Einzelheiten über die dubiosen Aktivitäten dieser Polizeiorganisation drangen an die Öffentlichkeit: Ihre Mitglieder sollen amerikanische Autos nach Mexiko geschmuggelt haben. Viele dieser Polizisten fuhren Straßenkreuzer ohne Nummernschilder. Manuel Buendia, ein gewöhnlich gutunterrichteter Kolumnist des „Excelsior“, der renommiertesten mexikanischen Zeitung, berichtete, daß im Zusammenhang mit den Untersuchungen auch ein aufsehenerregender Mordfall vor zwei Jahren geklärt werden konnte.

Aus dem Tula-Kanal nahe der nordöstlich von Mexico City gelegenen Stadt Pachuca waren *1981* zwölf Männer-Leichen geborgen worden. Es habe sich um die von der Polizei ermordeten Bankräuber gehandelt, behauptete Buendia. Die Beute befinde sich in den Händen der Polizisten. Der für diese Tat verantwortliche Beamte sei noch in Amt und Würden. Namen *nannte der Journalist allerdings* nicht.

Die Staatsanwaltschaft will die Vergangenheit der 3000 entlassenen *„Investigaciones“-Leute* durchleuchten. Die Verbrecher unter ihnen müssen vor Gericht. Die Männer mit sauberer Weste sollen von anderen Polizeiverbänden übernommen werden. Ein Ermittlungsbeamter befürchtet jedoch: „Da können sie auch auf die schiefe Bahn geraten.“

Die meisten Mexikaner haben Angst vor der uniformierten Polizei, besonders vor den gewöhnlich hünenhaften Motorrad-Beamten: *Sie gelten als notorisch korrupt.* Jeder Autofahrer kennt die „Mordida“-Masche: Verkehrspolizisten halten oft unter fadenscheinigen Vorwänden einen Wagen an und verlangen Bestechungsgelder. Die neue Regierung hat der Polizei ein „Mordida“-Verbot auferlegt und mit fristlosen Entlassungen gedroht. Doch die Polizisten kassieren weiter.

Polizeibeamte sollen auch Rauschgift schmuggeln. Manche Leute *glauben, daß Polizisten* Banküberfälle verüben: Die Polizei kommt fast immer zu spät und die Täter werden so gut wie nie gefaßt. Einer der Gründe für den Hang zur „Mordida“ sind die mageren Gehälter. Das durchschnittliche Monatsgehalt eines Polizisten im Mexico City liegt bei 14 000 Peso, umgerechnet 230 Mark. Ohne Nebeneinkünfte könnte er nicht leben.

Hierarchisches System

Schließlich existiert innerhalb des Polizeiapparates ein hierarchisch gegliedertes Korruptionssystem. Ein einfacher Streifenbeamter muß seinem Vorgesetzten täglich eine bestimmte Summe für die Benützung des Dienstwagens oder gar der Uniform entrichten, zwischen umgerechnet fünf und 15 Mark. Der Vorgesetzte zahlt wiederum an seinen Chef. General Arturo Durazo, der Ende letzten Jahres zurückgetretene Polizeikommandeur von Mexico City, ist auf diese Art und Weise ein Multimillionär geworden. Er hat sich an der *Pazifikküste* einen Palast im griechischen Stil eingerichtet, der mindestens zehn Millionen Dollar gekostet haben soll. Durazo gestand einmal offen: „Wenn ich von meinem Gehalt leben müßte, wäre ich ein armer Mann.“

Sein Nachfolger Ramon Mota *Sanchez, ebenfalls* ein ehemaliger Armee-General, möchte dagegen mit gutem Beispiel vorangehen. Er lebt bescheiden und gilt als ehrlicher Offizier, der es ernst meint mit der „moralischen Erneuerung“. Der General warnte jedoch das Volk vor übertriebenen Hoffnungen. „Die Korruption“, sagte er, „wird sich *wohl nie ganz* kontrollieren lassen.“ (SAD)

Den Bürgern von Islington ist der rote Rat bald zu teuer

Sozialistisch-marxistischer Gemeinderat machte Stadtteil Londons zur „Sowjetrepublik“

HELMUT VOSS, ***London***

Ein von Londons linker Schickeria geschätzter Stadtteil hat sich einen neuen Spitznamen eingehandelt. Islington, ein winkliges Antiquitätenhändler- und Literatenviertel nördlich der City, wird von Spöttern neuerdings nur noch „sozialistische Sowjetrepublik Islington“ genannt – dank seines selbst für englische *Verhältnisse verwegen* marxistisch-sozialistischen Gemeinderats.

Zu den Schildbürgerstreichen der Islingtoner Gemeindeväter *gehört der Ratsbeschluß, in Islington* ein Exempel zu statuieren und die beim englischen Adel noch immer beliebte, jedoch umstrittene Fuchsjagd zu verbieten. Dabei hat die Gemeinde nicht einmal eine einzige größere Grünfläche, auf der eine Hundemeute durchs Unterholz japsen könnte oder je ein in *Panik flüchtender Fuchs gesehen* worden wäre.

Gleichheit über alles

Doch die innenpolitischen Ambitionen gehen weiter: So wird in Islington dem Wort „Gleichheit“ besondere Bedeutung beigemessen. Die Gemeindeväter haben per Abstimmung auf die in England so beliebten Namenszusätze wie „M. B. E.“ oder „PhD“ verzichtet, die besagen, daß *jemandem der* Orden „Member of the British Empire“ verliehen worden ist oder daß jemand seinen Doktor gemacht hat. Firmen erhalten nur dann Finanzzuschüsse, wenn sie nachweisen können, daß sie Frauen wie Männern die gleichen Aufstiegsmöglichkeiten bieten.

Bereits heute flattert über der „Town Hall“ neben der Gemeindeflagge auch ständig die rote Flagge der Sozialisten. Bald werden sie noch nach Wunsch der „Councillors“ durch die schwarz-weiße Fahne der Organisation der Abrüstungsgegner „CND“ und durch die Fahne der marxistisch regierten Karibikinsel Grenada, *zu deren* Schwester Islington sich erklärt hat, ergänzt werden. „Wir haben ideologisch viel gemeinsam“, findet der Gemeinderat.

Zeitweilig erwogen die Gemeindeväter sogar, zu Ehren des politischen Armes der „IRA“ die irische Trikolore von ihrem Rathaus flat*tern zu lassen. Eine entsprechende* Resolution erhielt aber nicht die nötige Mehrheit: Ersatzweise beschloß der Gemeinderat dann wenigstens kurzerhand, in Islington von sofort an Iren-Witze – das englische Gegenstück zu den Ostfriesenwitzen – zu verbieten.

Islington macht aber auch seine eigene Außenpolitik: Vor einigen Monaten tadelte der Gemeinderat auf Anregung seines Frauenausschusses den Ayatollah im fernen *Iran wegen* dessen „chauvinistischer“ Einstellung den Frauen gegenüber. Und auch für die Verteidigungspolitik entwickelte die Gemeinde ein eigenes *„Konzept“: Die* Reservisten vom „Air Training Corps“ dürfen neuerdings nicht mehr in Islingtons Miniparks marschieren, weil sie und andere „militaristische *Organisationen*“ nicht „mit der erklärten Politik des Gemeinderates vereinbar“ seien.

Mißbrauchter Marx

Den Hauptverdienst am Spitznamen „sozialistische Sowjetrepublik“ trägt aber die Finanzpolitik von Islington. *Zum Ärger* des per Kommunalsteuer zur Ader gelassenen Gemeindevolkes läßt Islington unter anderem einen Treffpunkt für Homosexuelle, genannt „Drop-in gay centre“ (zu deutsch etwa: Trittein-Schwulentreff), inklusive Bar, Kino und Beratungszimmer, einrichten, das jährlich umgerechnet etwa 400 000 Mark kosten wird. Weitere 40 000 Mark gingen an eine mittlerweile bankrott gegangene Kooperative von entlassenen Häftlingen und 4500 Mark an Überstundengeldern an fünf Sozialarbeiter, die mit neun bedürftigen Kindern aus Islington nach Rimini gereist waren.

Das muß natürlich alles *bezahlt* werden: Aus diesem Grund sollen die Kommunalsteuern in Islington im April um 40 Prozent erhöht werden. Die Londoner „Mail on Sunday“ über Islington und seinen Spitznamen: „Im Grunde genommen ist das Marx gegenüber schrecklich unfair.“ (SAD)

Paris will „Englisches“ bestrafen

SAD, **Paris**

„Ich setze mir einen Schubkarren auf die Ohren und fahr in den Kinopark.“ Dieser Satz soll in Frankreich für all jene zur Pflicht werden, die amtlich verkünden, daß sie mit einem „Walkman“ ins Auto-Kino fahren. Denn Frankreichs Sprachhüter ziehen mal wieder gegen Anglizismen, das „Franglais“, zu Felde.

Wörter wie „play-back“, „lay-out“ oder „camera-man“ sind ihnen ein Greuel. Informationsminister Georges Fillioud hatte deshalb vor kurzem dem „Terminologie-Ausschuß“ seines Ministeriums erklärt: „Für die einhundert gängigsten englischen Ausdrücke im HiFi- und TV-Gebiet sucht ihr mir einhundert französische Ersatzwörter.“

So wurde aus dem amerikanischen „Walkman“ ein französischer „baladeur“ – im Wörterbuch wird dieser „baladeur“ aber auch mit „Schubkarren“ übersetzt. Aus „lay-out“ wurde „crayonne“, also Bleistift-Entwurf, auch wenn Bleistifte heute zu den Raritäten gehören. Statt „tuner“ heißt es in Zukunft „syntoniseur“, und „design“ wird zu „stylique“.

In wenigen Tagen wird die Liste der einhundert Wörter veröffentlicht, dann dürfen die Franzosen noch drei Monate lang die englische Bezeichnung verwenden. Später sollen in allen amtlichen Mitteilungen nur noch urfranzösische, aber oft auch urkomische Wörter vorkommen. Sechs Monate nach der Veröffentlichung dürfen in Lehrbüchern, auf Verträgen, in Schaufensterauslagen und selbst in Zeitungsanzeigen nur noch die gallischen Neuschöpfungen verwendet werden. Sonst droht eine Geldstrafe.

Tragödie auf Gran Canaria

dpa, **Madrid**

Ein 37jähriger Deutscher ist auf Gran Canaria verhaftet worden. Er soll seine Frau und seine sechsjährige Tochter umgebracht haben. Als Tatmotiv vermutet die Polizei völlige Verzweiflung des Berliners, der von Geschäftsfreunden um seinen ganzen Besitz gebracht worden war.

Papst nach Oberammergau?

AP, **Oberammergau**

Oberammergau lädt Papst Johannes Paul II. zu den Jubiläumspassionsspielen 1984, dem 350. *Jahr der* Erlösung von der Pest, in die oberbayerische Stadt ein. Diese Einladung wollen im kommenden Monat 200 Laienschauspieler dem Papst im Vatikan überbringen.

Explosive Briefe

SAD, **London**

Eine neue „Tierrechtsmiliz“ versetzt in England Prominenz durch Sprengstoffbriefe in Aufregung. Die „Tierrechtsmiliz“ ist eine der radikalsten unter rund 200 Organisationen, die den Tierschutz in England zum politischen Thema machen wollen.

Entführer bat um Asyl

dpa, **Neu-Laredo**

Der Entführer eines amerikanischen Verkehrsflugzeuges hat sich in der mexikanischen Stadt Neu-Laredo gestellt. Passagiere und Besatzungsmitglieder verließen die Maschine unverletzt. Der Entführer, ein 40jähriger Iraner, hat um *politisches Asyl gebeten.*

Bahn-Depot in Flammen

DW, **Duisburg**

Ein Feuer hat in der Nacht zu gestern Teile eines Straßenbahn-Depots der Duisburger Verkehrsgesellschaft zerstört und einen Schaden von rund 20 Millionen Mark verursacht. Die Brandursache ist ungeklärt.

Überlebt Thallium-Opfer?

dpa, **Würzburg**

Der Gesundheitszustand des mit einer mehrfach tödlichen Dosis Thallium vergifteten 21jährigen Jurastudenten in Würzburg hat sich „geringfügig verbessert“. Der 21jährige hatte vier bis fünf Gramm des Gifts zuviel genommen, wobei dem bereits ein Gramm als tödliche Dosis gilt.

Taucher rettet 20 Menschen

dpa, **Moskau**

Glück im Unglück hatten 20 Insassen eines sowjetischen Busses, der im vergangenen September vom Damm des Eriwaner Stausees ins Wasser gestürzt war. Zufällig, *berichtet gestern die „Literaturnaja* Gaseta“, kam der mehrfache Weltmeister im Sporttauchen, Schawarsch Karapetjan, am Unglücksort vorbei und konnte 20 Menschen aus dem Bus befreien.

Angeklagter will Todesurteil

rtr, **Los Angeles**

Die Geschworenen eines Gerichtes in Los Angeles sind dem Wunsch des Angeklagten Douglas Clark nachgekommen und sprachen sich gestern für dessen Hinrichtung aus. Clark ist des Mordes an *sechs jungen* Frauen angeklagt. Bisher hat er die Tat stets geleugnet, in der vergangenen Woche aber plötzlich die Geschworenen aufgefordert, in seinem Fall die Todesstrafe zu beantragen.

Feuertod in Australien

rtr, **Sydney**

Bei Flächenbränden in zwei australischen Bundesstaaten sind vermutlich mindestens zwölf Menschen umgekommen. Tausende sind vor der herannahenden Feuerfront auf der Flucht.

ZU GUTER LETZT

„Auch eine qualifizierte Ausbildung rentiert sich. Ein Personalchef mit Volksschulabschluß kommt im Durchschnitt ca. 20 Prozent mehr als sein Kollege mit Hochschulabschluß.“ Aus „Handelsblatt“

